

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
Vertreibung
der Ost- und Volksdeutschen
aus Ost-Mitteleuropa**

Sonderheft Nr. 16



Die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa

Sonderheft Nr. 16

Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vertreibungspläne und politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen zur Vertreibung der Deutschen vom 8. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1950	2-36
"Wilde Austreibungen"	36
Austreibung von Ost- und Volksdeutschen in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie	36-44
Austreibung von Volksdeutschen in der Tschechoslowakei	44-60
Austreibung von Volksdeutschen in Jugoslawien	60-63
Die Vertreibung der Deutschen	63-65
Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens, aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie	65-75
Vertreibung der Volksdeutschen aus der Tschechoslowakei	75-86
Vertreibung der Volksdeutschen aus der Slowakei	86-87
Vertreibung der Volksdeutschen aus Ungarn	87-92
Schlußbemerkungen	92-95
Hinweise für den Leser	96-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Vertreibungspläne und politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen zur Vertreibung der Deutschen vom 8. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1950

(Wir befürworten die) völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.

Winston Churchill (1874-1965, englischer Politiker)

08.05.1945

Die US-Regierung protestiert wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt,

daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien.<<

Stalin erwidert daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

11.05.1945

Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnet folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. ...

Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<

14.05.1945

Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündet während der "Brüner Befreiungsaktion" (x004/105): >>Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<

15.05.1945

Bischof Adamski aus Kattowitz fordert die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).

24.05.1945

Die polnische Regierung erläßt ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" und unterstellt die deutschen Ostgebiete den Organen des polnischen Staates (x001/-108E).

25.05.1945

Informationsminister Kopecky berichtet im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebiete in die Hände der Tschechen und Slowaken.<<

Mai 1945

In Brünn weist Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen wird und daß die Liquidierung der Deutschen 100 %ig sein muß (x025/95).

05.06.1945

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wird die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später z.B. über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).

12.06.1945

Die "Yorkshire Post" berichtet am 12. Juni 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>... Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.

Zuerst mußten die Sudetendeutschen gehen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundet hatten, dann folgten auch die, die 20 und 30 Jahre lang im Land einen festen Wohnsitz gehabt hatten, und schließlich selbst die zweite Generation.<<

14.06.1945

Tschechische Militärkommandanten ordnen "wilde Ausweisungen" von Sudetendeutschen an. Am 14. Juni 1945 wird der Ausweisungsbefehl für Böhmisches Leipa/Sudetenland erteilt (x004/325-327): >>Befehl des Militärortskommandanten.

Die Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit, ... ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, verlassen am 15. Juni 1945, um 5 Uhr früh, ihre Wohnungen und marschieren ... auf den Sammelplatz beim Bräuhaus in Ceske Lipe. ...

Die Anordnung betrifft nicht die nachstehend angeführten Personen und die Familien derselben:

1. Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Pflegepersonal und Feuerwehr. ...

5. Angestellte der Eisenbahn, der Post sowie der Verkehrsunternehmen. ...

Jeder Einzelperson, auf die sich die Ausweisung bezieht, ist es gestattet mitzunehmen:

a) Lebensmittel auf 7 Tage und

b) die allernotwendigsten Sachen für ihren persönlichen Bedarf in einer Menge, die sie selbst tragen kann; ...

Wertsachen: Gold, Silber und alle aus diesen Metallen hergestellten Gegenstände (Ringe, Broschen usw.), ... Einlagebücher, Versicherungen, Bargeld, mit Ausnahme von 100 RM pro Kopf sowie Photoapparate sind in ein Säckchen einzulegen oder in verschnürte Papierpäckchen einzupacken. ... Diese Wertsachen ... werden an der Versammlungsstelle abgegeben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß jede Einzelperson einer strengen Leibesvisite unterzogen wird. Auch der Inhalt der Gepäckstücke wird genau überprüft werden. Es ist daher jede Verheimlichung der angeführten Gegenstände ... zwecklos und wird bestraft werden.

Haustiere bleiben an Ort und Stelle, das Verzeichnis der Tiere ist unter Angabe der Hausnummer und der Straße gleichzeitig mit den Schlüsseln an der Versammlungsstelle abzugeben.

Unbewegliches Eigentum und Einrichtung, wie ... Maschinen und Geräte, ist an Ort und Stelle zu belassen, jede absichtliche Beschädigung dieses Eigentums oder Einrichtung wird streng bestraft werden. Desgleichen wird die Übergabe ... an andere Personen, zwecks Aufbewahrung, bestraft werden. ... Beim Abgang sind alle Haus- und Wohnzimmereingänge ... zu verschließen. ... Vor dem Verlassen ... der Gebäude muß jede Eingangstür verschlossen und mit einem Streifen Papier so verklebt werden, daß dieser beide Türflügel verbindet und das Schlüsselloch überdeckt. ...

Nach Übernahme der Schlüssel werden alle Gebäude sofort von Militär- und Gendarmerieorganen durchsucht werden. Personen, welche unberechtigt und absichtlich die Gebäude nicht verlassen haben, haben eine strenge Strafe zu erwarten. ...<<

15.06.1945

Staatspräsident Benesch erklärt in Pilsen (x004/114): >>Die Regierung ist sich der Bedeutung des Verrats der Deutschen und Ungarn im Jahre 1938 wohl bewußt, und sie hat deshalb mit Recht den Beschluß gefaßt, die Republik von diesen verräterischen Elementen zu säubern. ... Es ist uns bekannt, daß die Deutschen viele Gebiete unseres Landes aus eigenem Antrieb und

im Bewußtsein ihrer Schuld verlassen haben, aber in einer Reihe von Fällen hat man auch unsererseits nicht korrekt gehandelt. Ich habe deshalb angeordnet, daß diese Mißstände abgestellt werden. ... Ich kann euch zusichern, daß dieses große (sudetendeutsche) Problem eine befriedigende Erledigung finden wird.<<

Ausweisungsbefehl vom 15. Juni 1945 für die Einwohner von Ebersdorf/Sudetenland (x004/325): >>... Es wird Ihnen aufgetragen, sich mit der ganzen Familie bis zum 18.6.1945, 10 Uhr, zwecks Abreise aus dem Gebiete der CSR vorzubereiten.

Jede Person kann höchstens 30 kg Gepäck mitnehmen. Die Aufforderung zum Abgang wird noch am morgigen Tage erfolgen, vor der Aufforderung dürfen Sie die Wohnung nicht verlassen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jedwede Beschädigung, Vernichtung u.ä. des Eigentums und der Einrichtung des Haushalts sogar mit dem Tode bestraft wird.

Diese Auswanderung erfolgt in voller Übereinstimmung mit dem Kommando der Russischen Armee. Die bestimmten Personen sammeln sich ... vor dem Gasthaus K. um 11 Uhr. ...<<

16.06.1945

Stalin telegraphiert an US-Präsident Truman und fordert, die US-Truppen ab 1. Juli aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abzuziehen (x116/58).

Im böhmischen Pilsen weist Dr. Benesch nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen wird und daß die Liquidierung der Deutschen 100 %ig sein muß (x025/95).

17.06.1945

Die britische Regierung fordert die Tschechen auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärt (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.

2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

18.06.1945

In der Stadt Prerau (ein Bahnknotenpunkt in Mähren) werden 247 Karpatendeutsche, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, am 18. Juni 1945 von Revolutionsgardisten aus einem Zug geholt und erschossen (x004/173).

Das State Department legt US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111): >>... Eines der schwierigsten Probleme wird aus der bereits ausgesprochenen Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben.

In diesem Punkt können die Interessen der Tschechoslowakei und die der Besatzungsmächte aufeinanderstoßen. Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu beschleunigen, das entspräche dem Volksempfinden den Deutschen gegenüber und würde die Besatzungsmächte vor vollendete Tatsachen stellen. Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen in großem Maßstab zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<<

21.06.1945

Ein Befehlshaber der 5. polnischen Infanteriedivision ordnet am 21. Juni 1945 Vertreibungsaktionen in den deutschen Ostgebieten an (x024/127): >>Nun ist in der Geschichte Polens der historische Tag angebrochen, um den deutschen Unflat aus diesen ewig polnischen Gebieten hinauszuerwerfen. ...<<

22.06.1945

In einem polnischen Militärbefehl vom 22. Juni 1945 heißt es (x024/127): >>Die Aussiedlung der Deutschen, die östlich der Oder wohnen, muß entschieden durchgeführt werden. Man muß

daran denken, daß hier eine Aufgabe von großer Bedeutung vor uns liegt. ...<<

Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 22. Juni 1945 über die Sicherstellung des deutschen Vermögens (x004/231-233): >>... § 1 Auszahlungen oder Überweisungen aller Art aus Einlagen oder Konten, welche bei den Geldinstituten für Deutsche, für deutsche Unternehmungen und deutsche Institutionen gleich welcher Art geführt werden, sind verboten. ...

§ 3 Jegliche Übertragung inländischer Einlagen (Spar-) Bücher und Einlagescheine, welche Deutschen gehören, auf andere Personen, ist verboten. ...

§ 4 Entnahmen aus Schließfächern und Depositen, wie auch die Entnahme von Kautionen, welche Deutschen gehören, sind verboten. ...

§ 5 Sämtliche Zahlungen zugunsten von Deutschen dürfen nur auf ein Sperrkonto des Empfängers bei irgendeiner Geldanstalt erfolgen, welche dazu vom Finanzministerium ermächtigt wird. ...

§ 8 Die Deutschen sind verpflichtet, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in ein auf ihren Namen lautendes Sperrdepot bei irgendeinem hierzu vom Finanzministerium ermächtigten Geldinstitut zu hinterlegen:

a) in- und ausländische Aktien, Kuxe und andere Wertpapiere,

b) Edelmetalle und aus ihnen verfertigte Gegenstände,

c) Edelsteine und Perlen,

d) Wert- und Kunstgegenstände, wie auch Sammlungen solcher Gegenstände,

e) Briefmarkensammlungen und -sätze. ...

§ 10 (1) Die zur Verwahrung verpflichteten Personen übergeben der Geldanstalt, bei der das Depot errichtet wird, ein Verzeichnis der hinterlegten Gegenstände in dreifacher Ausfertigung. ...

§ 12 (1) Als Deutsche gelten Personen, die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahr 1929 zur deutschen Nationalität bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen oder Formationen oder politischer Parteien geworden sind, in denen sich Personen deutscher Nationalität zusammengeschlossen haben.

(2) Was für die Deutschen gilt, gilt auch für das Reich, für die öffentlich-rechtlichen Verbände des Reiches und für andere Organisationen des Reiches. ...<<

Der britische Außenminister warnt vor überhasteten Umsiedlungen der Deutschen (x150/10): >>Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, ... darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in dieses Land hereingekommen werden können. ...

Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungsaustausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<

26.06.1945

Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärt, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rd. 2,5 Millionen Deutsche aufhalten, die ausgewiesen werden sollen (x111/40).

In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen.

Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).

Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Ge-

rechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

27.06.1945

Das Arbeitsamt Mährisch Schönberg im Sudetenland ordnet am 27. Juni 1945 die Arbeitsdienstpflicht für Deutsche an (x004/322-323).

Juni 1945

Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt leben, werden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).

Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnet im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Entdeutschung in den schlesischen Gebieten (x294/97-98): >>... Die Vorstellung, wie man die nationalpolitisch unübersichtliche Lage vor Ort in den Griff bekommt, dürfte sich schnell herauskristallisiert haben. Zwar sei das Nationalbewußtsein "schwach ausgeprägt", klagten die polnischen Behörden schon im Mai 1945 ("die Stimmung ist nicht so sehr antideutsch wie antihitleristisch"), um so bessere Ergebnisse versprach man sich von einer energischen "Entdeutschung", die die Zweifler auf die Seite der Sieger zwingen würde.

Die Aktion im Opper Schlesien begann auch sofort, im Juni, mit der Zwangsumsiedlung der Deutschen innerhalb der Städte, wo sie massenhaft in schlechtere Bezirke ausgewiesen wurden. ...

Die Vorstellung, auch nur die sichtbarsten Zeichen der deutschen materiellen Kultur innerhalb eines Monats zu beseitigen, erwies sich natürlich als illusorisch. Vielmehr begann im Juni 1945 ein jahrelanger Prozeß der "Entdeutschung", in dem die Behörden immer wieder auf irritierende, neue Spuren des Deutschtums stießen, die das Bild des polnischen Oppeln trübten. Noch 1947 forderte eine diesbezügliche Anordnung "deutsche Aschenbecher, deutsche Bierglasuntersetzer, deutsche Hinweisschilder, Rechnungen in Restaurants in deutscher Sprache, Inschriften in Kapellen am Straßenrand oder auf Wegekreuzen" zu entfernen; ebenso wurden "deutsche Schlager und deutsche Musikstücke" verboten. Polonisiert wurden nicht nur Friedhöfe und Kneipen, sondern auch Orts-, Familien und Vornamen.

Der Kampf gegen den Gebrauch deutscher Sprache zog sich ebenfalls jahrelang hin. Im Dezember 1949 klagte das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiter Partei (PVAP), daß "immer mehr deutsche Bücher gelesen" werden und in den Städten noch immer deutsch gesprochen wird: Man höre die "deutsche Sprache auf den Hauptstraßen, in den Lokalen, in den Schlangen vor Geschäften usw. Es kommt häufig vor, daß nachts laut deutsch gesungen wird".

In derselben Bestandsaufnahme stellten die Parteifunktionäre eine massive Benachteiligung der "Autochthonen" in der Verwaltung fest, wo die Schlesier ebenso wie im Parteiapparat kaum vertreten waren. ...<<

05.07.1945

Ausweisungsbescheid vom 5. Juli 1945 für Landskron, Sudetenland (x004/324): >>... Herrn Leopold P. mit allen seinen Familienangehörigen ...

Gemäß dem Beschluß der Verwaltungskommission wird Ihnen aufgetragen, am 5.07.1945, 7 Uhr, auf dem Marktplatz mit allen Ihren Familienangehörigen zwecks Ausweisung aus der Tschechoslowakischen Republik zu erscheinen.

Zu diesem Zwecke können Sie folgende Gegenstände mit sich nehmen:

1. Lebensmittel, soviel Sie ertragen können, wenigstens für 7 Tage;
2. Kleidung (das Nötigste);
3. Waschmittel (Seife, Paste und Zahnbürste usw.);
4. Wäsche, Kinderwäsche, Garnituren usw.;
5. Geld, Wertpapiere, Einlagebücher u.ä.;
6. Schmuck;
7. Kinderwagen.

Ferner wird Ihnen bewilligt, für den Transport Handwagen mitzunehmen. Die Wohnung haben Sie in vollkommener Ordnung zu verlassen. Die Nichtbefolgung dieses Bescheides wird bestraft.

Gegen diesen Bescheid gibt es keine Berufung.<<

09.07.1945

Die SMAD stellt Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).

10.07.1945

Polens Ministerpräsident Osobka-Morawski kündigt öffentlich an, daß man alle Deutschen, die sich noch in Polen und in den "polnisch verwalteten Gebieten" aufhalten, ausweisen wird (x040/290).

14.07.1945

Die polnische Regierung ordnet am 14. Juli 1945 mit einem Sonderbefehl die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus der Stadt Bad Salzbrunn in Schlesien an (x024/125): >>1. Am 14.07.1945, ab 6 bis 9 Uhr, wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.

2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transportmittel (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar ... bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung zurück.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli, 10 Uhr, ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt einschl. Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert, Sabotage und Plünderung. ...
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.<<

17.07.1945

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage am 28.07.) und Attlee (ab 29.07.) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern geht es jedoch in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zum verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickeln.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der CSR und Ungarn wird trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert. Die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wird lediglich noch zur Kenntnis genommen.

18.07.1945

Die Prager Tageszeitung "Svobodny Smer" beschwert sich am 18. Juli 1945 über die anglo-amerikanische Einstellung (x028/126-127): >>>Es ist unmöglich zu begreifen, wie es noch

Leute gibt, welche die Deutschen in Schutz nehmen wollen. ...

Was hilft es uns, wenn die Öffentlichkeit in Amerika unsere Meinung teilt, daß die Deutschen keine menschlichen Wesen sind, sondern nur Halbmenschen, oder wenn sie der These zustimmt, daß die Deutschen so behandelt werden müssen, wie sie es verdienen, wenn zur selben Zeit junge Leute aus Oklahoma oder Michigan über die Straßen zwischen ... Cheb und Asch in ihren Sechszylindern reisen und kein Interesse zeigen. ...<<

21.07.1945

Handelsminister Ripka erklärt am 21. Juli 1945 während einer Pressekonferenz (x111/52): >>... Ich möchte feststellen, daß wir viel zu nachsichtig gewesen sind und daß die Fälle, in denen wir vielleicht etwas zu streng umgingen, Ausnahmerecheinungen waren. Bisher haben nur wenige Deutsche unsere Heimat verlassen.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine Umsiedlung eine brutale Maßnahme ist, doch kann nur auf diese Weise unser Problem gelöst werden. Jedenfalls ist es eine Unmöglichkeit, Tschechen und Deutsche in einem Staat gemeinsam leben zu lassen. Maximal werden wir 800.000 Mitglieder einer Minderheit bei uns lassen.<<

22.07.1945

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legt die tschechoslowakische Regierung den 3 Großmächten Pläne für die "geordnete Aussiedlung" der Deutschen und Magyaren aus der CSR vor (x039/229).

Churchill begründet nochmals seine Ablehnung, die polnische Westgrenze an die westliche Neiße zu verlegen (x150/13): >>Wir hegen ... einige Zweifel moralischer Art, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert ist. Wir sind im Prinzip mit einer Umsiedlung einverstanden, jedoch nur in den gleichen Ausmaßen, wie die Bevölkerung östlich der Curzon-Linie umgesiedelt wird. Wenn von einer Umsiedlung von 8 oder 9 Millionen Menschen die Rede ist, dann halten wir das nicht für richtig.<<

25.07.1945

Ausweisungsbefehl vom 25. Juli 1945 für Ringelhain, Sudetenland (x004/327): >>... Ausweisungsbefehl.

Ich ordne Ihnen an, daß Sie sich heute bis zur 7. Stunde zum Verlassen der tschechoslowakischen Republik vorbereiten.

Es ist Ihnen erlaubt, Gepäck von höchstens 30 kg für eine Person mitzunehmen. Verpflegung für 5 Tage. Von deutschen Banknoten können Sie alle mitnehmen.

Die Schlüssel der Wohnung und des Hauses, versehen Sie mit einem Zettel mit Ihrer Anschrift, übergeben Sie den Sicherheitsorganen.<<

28.07.1945

In Liberec (Reichenberg) lobt der tschechoslowakische Informationsminister Kopecky am 28. Juli 1945 die "umfassende Hilfe" der sowjetischen Regierung (x028/222-224): >>Marschall Stalin hat selbst das denkbar größte Verständnis für unsere Bemühungen, die Deutschen loszuwerden. ...

Wir werden alle Deutschen vertreiben, wir werden ihren Besitz beschlagnahmen, wir werden nicht nur die Städte, sondern das ganze Gebiet entdeutschen, ... so daß der siegreiche Geist des Slawentums das Land von den Grenzgebieten bis ins Innere durchdringen wird. ...<<

31.07.1945

Auf der 11. Plenarsitzung am 31. Juli 1945 stellt Stalin während der Potsdamer Konferenz unmißverständlich klar, daß die "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen auf jeden Fall stattfinden wird (x150/16): >>Es handelt sich nicht darum, daß man die Deutschen einfach nimmt und aus diesen Ländern herausjagt. So einfach ist die Sache nicht. Aber man versetzt sie in eine solche Lage, daß es für sie besser ist, aus diesen Gebieten fortzugehen.

Formal können die Tschechen und Polen sagen, daß es für die Deutschen kein Verbot gibt,

dort zu leben, aber die Deutschen werden in Wirklichkeit in eine solche Lage versetzt, daß es für sie unmöglich ist, dort zu leben. ...<<

Die große deutsche Hafenstadt Stettin, die bisher noch nicht ernsthaft als offizielles Abtretungsobjekt erwähnt worden ist, wird während der Potsdamer Konferenz am 31. Juli 1945 trotz ihrer Lage (westlich der Oder) dem polnischen Territorium zugeordnet.

02.08.1945

Die Potsdamer Konferenz wird am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Im Verlauf dieser internationalen Konferenz schließen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelt sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18-19).

Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung werden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten beginnen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement"). Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Abkommens verursachen nicht nur einen jahrzehntelangen Schwebezustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegeln außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa.

03.08.1945

Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt die polnische Verwaltung der deutschen Ostgebiete und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

06.08.1945

Die Londoner "Daily Mail" veröffentlicht einen Bericht der Journalistin Rhona Churchill (x004/66,101): >>Die Geschichte von 6 Millionen Deutschen, zerstreut durch das Sudetenland und andere Teile von Tschechoslowakei und Polen, ist an sich gräßlich, aber niemand kann behaupten, daß es das uralte Prinzip von Aug' um Aug' übersteige. ...

Letzten Monat entschieden z.B. junge Revolutionäre der tschechischen Nationalgarde in Brünn, ihre Stadt zu "reinigen". Kurz vor 9 Uhr abends marschierten sie durch die Straßen. ... Den Frauen wurden 10 Minuten gelassen, ihre Kinder zu wecken und anzukleiden, ein Bündel mit wenigen Habseligkeiten zu nehmen und auf den Bürgersteig hinauszukommen. Hier wurden sie aufgefordert, alle Juwelen, Uhren, Pelze und das Geld den Garden zu übergeben. Nur ihre Eheringe durften sie behalten. Dann wurden sie, die Garden immer in Schußweite hinter ihnen her, der österreichischen Grenze entgegengetrieben. Es war stockfinster, als sie zur Grenze kamen. Die Kinder jammerten, die Frauen stolpten dahin, und die tschechischen Grenzgardien stießen sie über die Grenze den österreichischen Grenzgardien entgegen.

Dann begann eine neue Qual. Die Österreicher weigerten sich, sie anzunehmen; die Tschechen weigerten sich, sie zurückzunehmen. So wurden sie für die Nacht in ein Feld hineingestoßen, und am Morgen wurden einige Rumänen zu ihnen gesandt, sie zu bewachen. Sie sind noch in diesem Feld, das sich inzwischen in ein Konzentrationslager umgewandelt hat. Sie haben nichts zu essen, als was ihnen von Zeit zu Zeit die Wachen geben, sie haben keinerlei Rationen bekommen. Unter ihnen ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, und man sagt, daß sie, zu etwa Hundert täglich, dahinsterven. 25.000 Männer, Frauen und Kinder machten diesen Gewaltmarsch von Brünn, unter ihnen eine Engländerin, die an einen Nazi verheiratet ist, eine Österreicherin im Alter von 70 und eine Italienerin im Alter von 86 Jahren.

Konzentrationslager für Deutsche werden nun im ganzen Land errichtet. und die Deutschen werden unterschiedslos hineingetrieben. ... Sogar deutsche Juden und Antinazis, die erst kürzlich aus Konzentrationslagern der Gestapo befreit wurden, sind davor nicht sicher.<<

07.08.1945

Probst Grüber schreibt an den britischen Lordbischof von Chichester (x039/229): >>Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren, die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen. Tausende von Leichen spülen die

Oder und die Elbe ins Meer. ... Tausende und Zehntausende sterben auf den Landstraßen vor Hunger und Entkräftung.<<

Die französische Regierung stimmt den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands beziehen - nachträglich am 7.08.1945 zu, lehnt es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).

15.08.1945

Obwohl der Ausweisungsplan des Alliierten Kontrollrats noch nicht vorliegt, werden am 15. August 1945 in Oberschlesien zahlreiche Deutsche durch lokale polnische Behörden in Lagern zusammengefaßt und anschließend in geschlossenen Transporten in die sowjetische Besatzungszone befördert (x001/144E).

16.08.1945

Die UdSSR und Polen schließen ein Grenzabkommen über die gemeinsame "ostpreußische Grenze".

Im Artikel 1 des Grenzvertrages stellt man fest, daß die sowjetisch-polnische Staatsgrenze entlang der "Curzon-Linie" verläuft (x111/65).

Die endgültige Grenzziehung wird jedoch ausdrücklich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufgeschoben (x028/178).

Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagt am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.

Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.

Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<

>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<

20.08.1945

Die tschechische Zeitschrift "Zivot" berichtet über die Explosion in Aussig-Schönpriesen (x004/73): >>Aussig ruft und gebietet: Nicht ein Deutscher auf tschechischem Gebiet! Nicht ein Deutscher in Prag!

Und wenn er sich unter was immer für einem Mantel von Mischehe oder Loyalität verbirgt. Das Volk wird seiner Regierung folgen, ohne sich etwas abhandeln zu lassen und entschieden bis in (alle) Konsequenzen, und erwartet von ihr energische Taten.<<

Minister Ripka erklärt in einer Rundfunkansprache, daß die Ausweisung der Deutschen dringend erforderlich ist (x004/116): >>Es handelt sich dabei um einen fundamentalen Grundsatz unserer politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung. Dieser Bevölkerungsabschub liegt nicht nur im Interesse der Tschechoslowakei, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung

für die Beibehaltung des Friedens. Die Tschechen freuten sich daher über den ... Beschluß von Potsdam, konnten jedoch die Verschiebung der Deportation nicht begrüßen. Wir sind uns der Schwierigkeiten der Alliierten bewußt, indessen können wir kaum Vorbereitungen für die Umorganisation und den Neuaufbau der Grenzgebiete treffen, bis wir wissen, wann die Deutschen sie verlassen werden.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die Gründe für den beschleunigten "Abschub" der Sudetendeutschen (x028/116): >>... Die Angst kann man sich aber schwer vorstellen, denn die Sudetendeutschen waren entwaffnet und warteten zu Hunderttausenden in Lagern auf ihren Abtransport. Die noch in den Dörfern Verbliebenen konnten kaum eine Gefahr für die tschechoslowakische Bevölkerung bilden.

Das erkennbare Motiv für die beschleunigte Vertreibung war nicht die Sicherheit der Tschechen, sondern die beherrschende Idee, das Sudetenland, das immerhin 700 Jahre lang von Deutschen bewohnt gewesen war, vollständig zu entdeutschen und auf diese Weise einen reinen, nur aus Tschechen und Slowaken bestehenden Nationalstaat zu schaffen. ...<<

23.08.1945

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet (x028/117): >>Britische Beobachter in Wien teilen mit, daß auch nach der Erklärung von Potsdam, die einen geregelten Transfer vorschrieb, Hunderttausende von Vertriebenen die österreichische Grenze überschritten haben.

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Vertreibungen nicht, wie Churchill annahm, auf russischen Befehl, sondern auf Veranlassung der örtlichen tschechischen Behörden erfolgten. ... In Berlin und vom Mecklenburgischen bis nach Sachsen treffen Kolonnen halbverhungerner Menschen ein, die von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf weitergeschickt werden. Tausende erreichen überhaupt kein Ziel mehr und leben in Straßengräben und Wäldern.<<

29.08.1945

Der tschechische Ministerpräsident Fierlinger erklärt am 29. August 1945 vor der Presse in Brünn (x005/313): >>... daß man sich bemühe, das Problem der Deutschen und ihres Abschlusses in einer kultivierten Weise und keineswegs brutal mit Konzentrationslagern und durch das Kopieren der Methoden zu lösen, die die Nazisten gebrauchten, und dabei Rücksicht auf Frauen und Kinder zu nehmen.

Wir werden nichts versäumen, auch nicht in gesundheitlicher und ärztlicher Betreuung. Der deutschen Bevölkerung wird Gelegenheit zur Arbeit gegeben, damit sie tatsächlich zum Wiederaufbau beitragen kann und ihre Kräfte in einer Weise ausgenützt werden, die der kulturellen Höhe unseres Volkes entspricht.

Besonders jetzt geschehe alles unter Aufsicht der Behörden, und unser Volk bemühe sich, die Probleme so zu lösen, wie es das Ausland erwarte.

Wenn aus dem Ausland Stimmen zu hören sind, daß man nicht wisse, was man hinter dem "Eisernen Vorhang" tue, so könne man dies nicht auf die tschechischen Länder applizieren. Nunmehr geschehe niemandem überflüssigerweise Unrecht und man achte darauf, daß den Deutschen alles gerecht zugemessen wird.<<

Der katholische Theologe Johannes Kaps (1906-1959, Begründer des Zentralen Katholischen Kirchenbuchamtes und des Archivs für Heimatvertriebene) berichtet Ende August 1945 in einer Denkschrift für Papst Pius XII. über die Vertreibung der Deutschen aus Gebieten östlich der Oder und Neiße (x022/184-189): >>... Am 15. Mai 1945, 10 Tage nach der Kapitulation von Breslau, erschien der katholische Bischof von Kattowitz, Stanislaw Adamski, in Breslau und erklärte dem stellvertretenden Generalvikar des Kardinal-Fürstbischofs Dr. Bertram, ... als Auffassung der polnischen Regierungsstellen u.a. folgendes: in den von Polen besetzten Gebieten werde es keine Minderheitenfrage geben, Breslau und Stettin würden unbedingt polnisch. Lemberg mit Universität werde nach Breslau, Wilna mit Universität nach Stettin umgesiedelt, viereinhalb Millionen aus den polnischen Ostgebieten kämen in den Raum rechts der

Oder; je eher die Deutschen aus diesen Gebieten freiwillig nach Westen gingen um so besser für sie.

Diese Mitteilungen klangen damals völlig ungläubhaft. Inzwischen hat sich erwiesen, daß die Polen alles daran setzten, um die Deutschen aus den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten gewaltsam zu evakuieren. D.h. es sollen in diesen Gebieten noch vor der allgemeinen Friedenskonferenz vollendete Tatsachen zugunsten der Polen geschaffen werden. ...

I. Umfang und Ausmaß der Bevölkerungsbewegung im Osten.

Bereits Mitte Juni dieses Jahres lagen nach den von der Stadt Görlitz herausgegebenen Mitteilungen 60.000 Rückwanderer nach Schlesien in der Stadt Görlitz und Umgebung. Das gleiche Bild boten die Städte und Dörfer zwischen Görlitz – Löbau – Bautzen usw. ...

In der zweiten Hälfte des Juni hat sich die an sich schon gespannte Lage besonders an der Görlitzer Neiße wesentlich verschlimmert:

1. Am 21. Juni mußte der östliche Teil von Görlitz (rechtes Neißeufer) auf Anordnung der polnischen Kommandantur in der Morgenfrühe von der deutschen Bevölkerung in kürzester Frist geräumt werden. Tausende von Görlitzer Einwohnern flüchteten mit weniger Habe in die auf dem linken Ufer gelegenen Stadtteile.

2. In den nachfolgenden Tagen wurden die Deutschen auch aus den Dörfern des Kreises Görlitz rechts der Neiße ausgewiesen. Görlitz verlor damit seine hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Versorgungsgebiete.

3. Die Ausweisung der Deutschen ergriff dann bald auch die Nachbarkreise. Seitdem flutet ein ununterbrochener Flüchtlingsstrom aus Schlesien über die Neiße nach Westen in das Land Sachsen. ...

8. Die Hoffnungen auf ein Abstoppen oder eine humane Durchführung der Evakuierung der Ostdeutschen haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil werden die Ausweisungen, anscheinend ermutigt durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, in verstärktem Maße und unter der gleichen unmenschlichen Behandlung auch im Winter fortgesetzt.

Es ist also eine Bevölkerungsverschiebung von ungeheuren Ausmaßen in den deutschen Ostgebieten im Gange.

II. Die Lage der Flüchtlinge.

Sie ist kurz gesagt katastrophal. Evakuierte, die nach dem 8. Mai in wochenlangen Fußmärschen die Heimat glücklich erreicht hatten, sind erneut ausgewiesen (ein Beispiel: Eine Familie mit 5 Kindern im Alter von 4 bis 8 Jahren hat aus dem Sudetenlande einen Fußmarsch von 270 km bis Liegnitz gemacht, nunmehr wieder über 100 km zu Fuß zurück bis zur Neiße und weiter ... auf dem Rückmarsch immer wieder ausgeplündert, die Frauen ständig in Angst. Folge: völlige körperliche und seelische Erschöpfung).

In Görlitz war die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung schon Mitte Juni außerordentlich knapp, z.B. ein Kilo Brot auf die Woche, keine Fett, keine Butter, kaum Kartoffeln und nach dem wenigen noch Schlange stehen. In der ersten Juli-Woche sollen die Görlitzer pro Kopf nur $\frac{1}{4}$ Kilo Brot erhalten haben. Flüchtlinge erhalten grundsätzlich überhaupt keine Lebensmittelzuteilung. Da die einheimische Bevölkerung trotz des guten Willens bei der herrschenden Knappheit nicht mehr helfen kann, sind sie auf's Betteln bei den Besatzungstruppen angewiesen; schließlich ist Mundraub die letzte Rettung. Manche Flüchtlinge haben schließlich Gras gerupft, gekocht und verzehrt.

Fast in jeder Gemeinde sind Anschläge, daß Flüchtlinge sich längstens 24 Stunden aufhalten dürfen, bei längerem Verweilen werden Strafen angedroht. Infolgedessen ziehen die Flüchtlinge mit ihrem Wägelchen ohne Ziel von einem Ort zum anderen, z.B. in der einen Woche von Görlitz nach Zittau und in der folgenden wieder von Zittau nach Görlitz.

Folge: Kräfteverfall wird bei dem dauernden Hin- und Herziehen und der unzulänglichen Ernährung täglich spürbarer und auch sichtbarer; eines Tages bleiben sie dann vor Erschöpfung

liegen. Viele Flüchtlinge sind infolge mehrfacher Ausplünderungen durch Russen und Polen ohne genügend Kleidung und Wäsche. Kaum jemand hat Winterkleidung. Es mehren sich die Fälle, in denen Flüchtlinge kein Bargeld mehr haben.

Die ärztliche Versorgung ist völlig unzureichend. In der Nähe von Ostritz hat z.B. eine Frau im Kornfeld entbunden. ... Die Krankenhäuser in Görlitz (20 km) und Zittau (18 km) sind überfüllt. Krankentransportmittel fehlen. Besonders schlimm ist die Kindersterblichkeit. Säuglinge scheinen schlechthin dem Tode verfallen zu sein; aber auch Kleinkinder von 3 Jahren können die Strapazen bei unzureichender Ernährung kaum überstehen. Medikamente sind kaum noch vorhanden; die wenigen vorhandenen werden nur auf ärztliches Attest abgegeben. Die Sterblichkeit ist erschreckend.

Die hygienischen Verhältnisse sind im allgemeinen unbeschreiblich; ständige Seuchengefahr. Die öffentlichen Stellen, besonders die Städte, haben notdürftig Auffanglager für die ersten Stunden errichtet, in Cottbus z.B. ein altes Fabrikgebäude, halb zerstört und ohne Fenster, mit Betondielen. Hunderte lagern dort ohne Stroh, während in den Höfen auf Ziegellöchern die Holzfeuer lodern, wo die Leute ihre Suppe kochen. Einige Notaltersheime mit hunderten Insassen sind im Gange.

Bei dieser materiellen Lage der Flüchtlinge ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrzahl bereits völlig abgestumpft, wenn nicht bereits seelisch gebrochen ist.

Fast alle haben ihre Existenzgrundlage und ihr Hab und Gut verloren; die meisten sind ohne Hoffnung, nur wenige besitzen noch die Energie, Möglichkeiten für Begründung einer neuen Existenz aufzuspüren.

Unter diesen Verhältnissen ist eine aufbauende Seelsorge unmöglich geworden. Die Geistlichen können in dem Elendsgebiet nur mehr die Kranken mit den heiligen Sterbesakramenten versehen und Tote begaben. Das Bewußtsein, ein grenzenlos gewordenes Elend nicht mehr steuern zu können, zermürbt auch den idealsten Seelsorger. Darum sind unsere Seelsorger in diesen Gebieten körperlich der Erschöpfung und seelisch dem Zusammenbruch nahe.

III. Soll die Kirche etwas unternehmen?

Die Kirche muß etwas unternehmen. Es handelt sich nicht nur um eine Pflicht der Nächstenliebe, sondern um eine Pflicht der Gerechtigkeit. Die meisten der Betroffenen sind ohne Schuld in diese furchtbare Not gekommen. Zwangsevakuierten ist der Weg in die Heimat versperrt. Die in der Heimat Verbliebenen werden jetzt ausgewiesen ohne Optionsmöglichkeit.

Ist es zu rechtfertigen, daß die derzeitigen polnischen Machthaber für die Unterbringung von 4 ½ Millionen Polen aus den an Sowjetrußland abzutretenden Gebieten ein Viertel des deutschen Gebietes von 1938 beanspruchen und daß zu diesem Zweck 12 bis 15 Millionen Deutsche von Haus und Hof vertrieben werden?

Ist es berechtigt, daß die Tschechen 3 ½ Millionen Deutsche vertreiben, weil einzelne unter ihnen illoyal gegen den tschechischen Staat waren?

Ausweisungen in solchem Umfange und in so unmenschlicher Form nach Beendigung des Krieges, bevor die Friedenskonferenz getagt hat, stehen im Widerspruch mit Recht und Gerechtigkeit. Im Wege purer Gewalt werden jetzt vollendete Tatsachen geschaffen. Zu diesen Gewaltmethoden, die ja nur neuen Haß erzeugen, kann die Kirche nicht stillschweigen. Sie ist kraft ihrer Sendung Kirche für alle Völker und Nationen.

Der maßlose Nationalismus droht aber die Weltkirche in Nationalkirchen aufzuspalten. Abgesehen davon verpflichtet das Gebot der Liebe zur Tat. Auch auf die Gefahr hin, daß die Vorstellungen der Kirche vielleicht eine Zurückweisung erfahren, kann und darf die Kirche nicht schweigen. ...

... Der Heilige Vater kann und wird nicht schweigen, wenn er erfährt, was in Ostdeutschland vorgeht. Vielleicht wird der Heilige Vater sogar eine selbständige Hilfsaktion seinerseits einleiten und damit aller Welt bekunden, wie groß tatsächlich die Not ist. Das wäre der größte

Trost für unsere schwer leidenden katholischen Brüder und Schwestern. Die Weltpresse schweigt sich ja über den Osten leider noch zu sehr aus.<<

01.09.1945

Die britische Militärregierung informiert am 1. September 1945 das Foreign Office (x028/128-129): >>... Die Vertreibungen werden kaum vorher angekündigt, die Flüchtlinge gehen mit dem, was sie tragen können. Viele streben nach Berlin, weil Eisenbahnlinien dorthin führen und sie auf eine zentrale Organisation hoffen, die ihnen hilft.

Auf dem Weg zu den Bahnstationen leben sie von dem, was sie auf dem Feld und in Häusern stehlen können, und Kranke und Alte bleiben unterwegs liegen. Die meisten haben bei der Ankunft in Berlin keinerlei persönlichen Besitz mehr, weil sie ihn gegen Nahrungsmittel eingetauscht haben oder unterwegs von Soldaten beraubt worden sind.

... Flüchtlinge werden auf Straßen und Zügen ausgeraubt. Nach einem Gewährsmann bieten Kohlenzüge das sicherste Transportmittel, doch nach Aussage von jemandem, der mit einem Kohlenzug reiste, wurde er zwischen Breslau und Berlin viermal geplündert.

Bestimmte Waren, z.B. Medikamente, können nur in Zlotys bezahlt werden, die Deutsche nicht erhalten, und die Preise steigen teilweise um 1.000 %.

Viele Deutsche weigern sich noch, das Land zu räumen, weil sie hoffen, daß die Grenze weiter östlich festgelegt wird, als die Polen hoffen, doch die Rationen sind so gering (von 500 bis 700 g Brot in der Woche, kein Fleisch oder Fett), daß die Sterblichkeit bereits alarmierend ist.<<

02.09.1945

Die britische Militärregierung informiert das Foreign Office am 2. September 1945 über weitere polnische Vertreibungsmaßnahmen (x028/114): >>Am 22. August 1945 erklärte der polnische Gouverneur einer Anzahl prominenter deutscher Bürger, die kamen, um bessere Behandlung zu erbitten: Stettin und das Gebiet 30-40 Meilen westlich der Stadt würden in Kürze von allen Deutschen (ungefähr 250.000) geräumt werden. Um Greuel zu vermeiden, wie sie die Deutschen in Polen verübt hätten, werde empfohlen, daß sofort mit der freiwilligen Evakuierung von Waisen, Kranken und kinderreichen Familien begonnen werde. ...<<

08.09.1945

Der Lordbischof von Chichester schreibt an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

09.09.1945

Die britische Botschaft informiert den nordamerikanischen Außenminister (x028/115): >>... (daß) trotz ... der Vereinbarung der Potsdamer Konferenz ... die polnischen Behörden fortfahren, jedenfalls auf indirekte Weise, die noch verbliebenen deutschen Einwohner aus den der polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Gebieten zu vertreiben.

Die Schwierigkeiten für die Kontrollkommission, die bereits durch die vorausgegangenen Vertreibungen unabsehbar sind, werden von Tag zu Tag schlimmer.<<

15.09.1945

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 15. September 1945 (x044/197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.

Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der

großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.

Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

22.09.1945

In Oberschlesien interniert man am 22. September 1945 wieder zahlreiche Deutsche in Lagern. Dort müssen sie oftmals wochen- oder monatelang, ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen vegetieren.

Die Arbeitsunfähigen werden später aussortiert, zu 60-70 Personen in Güterwagen verladen und nach Westen abgeschoben. Da für diese Ausweisungen noch keine interalliierten Abmachungen vorliegen, geben sich die Polen Mühe, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen (x001/144E-145E).

30.09.1945

Die polnische Regierung mißachtet weiterhin die Potsdamer Vereinbarungen und setzt die ungeordneten Vertreibungen unvermindert fort. Von Ende September bis Dezember 1945 werden vor allem arbeitsunfähige Deutsche aus den besetzten deutschen Ostprovinzen vertrieben.

04.10.1945

Der Alliierte Kontrollrat fordert die polnische und tschechische Regierung erneut auf, den Abtransport der Deutschen einzustellen, bis ihre ordnungsgemäße Überführung erfolgen kann (x004/116-117).

05.10.1945

Marschall Shukow erteilt Polen, der CSR und Ungarn die offizielle Erlaubnis, Ost- und Volksdeutsche in die Sowjetische Besatzungszone "umzusiedeln" (x111/87).

07.10.1945

Die New Yorker "Daily News" berichtet über die Ausweisung der Deutschen (x028/131-132):

>>Eine ... Frau mit Narben von Peitschenhieben quer über das Gesicht sagte, als die Gruppe, mit der sie in Oberschlesien zur Eisenbahn marschierte, durch Sagan kam, standen polnische Zivilisten links und rechts der Straße, und die Flüchtlinge wurden systematisch beraubt und geschlagen, als sie vorübergingen. ...

Sie schloß ihre Aussage mit der Vermutung, sie sei schwanger. Auf der Reise nach Berlin war sie dreißigmal vergewaltigt worden.<<

08.10.1945

Die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) ordnet an, die ausgewiesenen Deutschen nur noch als "Umsiedler" zu bezeichnen (x039/229).

09.10.1945

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1945-48 politischer Berater Eisenhowers und der US-Militärregierung) berichtet über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x044/197):

>>Amerikanisches Militärpersonal ist Augenzeuge von Vorfällen gewesen, bei denen sich deutsche Einwohner böhmischer Dörfer an einem Sammelplatz einfinden mußten, zwangsweise davongetrieben und häufig an Ort und Stelle oder auf der Straße ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und noch dazu geschlagen wurden, wenn sie sich der Ausweisung widersetzen.<<

10.10.1945

Die tschechische Zeitung "Lidovy Vecernik" berichtet (x004/101): >>In der Tschechoslowakei geht es lediglich um die Frage: Tscheche und Slowake oder Deutscher und Ungar. Um nichts anderes.

Wenn sich allerdings ein Jude zur deutschen Nationalität bekannt hat, muß er denselben Weg gehen wie jeder andere Bürger deutscher Nationalität, der sich um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bemüht.<<

Außenminister Bevin berichtet im britischen Unterhaus (x028/117-118): >>Ich habe die polnische Regierung ersucht, alle weiteren Vertreibungen von Deutschen in diesem Augenblick zu unterlassen. ...

Der polnische Botschafter in London hat vor kurzem dem Foreign Office versichert, es seien strenge Befehle ausgegeben worden, alle Vertreibungen aus den von Polen besetzten Gebieten künftig zu unterlassen.<<

12.10.1945

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt am 12. Oktober 1945 über das Schicksal der Millionen von deutschen Vertriebenen (x111/89): >>Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat. ...<<

14.10.1945

Staatspräsident Dr. Benesch erklärt am 14. Oktober 1945 während einer Rede in Melnik (x004/90,114,117): >>... Ich zog daher meinen unausweichlichen Schluß, auch wenn es für das Wirtschaftsleben belastend ist, unsere Deutschen müssen von uns fort. ... <<

>>... Aber unser ganzes Vorgehen in Sachen ihres Abschubes in das Reich muß menschlich, anständig, richtig, moralisch begründet, genau geplant und mit allen Alliierten fest vereinbart sein. Auch hier darf unser Volk seinen Ruf eines demokratischen und menschlich würdigen Regimes durch nichts beflecken.

Dies erklärte mit mir schon gestern der Vorsitzende Fierlinger, im tschechischen Rundfunk, es erklärte dies die Regierung als Gesamtheit und ich betone dies heute auch selber.

Alle untergeordneten Organe, die sich hiergegen versündigen, werden sehr entschieden zur Ordnung gerufen werden. Die Regierung wird in keinem Falle erlauben, daß der gute Ruf der Republik durch unverantwortliche Elemente geschädigt werde. Das wollte ich heute hier euch, aber auch unserer ganzen tschechischen Öffentlichkeit sagen.

Die Aufgaben, die unser Staat hat, sind ungeheuer, und es ist notwendig, daß sie uns unbedingt gelingen. Wenn wir uns die große historische Tragweite der Umsetzung der Deutschen, z.B. nur für unseren Staat selbst ausdenken, dann sehen wir, daß dies eine tatsächlich revolutionäre Tat sein wird, die unserem ganzen nationalen Leben einen völlig neuen Charakter geben wird und das wiedergutmachen wird, was in vergangenen Zeiten und in den schweren Zeiten unserer Geschichte gegen uns geschehen ist.

Und ähnliche große Aufgaben haben wir mehr. ...<<

>>... In letzter Zeit werden wir aber in der internationalen Presse kritisiert, weil die Umsiedlung der Deutschen bei uns in einer unwürdigen und unzulässigen Weise durchgeführt werde. Wir tun angeblich dasselbe, was die Nazisten uns getan haben; dadurch würden wir unsere eigene nationale Tradition und unseren bisher unberührten sittlichen Ruf antasten. Wir würden einfach die Nazisten in ihren grausamen unzivilisierten Methoden nachahmen. –

Mögen diese Vorwürfe vielleicht in Einzelheiten wahr sein oder auch nicht, ich erkläre ganz kategorisch; unsere Deutschen müssen ins Reich fortgehen, und sie werden in jedem Falle fortgehen. ...<<

15.10.1945

Die britische Tageszeitung "News Chronicle" berichtet am 15. Oktober 1945 über die Vertreibung von Jugoslawien-Deutschen (x028/121,136): >>Drei- oder viertausend Deutsche aus allen Balkanstaaten hat man an der österreichisch-ungarischen Grenze zusammengeholt, um sie in Österreich abzuladen. ...<<

>>... Ein Zug, der nun auf einem Nebengleis in Wilfernsdorf bei Bruck steht, fuhr vor 16 Ta-

gen aus Jugoslawien ab mit 650 deutschen Frauen und Kindern und einigen wenigen Männern aus Südwest-Ungarn.

Sie haben nur das zu essen, was sie bei sich hatten. Niemand kümmerte sich um sie. Der Zug wurde nach Wien und wieder zurückgefahren, da die Leute nirgends hingehen können.

Das österreichische Rote Kreuz erhält keine Erlaubnis, die Flüchtlingslager zu betreten oder den Insassen zu helfen.<<

Während der UN-Konferenz kündigt der polnische Minister Ochab am 15. Oktober 1945 offiziell die Aussiedlung der Deutschen aus den "Wiedergewonnenen polnischen Gebieten" an.

17.10.1945

Der nördliche Teil Ostpreußens wird am 17. Oktober 1945 offiziell in den sowjetischen Staatsverband eingegliedert.

19.10.1945

Lord Bertrand Russell (1872-1970, britischer Mathematiker und Philosoph, Literatur-Nobelpreis 1950) schreibt am 19. Oktober 1945 in der englischen Tageszeitung "The Times" (x149/108, x025/48): >>In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Menschen auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten "Friedenspolitik".

...<<

>>... Im Potsdamer Protokoll wird vorgeschrieben, daß die Ausweisungen von Deutschen in 'geregelter und humaner' Weise durchgeführt werden sollten. Und es ist wohl bekannt – durch öffentliche Berichte wie durch Briefe, die zahlreiche britische Familien von Verwandten und Freunden in den Besatzungsarmeen erhielten -, daß diese Bedingungen von unseren russischen und polnischen Verbündeten nicht beachtet worden sind. ...<<

US-Außenminister Byrnes berichtet am 19. Oktober 1945 über "begrenzte Umsiedlungen" der Deutschen (x028/98): >>... Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen.<<

22.10.1945

Captain Marples erklärt am 22. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/118): >>... (daß) nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes Proteste gegen unorganisierte Deportationen von Deutschen durch Polen und Tschechen ohne Wirkung geblieben sind, daß immer noch Flüchtlinge nach Berlin strömen und zu Tausenden auf den Straßen sterben. ...<<

Die US-Zeitschrift "Time" berichtet am 22. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57): >>Gegen diese illoyalen Minderheiten ist das einst duldsame tschechoslowakische Herz verhärtet.

Dr. Benesch und seine Regierung sind eisern entschlossen, den Staat von fast allen seiner 3 Millionen Deutschen zu befreien.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige antideutsche Berichterstattung (x028/57): >>... Erklärungen in diesem Tonfall waren 1945 an der Tagesordnung und können der aufgeladenen Atmosphäre zugeschrieben werden, die bei Kriegsende herrschte. Doch trotz der Verzerrungen der Geschichte, wie sie die Kriegspropaganda und die moralische Diffamierung des Feindes sozusagen notwendig machen, gab es unabhängige Stimmen, die versuchten, die Öffentlichkeit von ihren Vorurteilen aus der Kriegszeit zu befreien. ...<<

24.10.1945

Die UN-Charta tritt am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die UN-Satzung formuliert z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens,

Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen ist die UN-Charta wegen der sog. "Feindesstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen werden damals komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/-344).

26.10.1945

Im britischen Unterhaus fordert Sir Arthur Salter die Regierung seiner Majestät auf, geregelte Umsiedlungen der Deutschen durchzusetzen (x028/118): >>... Indem sie allen Einfluß bei jenen Regierungen anbietet, die Deutsche ... aus ihrer Heimat vertrieben haben, damit gesichert wird, daß diese Vertreibung mindestens bis Ende des Winters unterbrochen wird.

Falls sie dann wieder aufgenommen wird, dann auf geregelte Weise, wie es die Potsdamer Erklärung voraussetzt, und mit Zustimmung aller 4 Regierungen, die Deutschland kontrollieren.<<

Außenminister Bevin berichtet ferner (x028/57,132): >>(Die Sudetendeutschen und die Tschechen hätten harmonisch zusammengelebt, bis Hitlers Helfershelfer) das großartige Unterfangen zerbrachen, einen demokratischen Staat ins Leben zu rufen und aufzubauen.<<

>>Es war ein jämmerlicher Anblick - dieser lange Zug von Kinderwagen und kleinen Fahrzeugen aller Art, und die Leute fast alles Frauen und Kinder und ganz wenige Männer.

Man konnte nur noch sagen: "Mein Gott, das ist der Preis für Dummheit und Krieg". Es war der schlimmste Anblick, den man sich denken kann.<<

28.10.1945

Staatspräsident Dr. Benesch berichtet über die Ausweisung der Sudetendeutschen (x004/90): >>Es verlassen die Republik nicht weniger als 800.000 Arbeitskräfte. Der Staat wird ärmer, aber das Opfer muß im Interesse des zukünftigen Friedens gebracht werden.<<

Oktober 1945

In Pommern, im Südtteil Ostpreußens, in Teilen der ehemaligen Provinz Posen und in Westpreußen werden im Oktober 1945 großangelegte "Ausweisungen" durchgeführt. Diese "Ausweisungen" werden meistens nicht angekündigt.

Die Bevölkerung wird oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder in nur 10 Minuten, plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen. Vielfach sind nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen. Im wesentlichen sieht man überall die gleichen Bilder: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, wo geschlossene Transporte zusammengestellt werden sowie Gepäckkontrollen und fortgesetzte Plünderungen während der Bahnfahrt durch polnische Banden, die vielerorts sogar auf die fahrenden Züge springen und überall panikartige Angst hervorrufen.

Infolge der nicht selten mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgen, ereignen sich zahlreiche Todesfälle.

Ab Oktober 1945 treibt man die Bevölkerung Pommerns im Sammellager Scheune bei Stettin zusammen. Das Grenzübergangslager Scheune zählt schon bald zum berüchtigsten Vertriebenenlager. Dort sind Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung. Im allgemeinen werden die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern, bevorzugt vertrieben. Spezialisten, die als unabkömmlich gelten, stellt man überwiegend von der Austreibung zurück.

Mit Versprechungen, Drohungen oder durch brutale Gewaltmaßnahmen versucht man damals bereits, vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreu-

ßen für Polen zu gewinnen. Viele Deutsche, die polnisch klingende Namen besitzen, werden ebenfalls zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen.

05.11.1945

Die US-Zeitschrift "Time" rechtfertigt die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57):
>>Die 3 Millionen Sudetendeutschen, die jetzt zu Europas Millionen elender Verschleppter hinzukommen, hatten sich in Massen erhoben, um die Tschechen zu verraten. ...<<

19.11.1945

Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzen polnische Truppen am 19. November 1945 die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Kaum hatte die polnische Regierung 1945 die Oder-Neiße-Linie erreicht, da verlangte ihr Beauftragter F. Stojanowski 1946 konsequenterweise die Elbelinie einschließlich Schleswig-Holstein sowie Hamburg, Magdeburg und Dresden als Brückenköpfe links der Elbe; die Gebiete zwischen Oder und Elbe sollten als Elbestaat bzw. Lausitzstaat integrierende Teile Großpolens werden.

Wenig bekannt sind die Versuche der Jahre 1945-1947, das ganze westliche Ufergebiet der Oder unter polnische Kontrolle zu bringen. Als Teilerfolg dieser eigenmächtigen Aktionen konnten die polnischen Expansionisten die sowjetische Duldung der Annexion von Stettin und Umgebung verbuchen – immerhin 800 qkm mit einer Vorkriegsbevölkerung von 440.000 Einwohnern, ein Gebiet von dem in den Potsdamer Beschlüssen nicht die Rede war. ...<<

10.11.1945

Die britische Wochenzeitschrift "The Economist" berichtet (x028/119): >>Es ist eine unangenehme, aber feststehende Tatsache, daß die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neiße und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter.<<

13.11.1945

Die polnische Regierung erläßt am 13. November 1945 ein Dekret über die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/95-96): >>... Art. 1. Solange es die außerordentlichen Bedürfnisse erfordern, wird für eine Übergangszeit ein Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gebildet.

Art. 2. Die Tätigkeit des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete erstreckt sich auf die westlich und nördlich der Staatsgrenzen von 1939 gelegenen Gebiete.

Zum Aufgabenbereich des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete gehören:

- a) die Ausarbeitung von Richtlinien für die Staatspolitik in den Wiedergewonnenen Gebieten sowie eines Planes für ihre Bewirtschaftung und die Überwachung seiner Ausführung,
- b) die Durchführung einer planmäßigen Ansiedlungsaktion,
- c) die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, die ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen,
- d) die Verwaltung des ehemals deutschen Vermögens,
- e) die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete, wobei der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete alle Angelegenheiten unterstehen, welche außerhalb dieser Gebiete zur Zuständigkeit des Ministers für Öffentliche Verwaltung gehören ...

Art. 7. In den Wiedergewonnenen Gebieten üben die Wojewoden und Starosten - jeder in seinem Verwaltungsbereich - die oberste Leitung aller Zweige der staatlichen Verwaltung aus (Art. 2) und haben das Recht in diesem Bereich allen Behörden, Ämtern und amtlichen Organen innerhalb des in Art. 2 bezeichneten Aufgabenbereichs des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete Dienstanweisungen zu erteilen. ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete ist auch für die planmäßige Ansiedlung von Polen zuständig.

17.11.1945

Das Sekretariat des Alliierten Kontrollrates schlägt vor (x002/737): >>... daß die Ausweisung im Dezember 1945 beginnen und 10 % der Gesamtzahl der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung betragen könne.<<

20.11.1945

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die Umsiedlungsquoten für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 aus der CSR und 500.000 aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 aus Österreich.

In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher.

Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

... c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<

26.11.1945

Die polnische Zeitung "Trybuna Dolnoslaska" ("Niederschlesische Tribüne") berichtet am 26. November 1945 über die Vertreibung der Niederschlesier (x024/141): >>... Das Problem mit den Deutschen ist für uns eine Frage um Sein oder Nichtsein in diesen Gebieten. Wir können und wir wollen nicht mit den Deutschen in einem Lande zusammenwohnen.

Die Gegenwart der Deutschen erschwert uns jeden Tag mehr die Organisation eines geordneten Wirtschaftslebens. Die in diesen Gebieten verbleibenden Deutschen sind eine gewaltige Last für unsere Versorgung, zugleich schaffen sie Wohnungsschwierigkeiten für die sich laufend vermehrende Zahl der Ansiedler. Wir wollen die Deutschen in diesen Gebieten nicht vor Gericht stellen, noch wollen wir ihnen den Grad ihrer Schuld an den Verbrechen Hitlers darlegen. Wir haben nur eine Antwort: Deutsche müssen diese Gebiete verlassen; wir wollen überhaupt kein deutsches Problem mehr haben.<<

Das tschechoslowakische Ministerium des Innern beschließt am 26. November 1945 einen Erlaß über die Aussiedlung von deutschen Antifaschisten in die SBZ (x004/346-347): >>Die russischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die Bereitschaft geäußert, eine größere Anzahl Personen deutscher Nationalität zu übernehmen, welche nachgewiesenermaßen antifaschistischer Gesinnung sind. ...

Das Innenministerium empfiehlt, dieser Aktion jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, so daß sie so schnell als möglich durchgeführt werden kann. ...

Die Aussiedlungsbewilligung ist nicht zu erteilen: ... Personen, welche in für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Unternehmen beschäftigt sind, z.B. Spezialisten und Facharbeiter oder qualifizierte Kräfte. ...

Sie können ... ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums nicht mitnehmen: Gegenstände, deren Abgabe ... durch Kundmachung des Finanzministerium vom 22.6.1945 ... angeordnet worden ist. ...<<

28.11.1945

US-Außenminister Byrnes telegraphiert am 28. November 1945 an den nordamerikanischen Botschafter in Belgrad, daß die Vertreibungen der Jugoslawien-Deutschen eingestellt werden müssen (x028/225).

30.11.1945

US-Außenminister Byrnes weist den nordamerikanischen Botschafter in Warschau am 30. November 1945 an, gegen die polnischen Vertreibungsmethoden zu protestieren (x028/133):

>>... Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten.

Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist.

Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.<<

03.12.1945

Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtet (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.

Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungerte Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

04.12.1945

Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...

Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

05.12.1945

Ein Redakteur der "Rude Pravo" erläutert am 5. Dezember die Registrierung aller Deutschen, die noch in Freiheit leben (x004/118): >>Damit es ... manchen Deutschen (nicht) gelinge, aus den Abschubverzeichnissen herauszuschlüpfen, hat das Innenministerium eine schlagartige, karteimäßige Konskription aller Deutschen zum 1. Dezember 1945 angeordnet. ...

Es ist die Sache aller Orts- und Bezirksnationalausschüsse, ... aber auch eines jeden von uns, dafür zu sorgen, daß keiner von denen vergessen wird, die im Jahre 1938 so sehnsüchtig riefen: "Wir wollen ins Reich".<<

08.12.1945

Bertrand Russel berichtet am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/195): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...

Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekartt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

10.12.1945

"Der Sozialdemokrat" zitiert Karl Kreibich, den Sprecher der sudetendeutschen Kommunisten und späteren CSR-Botschafter in Moskau (x004/103): >>Kümmert euch nicht darum, wieviel Deutsche endgültig da sein werden, je weniger desto besser.

Eines aber ist unabänderlich; es darf in der Tschechoslowakischen Republik niemals wieder eine organisierte politische Gruppe der deutschen Minderheit geben, es darf keine eigene deutsche, sei es wirtschaftliche, politische oder kulturelle Richtung geben. ... Die Erziehung der Kinder muß tschechisch sein.<<

11.12.1945

Der Flüchtlingsausschuß des Länderrates bittet die nordamerikanische Militärregierung, während der Kälteperiode keine weiteren Vertreibungstransporte zu erlauben, Medikamente bereitzustellen und ausgesonderte Lebensmittel aus Heeresbeständen abzugeben (x039/230).

12.12.1945

US-Botschafter Patterson berichtet dem nordamerikanischen Außenminister aus Belgrad, daß die jugoslawische Regierung keine Vertreibungen angeordnet hat und sich weigert, Jugoslawien-Deutsche aus Österreich aufzunehmen (x028/225).

18.12.1945

Das Foreign Office telegraphiert am 18. Dezember 1945 an den britischen Botschafter in Warschau (x028/134): >>... Radio Warschau meldete am 18. Dezember, daß ein Erlaß des Regierungsbevollmächtigten für Westpommern veröffentlicht worden ist, wonach Beschäftigung jeder Art für Deutsche in Stettin verboten ist.

Das klingt kaum vereinbar mit "geregelten und humanen" Maßnahmen für die Umsiedlung. Deutsche in Stettin werden vermutlich entweder gezwungen werden, zu verhungern, wo sie sind, oder sich eilig auf den Weg machen, bevor geeignete Anordnungen für ihre Umsiedlung oder ihre Aufnahme getroffen werden können.

Falls Sie keine Einwände haben, erwähnen Sie bitte diesen Bericht den polnischen Behörden gegenüber und kommentieren sie ihn im oben umrissenen Sinn.<<

22.12.1945

Die ungarische Nationalregierung beschließt am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverordnung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/91E-93E): >>... § 1 Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit bekannt hat

oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2 1) Die Vorschrift des § 1 bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen – auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr ... vollendet haben. ...

§ 3 1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.

2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.

3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.

4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

§ 4 1) Die umsiedlungspflichtigen Personen sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. ...

§ 5 1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.

2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. ...

3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.<<

24.12.1945

Papst Pius XII. fordert die Siegermächte auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisiert ferner kollektive Strafuweisungen (x025/157): >>Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

31.12.1945

Obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuten, bleibt die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen haben sich bis zu diesem Zeitpunkt in Ostdeutschland niedergelassen (x001/118E-119E).

1945

Dr. Karel Kacl schreibt im Jahre 1945 in der tschechoslowakischen Zeitschrift "Svobodny zítrek" - "Freie Zukunft" - über die Vertreibung der Deutschen (x154/8-9): >>Wir sind ein Nationalstaat. In der Tschechoslowakischen Republik wird es keine anderen Staatsbürger geben als die, welche tschechische oder slowakische Nationalität haben. Es wird auch keine anderen slawischen Nationalitäten geben. Die Karpato-Ukraine gehört nicht mehr zum tschechoslowakischen Staat, sie ist jetzt da, wo sie hingehört, im Bund der Ostslawen. Damit ist vieles einfacher, und geben wir es ruhig zu, auch schöner geworden. Die Verhältnisse sind jetzt unkompliziert.

Jeder, der kein Tschechoslowake ist und im Guten kommt, ist herzlich willkommen, aber er muß sich gut benehmen, wie ein wirklicher Gast. Wer auf Dauer bleiben will, muß sich der heimischen Bevölkerung anpassen, sich assimilieren. So wird es auf der ganzen Welt gehandhabt. In Amerika anglisieren unsere Auswanderer auch ihre Namen, in Rußland treten sie der orthodoxen Kirche bei und übernehmen auch die russische Lebensart. All das müssen wir hier bei uns auch konsequent durchsetzen. ...

Wir haben uns politisch befreit - wir werden uns auch wirtschaftlich befreien und ebenso von der Schande befreien, die uns während der Okkupation zugefügt worden ist. Wir werden uns von allem befreien, was uns an die Zeit unserer Sklaverei erinnert. Dies beinhaltet sowohl Personennamen, als auch Orts-, Burg- und Bergnamen. Das ist genauso wichtig wie alles andere. Im Hinblick auf die Zukunft ist es sogar wichtiger. Unser Präsident rief in seiner Rede in Tabor nach der Befreiung und er wußte bestimmt warum. Sie wird genauso gründlich durchgeführt wie die Aussiedlung der Deutschen. ...<<

30.01.1946

Lord Jowitt, Lordkanzler des britischen Oberhauses, beantwortet am 30. Januar 1946 eine Anfrage des Bischofs von Chichester, warum keine geregelte und humane Übersiedlung der Deutschen erfolgt (x028/137): >>Es gibt keinen internationalen Mechanismus für die Umsiedlung und die Kontrolle ihrer Durchführung. Die Maßnahmen sollen unmittelbar zwischen der Regierung der ausweisenden Staaten und den Behörden der jeweiligen Zone in Deutschland abgesprochen werden, in die man die Einwanderer schickt.<<

Januar 1946

Im Verlauf der Kontrollen an den Sammelstellen und während der wochenlangen Transporte ereignen sich in den deutschen Ostprovinzen vielerorts Plünderungen und Überfälle, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen im Januar 1946 völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankommt.

In der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) werden die Vertriebenen anschließend nicht selten monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten (x001/147E).

Im Januar 1946 beginnen in Ungarn die ersten Ausweisungstransporte in die nordamerikanische Zone Deutschlands. Die ersten Transporte entsprechen nicht den Grundsätzen einer humanen Durchführung. Die Vertriebenen kommen oftmals ausgeplündert, ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd und frierend in den Auffanglagern an.

Diese Zustände können erst 2 Monate später als geregelt bezeichnet werden, weil die zuständigen nordamerikanischen Dienststellen nicht nur die rollenden Transporte, sondern bereits die Einwaggonierung kontrollieren.

Die Ungarn-Deutschen erhalten 2-3 Tage Zeit, um ihre Sachen zu packen. Die Umsiedler dürfen pro Person 100 kg Gepäck (Nahrungsmittel, Bettwäsche, Kleider, Handwerkszeug) mitnehmen. Sie werden mit Lastkraftwagen oder Fuhrwerken zum Bahnhof gefahren, dort kontrolliert, verladen und abgeschoben (x008/62E-63E).

01.02.1946

Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226):
>>Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen.
...<<

19.02.1946

Am 19. Februar 1946 wird der Ausweisungsbescheid für die Sudetendeutschen in Radischen, Kreis Kaplitz, verkündet (x004/337): >>... Sie sind zum Transfer in Ihre Heimat (d.h. heim ins Reich) bestimmt worden und werden am 21.02.46 um 10 Uhr in die Sammelstelle in Kaplitz abtransportiert.

Zum Mitnehmen sind: 2 Decken, 4 Wäschegarnituren, 2 gute Arbeitsanzüge, 2 Paar gute Arbeitsschuhe, 1 guter Arbeitsmantel, 1 Eßschale, 1 Tasse und ein Eßbesteck, 2 Handtücher und Seife, Nähzeug, Lebensmittelkarten und die amtlichen Personalausweise und Dokumente.

... Alle ihre Sachen dürfen das Gesamtgewicht von 50 kg pro Person nicht überschreiten.

Sämtlicher Schmuck, Wertgegenstände, Geld und Einlagebücher schreiben sie auf und geben sie in einem Sack, mit ihrem Namen und der Anschrift, an dem Ort der Zusammenkunft ab.

Bei dem Verlassen Ihrer Wohnung sind sie verpflichtet, alle Eingänge zu den Wohnungs- oder Betriebsräumen zuzusperren, die Schlüssel mit einem Kartonschild mit Ihrem Namen und Anschrift zu versehen und am Ort der Zusammenkunft abzugeben.

Die Schlüssellöcher müssen mit dem beigelegten Papierstreifen überklebt werden, so daß die Türen ohne Beschädigung der Streifen nicht geöffnet werden können. Auf den Streifen unterschreibt ... der Haushaltsvorstand eigenhändig.

Es wird dringendst darauf hingewiesen, daß nichts von ihrem Eigentum verkauft, verschenkt, geborgt oder sonstwie veräußert werden darf.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird bestraft.

ACHTUNG! Dieser Brief ist zur Sammelstelle nach Kaplitz mitzubringen.<<

Die österreichische Schriftstellerin Ilse Tielsch (1929 in Auspitz/Sudetenland geboren) schreibt später über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x035/304-306): >>... Sie liefen, rannten, packten die unsinnigsten Dinge zusammen, rafften Wäsche aus Schubladen, schnürten sie zu Bündeln, ließen Wichtiges liegen, steckten Unwichtiges in Rucksäcke, Koffer, Handtaschen, dachten nicht daran, daß sie ein zweites Paar Schuhe, eine wärmere Jacke, ein Kopfkissen für die Kinder brauchen würden, waren verwirrt, fassungslos, zu Tode erschrocken, stopften Kochtöpfe in Kinderwagen, konnten es nicht fassen, nicht glauben, nicht begreifen, dachten, sie gingen nur für kurze Zeit, würden zurückkehren, einen Teil des Zurückgelassenen wiederfinden, versteckten Schmuckstücke hinter Dachsparren, wickelten Kleinkinder in Decken, banden ihnen Kopftücher um die kleinen Köpfe, fanden keine Zeit zu trösten, Tränen zu trocknen, standen auf der Straße, liefen wieder zurück, doch noch ein Schmuckstück, ein Dokument, ein Fläschchen Milch für das kleinste Kind zu holen, steckten ein Stück Brot in die Tasche, sperrten Häuser und Wohnungen ab oder ließen die Türen offenstehen.

Manche von ihnen fing man auf der Straße ein, jagte sie zu den anderen, die man schon zusammengetrieben hatte, erlaubte ihnen nicht, noch einen Mantel, ein Tuch, eine warme Decke zu holen, nach ihren Angehörigen zu suchen.

Man trieb sie wie Vieh über die Straßen, der Grenze entgegen, die Alten und Schwachen brachen unterwegs zusammen, krepitierten wie Tiere, wurden später verscharrt oder auf Haufen geworfen, mit Benzin übergossen, angezündet und verbrannt.

In den Dörfern setzte man Fremde in die Bauernhöfe, ließ die ehemaligen Besitzer die Arbeit

von Knechten verrichten, solange man sie brauchte, steckte sie dann in Lager, pferchte sie in Ställe, man schleppte sie in Keller, folterte sie, quälte und erniedrigte sie auf jede nur denkbare Weise, man ließ sie auf den Knien über Glasscherben kriechen, man schlug sie wie Ungeziefer tot, ertränkte sie in Löschteichen, kennzeichnete jene, die am Leben bleiben durften, mit weißen Armbinden, auf die ein schwarzes N gedruckt war, N, das hieß Nemeč, also Deutscher, es war das Letzte, das Niedrigste, was man sein konnte.

Manchen gelang die Flucht aus Lagern, Gefängnissen, sie krochen wie Tiere über die Grenzen, manche nahmen sich das Leben, manche banden Alte und Kinder an sich fest und sprangen in Flüsse, das Wasser riß die Menschenbündel mit sich fort, spülte sie irgendwo an Land, wo sie liegenblieben, bis sich einer erbarmte und sie begrub.

Andere brachte man später zu Bahnhöfen, stopfte sie in Güterwaggons oder in offene Kohlewaggons, in denen sie aneinandergedepfercht standen, schob sie über die Grenzen nach Österreich oder gleich nach Deutschland ab, "heim ins Reich", sagte man ihnen, das hätten sie immer gewollt, dort gehörten sie hin.

Aber auch einzelne, in kleinen, elenden Gruppen, zogen sie über die Straßen, winzige Reste ihrer Habe in Bündeln, Rucksäcken, Koffern tragend, auf klapprigen Wägelchen hinter sich herziehend, in Kinderwagen gestopft.

Manchen von ihnen hatte ein barmherziger Nachbar, ein Freund, zu gehen geraten, ehe die anderen, die vielen gingen, zum Gehen gezwungen würden. Oft war es eine gute Tat, ein Freundesdienst, eine Hilfe in der Not gewesen, die jetzt durch einen guten Rat, durch die heimliche Aufforderung zum raschen Weggehen vergolten wurde.

Sie schlepten sich über die Grenzen, hockten, lagerten auf den Feldern, wußten nicht, wohin sie sich wenden sollten, sahen von weitem aus wie traurige Riesenvögel, zogen dann weiter, bettelten um Unterkünfte, um ein Nachtlager im Stroh, in einer Scheune, in einem leerstehenden Stall, in irgendwelchen Winkeln, die vor dem Regen, vor der Kälte der Nächte schützen konnten.

Sie arbeiteten für einige Kartoffeln auf fremden Feldern, viele trugen ihre unterwegs verstorbenen Säuglinge, Kleinkinder mit, um sie auf fremden Dorffriedhöfen zu begraben, ... viele brachten ihre alten, halbtoten Eltern nur noch zum Sterben jenseits der Grenzen mit. Unzählige verreckten an Typhus, an der Ruhr, die sie dann auch in die Grenzgebiete einschleppten.

Tragödien, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder, in vielen grausamen Varianten ereignet haben? Diesmal war es anders, diesmal war es mehr. Zwei Völker verschiedener Muttersprache hatten sehr lange Zeit hindurch in einem Land gelebt, das beiden Heimat gewesen war. Nun hatte ein Volk das andere aus dieser gemeinsamen Heimat verjagt, entschlossen, es für immer daraus zu verstoßen.

Diesmal bestand keine Möglichkeit mehr, nach überstandenen Kriegsgreueln, nach überwundenen Schrecken, gemeinsam mit- oder wenigstens nebeneinander das verwüstete Land in Ordnung zu bringen, die Häuser neu aufzubauen, die Toten zu begraben, eine neue Ordnung zu schaffen. ...<<

20.02.1946

Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" werden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet.

Bis Mitte 1947 transportiert man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

28.02.1946

Nach amtlichen polnischen Angaben befinden sich am 28. Februar 1946 in den "Wiedergewonnenen Gebieten" erst 2.719.320 Polen, davon sind 992.000 "Autochthone", die teils auf Grund freiwilliger oder erzwungener Option als Angehörige des polnischen Volkes betrachtet werden (x001/119E).

05.03.1946

Churchill weist während seiner Rede in Fulton/Missouri am 5. März 1946 darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten. Churchill bedauert außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist. ...

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ... Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte. ...<<

09.03.1946

General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

10.04.1946

Das Foreign Office weist den britischen Botschafter in Warschau am 10. April 1946 nochmals an, gegen die polnischen Umsiedlungsmethoden zu protestieren (x028/139): >>Der Zustand der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in der britischen Zone gibt uns Anlaß zu sehr großer Sorge. ... Bitte betonen Sie gegenüber der polnischen Regierung diesen Sachverhalt mit größtem Nachdruck und machen Sie ihr klar, ... daß wir gezwungen wären, weitere Umsiedler von Polen in die britische Zone abzulehnen, es sei denn, diese Transporte werden in geregelter und humaner Weise abgewickelt, wie es den Bedingungen der Potsdamer Konferenz entspricht.<<

13.04.1946

In der Aussiedlungsaufforderung vom 13. April 1946 für die Deutschen in Mährisch Trübau/Sudetenland heißt es (x004/338-339): >>... Sie werden hiermit verständigt, daß Sie ... in die amerikanische Okkupationszone nach Deutschland ausgesiedelt werden.

Gemeinsam mit Ihnen werden folgende Ihrer Familienmitglieder ausgesiedelt. ...

Ich fordere Sie daher auf, sich zu diesem Zwecke am 16. April, um 7 Uhr, mit allen oben bezeichneten Personen auf dem Sammelplatz in M. ... einzufinden.

Vor dem Abgang zur Sammelstelle sind sie verpflichtet, alle Eingänge (Türen) ... abzusperrern und das Schlüsselloch mit einem Papierstreifen, welcher mit Ihrem Namen versehen sein muß, so zu überkleben, daß die Schlösser der Türen nicht ohne Beschädigung der Papierstreifen geöffnet werden können.

Die Schlüssel Ihrer bisherigen Wohn- und Betriebsräume sind ordentlich zu einem Bund zusammenzubinden, mit Ihrem Namen und ihrer bisherigen Anschrift zu versehen und zum Sammelplatz mitzubringen.

Jede Person kann sich Gepäck im Höchstgewicht von 30 kg einschließlich nicht leicht verderbliche Lebensmittel für 7 Tage mitnehmen.

Es ist jedoch gänzlich unzulässig, solche Gegenstände mitzunehmen, deren Ablieferung ... angeordnet worden ist.

Ferner dürfen nicht mitgenommen werden:

- a) Bargeld in tschechischen Kronen und anderen Währungen außer Reichsmark, jedoch höchstens nur 1.000 RM je Familie,
- b) Einlagebücher,
- c) wertvolle Uhren, Fotoapparate, Radiogeräte und Schreibmaschinen,
- d) wertvolle Teppiche und wertvolle Pelze.

Jede Person muß ordentlich bekleidet und beschuht sein und eine der Jahreszeit entsprechende Zudecke mithaben, ferner eine Eßschale und Eßzeug und alle persönlichen Urkunden, wie Tauf- und Geburtsschein, Heimatschein, die Evidenzkarte (Registrierkarte), Kennkarte und die Haushaltskarte, welche dem Vertreter des Mistni Narodni Vybor abzuliefern ist.

Gegenstände, welche nicht ausgeführt werden dürfen und welche auf Grund der gültigen Vorschriften bereits hätten abgeliefert sollen, bringen die zur Aussiedlung bestimmten Personen in Päckchen und dessen Inhaltsverzeichnis auf den Sammelplatz mit. Die Päckchen sind mit dem vollen Namen und der bisherigen Anschrift des Besitzers zu versehen.

Die Nichtbefolgung dieser Aussiedlungsvorschriften, besonders die Beschädigung und Zerstörung oder das Verstecken des hinterlassenen Vermögens, welches abgeliefert werden soll, als auch die Beihilfe zu solchen Handlungen, wird streng bestraft.<<

18.05.1946

In der britischen Zone werden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten. Die US-Militärregierung verbietet später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.

01.06.1946

Am 1. Juni 1946 werden die Ausweisungstransporte der Ungarn-Deutschen von den Nordamerikanern gestoppt, weil Ungarn das Vermögen der Volksdeutschen mit den Reparationsforderungen verrechnen will (x008/63E-64E).

02.06.1946

Der Papst weist am 2. Juni 1946 "etwas verspätet" auf die Not der deutschen Kriegsgefangenen und Vertriebenen hin. Er fordert die sofortige Auflösung der Konzentrationslager (x039/230).

16.07.1946

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 16. Juli 1946 einen Runderlaß über die Mitwirkung dritter Personen bei der Erfüllung der Melde- und Registrierpflicht durch Ausländer (x003/264): >>... Die Verordnung ... soll neben der Verordnung des Ministeriums vom 16. Mai 1946 über die Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung ein weiteres Mittel sein, um zu verhindern, daß sich ehemalige Staatsangehörige des Deutschen Reiches durch willkürlichen Wechsel des Wohnsitzes verstecken, wie sie auch verhindern soll, daß Ausländer ihre Melde- und Registrierungspflicht nicht erfüllen. ...<<

25.07.1946

Ausweisungsaufruf für die Sudetendeutschen in Pochlowitz, Kreis Falkenau, vom 25. Juli 1946 (x004/339-340): >>Aufruf!

Die umseitig Aufgeführten haben am 28.07.1946, um 10 Uhr, in die Sammelstelle in Falkenau/Eger zu kommen, betreffend Aussiedlung nach Deutschland.

Es ist gestattet, Gepäck im Höchstgewicht von 50 kg pro Person einschließlich unverderblicher Lebensmittel für 7 Tage mitzunehmen. Das Handgepäck darf höchstens eine Zudecke, ein Besteck, Personalausweise, Seife, Handtuch und Zahnbürste enthalten, alles im Höchstgewicht von 5 kg, worauf besonders aufmerksam gemacht wird.

Die ärztliche Untersuchung der Transportfähigkeit erfolgt im Lager. Besorgung ärztlicher Zeugnisse in der Aufenthaltsgemeinde ist nutzlos.

Jeder hat im Lager ordentlich gekleidet, mit gutem Schuhwerk versehen und gründlich gewaschen - Männer rasiert - zu erscheinen.

Persönliche Dokumente (z.B. Tauf- und Heimatschein, Kennkarte) sind mitzunehmen. ...

Vor dem Verlassen der Wohnung ist der Haushaltsvorstand verpflichtet, alle Zugänge zur Wohnung zu versperrern. Das Schlüsselloch ist mit einem Streifen zu überkleben, welcher Ihnen ... übergeben wird. Die Schlüssel werden in einen Umschlag gegeben, welcher mit Ihrer genauen Anschrift versehen ... im Sammelager abgegeben wird.

Im Sammelager legt der Haushaltsvorstand eine Bestätigung vor, daß er die Miete, das Was-

sergeld und den elektrischen Strom bezahlt hat.

Achtung!

Nichtbefolgung der Vorschriften zur Aussiedlung, Beschädigungen, Vernichtungen oder Beseitigung des zurückgebliebenen Besitzes sowie Mithilfe zu solchen Handlungen wird gesetzmäßig bestraft. ...<<

01.08.1946

Im Bezirk Graslitz gibt man am 1. August 1946 Verhaltensvorschriften für den Abschub der Sudetendeutschen bekannt (x004/342): >>Aufmerksammachung.

Personen, die für den Abtransport bestimmt sind, haben ihre Wohnung in vollster Ordnung zu verlassen.

Pro Person wird 50 kg bewilligt. Wer mehr als das vorgeschriebene Gewicht haben wird, dem werden die Sachen abgenommen, ohne Rücksicht was für Sachen es sind.

Die übrigen Sachen sind in der Wohnung an Ort und Stelle zu lassen z.B. Vorhänge, Teppiche, Tischlampen, Wandspiegel, Waschschüsseln, Teile der Einrichtung, Tischdecken, 2 Handtücher, in Betten (die) Matratzen, Bettlaken und mindestens je ein Kopfkissen und Zudeckbett, alles frisch bezogen.

Das Gepäck darf nicht in Teppiche oder Überzüge gepackt werden.

Wird bei der Kontrolle festgestellt, daß dies nicht beachtet wurde, wird die betreffende Person nicht in den Transport aufgenommen, sondern ins Inland auf Arbeit geschickt.

Wer sich nicht 24 Stunden nach Erhalt des Einberufungsscheines in der Sammelstelle meldet, wird von der Polizei vorgeführt.<<

13.08.1946

Die Sudetendeutschen in Türmitz, Kreis Aussig, werden am 13. August 1946 zur Ausweisung aufgerufen (x004/340-341): >>Wir geben Ihnen bekannt, daß Sie mit ihrer ganzen Familie in das deutsche Reichsgebiet ausgesiedelt werden.

Sie stellen sich am 16.8.1946 um 6.30 Uhr in Türmitz. ...

Abzugeben haben Sie:

1. Diesen Auswanderungsschein.
2. Sämtliche Wohnungs- und Hausschlüssel, versehen mit Schild (Name und Anschrift).
3. Verzeichnis über Möbel und Einrichtungsgegenstände.
4. Wertgegenstände (Gold, Silber, Sparkassenbücher, tschechoslowakische und fremde Zahlungsmittel).
5. Haushaltungskennkarte.

Nichtbefolgung dieser Anordnung wird bestraft.

Belehrung: Alle evakuierten Personen statten sich mit warmer Wäsche, Kleidung, Schuhwerk und Decken aus. Lebensmittel für 7-9 Tage. Weiter können mitgenommen werden: Trauring, silberne Uhr (für Personen über 15 Jahre alt), kleinere Gegenstände (Andenken) und Gegenstände des täglichen Gebrauches im Gewicht von 50 kg je Person. Diese Sachen können auf Handwagen geladen werden.<<

20.09.1946

Der polnische Politiker Boleslaw Bierut (1892-1956) rechtfertigt am 20. September 1946 die polnische Eroberungs- und Vertreibungspolitik (x309/76): >>... (Es gebe) keine und kann auch keine andere vernünftigeren und gerechtere Grundlage für Gebietsveränderungen geben als die hier angewandte.

Wir sind auf den Boden zurückgekehrt, auf dem sich vor Jahrhunderten unser historisches, kulturelles und staatliches Erbe bildete, einen Boden, befruchtet mit Blut, Schweiß und Tränen unserer Väter und Mütter, auf einem Boden, von dem jeder Zoll breit gedüngt ist, mit der uns heiligen Asche unserer Vorfahren. Wer kann unser Recht auf diesen Boden bestreiten?

...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über diese polnischen Rechtfertigung (x309/76): >>Bierut hielt es also für legitim, das Rad der Geschichte um 700 Jahre zurückzudrehen und unter anderem dem Stamm der Schlesier das Existenzrecht auf "urslawischen Boden" abzusprechen.

Er hatte wohl nicht bedacht, daß jemand mit den gleichen Argumenten das Rad um weitere 700 Jahre zurückdrehen und dem Volk der Polen das Existenzrecht auf "urgermanischen Boden" absprechen könnte.<<

11.10.1946

In Stuttgart findet am 11. Oktober 1946 die 1. Interzonenkonferenz der deutschen Vertriebenen statt. Die Vertreter der SBZ folgen dieser Einladung nicht.

23.10.1946

Die "New York Times" berichtet am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.

Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die Vertreibung der Deutschen (x028/140): >>... Insgesamt wurden etwas 6 Millionen Menschen von den "organisierten Umsiedlungen" erfaßt, und wenn sich auch die ausweisenden Länder häufig nicht einmal an das von den westlichen Alliierten geforderte Mindestmaß an Proviant und menschliche Behandlung hielten, rettete doch die bloße Tatsache, daß man im Westen rechtzeitig wußte, wann ein Transport und wie viele Menschen ankommen würden, vielen Ausgewiesenen das Leben.

Hätte es die "organisierten Umsiedlungen" nicht gegeben, wären also alle Deutschen so brutal vertrieben worden wie im Jahre 1945, dann hätten die Verluste an Menschenleben nicht zwei, sondern drei Millionen und mehr betragen.<<

25.10.1946

Ein britischer Beamter des Foreign Office notiert am 25. Oktober 1946 (x020/78): >>... Je mehr wir im Falle einer Teilung Deutschlands von Deutschland haben, um so besser. Ostdeutschland ist dann zumindest im Verhältnis kleiner. Selbst wenn Deutschland nicht geteilt werden sollte, wird die Oder-Neiße-Grenze es den Russen sehr viel schwerer machen, sich der vollen Unterstützung der Deutschen zu versichern.

Nicht daß die Deutschen jemals den Verlust von Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien vergessen werden, daß die Deutschen niemals zufrieden sein werden. Aber wenn wir wirklich der Gefahr gegenwärtig sein müssen, daß die Russen die Sympathien eines geeinten Deutschlands gewinnen könnten, dann ist die Oder-Neiße-Grenze für sie eine schwer zu überwindende Barriere.<<

29.10.1946

Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 halten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf. 5.608.100 Deutsche stammen aus den deutschen Ostprovinzen und 3.985.700 sind Volksdeutsche. In den westlichen Besatzungsgebieten hat man 5.878.500 Heimatlose registriert:

Britische Zone = 3.055.300, nordamerikanische Zone = 2.744.900 und französische Zone = 78.300.

Die SBZ und Groß-Berlin nehmen 3.598.400 bzw. 116.900 Flüchtlinge auf.

Die höchsten Zuwanderungsquoten melden: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).

Oktober 1946

Innenminister Nosek gibt Ende Oktober 1946 bekannt (x004/123): >>... daß die Umsiedlung der Deutschen abgeschlossen sei; von den z.Z. der Potsdamer Konferenz in der CSR lebenden 2,5 Millionen Deutschen seien 2.165.000 nach Deutschland überführt worden, davon 1.415.000 in die amerikanische Besatzungszone.<<

Nach tschechischen Angaben hat man bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen (x004/124).

Infolge von Streitigkeiten sperren die Nordamerikaner ihre Besatzungszone für Ausweisungs-transporte aus der CSR. Diese Maßnahme verlängert zwangsläufig das große Elend der zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Sudetendeutschen.

13.11.1946

Die "New York Times" berichtet am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei. Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde."<<

30.11.1946

Gemäß dem britisch-polnischen Ausweisungsabkommen werden die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten ab Ende 1946 direkt in die britische Besatzungszone transportiert, so daß sie nicht mehr als Grenzgänger aus der sowjetischen Besatzungszone nach Westen fliehen müssen (x001/148E).

31.12.1946

Im Jahre 1946 transportiert man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kommen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen sind die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen sterben.

Infolge der großen Kälte lehnt es die britische Militärregierung ab, weitere polnische Vertreibungstransporte abzufertigen, so daß zahlreiche überfüllte Güterzüge nach tagelanger Fahrt umkehren müssen.

25.01.1947

Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

22.03.1947

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 22. März 1947 ein Rundschreiben betreffend die Registrierung und Erfassung der deutschen Bevölkerung (x003/370-372): >>Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat im einzelnen die Fragen der Erfassung und der Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung geregelt und ein Verbot für diese Bevölkerung erlassen, willkürlich den Wohnsitz bzw. den vorläufigen ständigen Aufenthaltsort zu verlassen, und es hat schließlich dritte Personen verpflichtet, mit den Verwaltungsbehörden bei der Meldung und Registrierung von Ausländern, unter anderem auch der ehemaligen Staatsangehörigen des Deutschen Reiches deutscher Nationalität, zusammenzuarbeiten. ...

Die Anwendung dieser Vorschriften an Ort und Stelle erfolgt nicht in der richtigen Weise. Obwohl es nämlich innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete noch eine bedeutende Anzahl von Deutschen gibt, treffen die Repatriierungsbehörden bei der Zusammenstellung und Organisation der Transporte auf große Schwierigkeiten, da die Deutschen zwecks Vermeidung der Repatriierung sich zu verbergen beginnen.

Dies betrifft besonders verschiedene Arbeitsstätten und Haushalte, die den Deutschen, um sich billige Arbeitskräfte zu sichern, nicht selten tätige Hilfe leisten, wenn sie sich der Repatriierung entziehen wollen.

Es ist eine bedauernswerte Tatsache, daß einzelne gewissenlose Leiter von Ämtern, Institutionen sowie staatlichen und öffentlichen Unternehmen bisher noch kein Verständnis für die Bedeutung aufbringen können, welche der Durchführung der Repatriierungsaktion der Deutschen zukommt, und entgegen den Anordnungen noch in vielen Fällen durch Beschäftigung unter völlig ungerechtfertigten Bedingungen verschiedenen Deutschen Zuflucht gewähren.

Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, unverzüglich die Kontrolle des Personenverkehrs der deutschen Personen zu verstärken.

Zu diesem Zweck sind vor allem mit den lokalen Organen der Öffentlichen Sicherheit und der Truppen des Grenzschutzes häufigere und strengere Kontrollen des Personenverkehrs der deutschen Bevölkerung zu vereinbaren. ...

Daneben ist Wert darauf zu legen, daß die Erfassung der Personen deutscher Nationalität laufend aktualisiert wird, damit sie dem tatsächlichen Stand der Dinge entspricht.

Zu diesem Zweck ordnen die Vorsteher der ländlichen und städtischen Gemeinden an:

1. alle Personen deutscher Nationalität, die bereits nach Deutschland repatriert wurden, aus der Erfassungsliste zu streichen;
2. sie rufen durch Plakatanschläge der Verordnung des Wojewoden zur unverzüglichen Erfüllung der Meldepflicht auf.

Um möglichst alle Personen deutscher Nationalität zu erfassen, empfiehlt das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gleichzeitig, ein Registrierungssystem auf diese Bevölkerung anzuwenden ... Da es hier um die letzte Etappe der Repatriierung des deutschen Elements aus Polen geht, erwartet das Ministerium von den Wojewoden, daß sie sich persönlich auf das energischste auf allen Gebieten der Verwaltungsarbeit für diese für das neue Polen so bedeutende Sache einsetzen.<<

21.05.1947

Eduard Benesch bestätigt am 21. Mai 1947 in der tschechischen Zeitung "Lidova Demokracie" seine frühzeitigen Vertreibungspläne (x151/63): >>... Die erste Frage, die ich unserer Auslandsaktion schon im Jahre 1940 vorlegte, war die Frage des Abschubs der Deutschen aus unserem Land. Ich stellte die Frage direkt und integral (vollständig) und besprach sie offen, zuerst mit den Engländern, dann mit den Amerikanern, mit den Russen zuletzt.<<

18.07.1947

Die ungarische Regierung kündigt am 18. Juli 1947 die Ausweisung von weiteren 200.000 Deutschen an, um Platz für die Ungarn zu schaffen, die aus der CSR "zurückkehren" (x039/230).

18.08.1947

Die polnische Regierung berichtet am 18. August 1947, daß man die "Umsiedlung" der Deutschen bis Mitte Oktober 1947 beenden will.

August 1947

Ab August 1947 beginnen die Ausweisungstransporte in die sowjetische Besatzungszone (x008/63E).

Die kommunistische Partei führt diese Umsiedlungsaktion rücksichtslos und willkürlich durch. Die Ausweisung der Ungarn-Deutschen wird in erster Linie als ein Mittel der Enteig-

nungspolitik genutzt. Etwa 50.000 Volksdeutsche werden in die Sowjetzone transportiert (x008/65E).

19.09.1947

Stettin wird aufgrund einer sowjetisch-polnischen Vereinbarung am 19. September 1947 der polnischen Verwaltung unterstellt (x039/230).

31.10.1947

Im Oktober 1947 werden in der CSR die letzten größeren Vertriebenentransporte in den Westen abgefertigt. Die eigentliche Vertreibung der Sudetendeutschen wird damit "erfolgreich abgeschlossen".

05.11.1947

Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947 besetzen polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin.

Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wird im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).

31.12.1947

Ende 1947 sind in Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und in Schlesien die Ausweisungen der Deutschen größtenteils abgeschlossen. Obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kommt, hat man die allgemeine Entdeutschung und Polonisierung Ostdeutschlands überall erfolgreich durchgesetzt (x001/122E).

Die Mehrzahl der zurückgebliebenen Deutschen besteht z.T. aus Personen, die freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben haben, um ihre Existenzgrundlage zu erhalten, und aus Personen, die von den Polen als polnische Volkszugehörige (sog. Autochthone) betrachtet werden und die man gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt hat. Daneben werden Facharbeiter und sonstige wichtige Arbeitskräfte gezwungen, im Lande zu bleiben (x001/151E).

Nach Angaben des polnischen Jahrbuchs für 1947 sind 1.485.603 Polen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie umgesiedelt worden (x028/227).

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schreibt im Jahre 1947 in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" über die "geregelten und humanen Umsiedlungen" der Deutschen (x028/123):

>>... Sofern das Gewissen der Menschlichkeit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ...

Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.<<

01.01.1948

Kommunistische Politiker treten in öffentlichen Kundgebungen für die Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit in der CSR ein.

Nachdem man Kinder deutscher Volkszugehörigkeit 3 Jahre lang von jedem Schulbesuch ausgeschlossen hat, dürfen sie ab 1948 wieder tschechische Schulen besuchen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und in den Ämtern wird ebenfalls erlaubt (x004/-133-134).

26.02.1948

Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwert sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).

31.08.1948

In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den Siegermächten am

31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/53).

30.11.1948

In Frankfurt/Main wird am 30. November 1948 während der 26. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates das 1. Lastenausgleichsgesetz ("Soforthilfegesetz" zur Milderung dringender sozialer Notstände) verabschiedet, um die Eingliederung der Vertriebenen zu erleichtern.

31.12.1948

In den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, überschreitet die Bevölkerungszahl erstmalig die 5 Millionengrenze. Ca. 1,0 Millionen Personen sind aber ehemalige deutsche Staatsangehörige, die als Autochthone (Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier) wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder wegen ihrer Unabkömmlichkeit als Spezialarbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen worden sind (x001/120E).

Der polnische Starost (Landrat) von Neidenburg in Ostpreußen erklärt 1948 in einer amtlichen Mitteilung zur Option für Polen (x002/206): >>In Verbindung mit Ihrem ungeklärten Verhältnis zum polnischen Volk und Staat fordere ich Sie auf, sich innerhalb von 2 Wochen ... zu erklären, ob sie die polnische Staatsangehörigkeit dadurch zu erwerben wünschen, daß Sie die Treueerklärung dem polnischen Volk und Staat gegenüber bekunden und unterzeichnen. Für den Fall, daß Sie sich in der oben erwähnten Frist nicht erklären, bemerke ich, daß Ihre Wirtschaft ... vom Staat übernommen wird.<<

Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1948 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch immer 24,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

11.01.1949

Der Präsident der Republik Polen erläßt am 11. Januar 1949 ein Gesetz über die Eingliederung der Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete in die allgemeine Staatsverwaltung (x003/488): >>Art. 1. Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete wird aufgelöst.

Art. 2. 1. Die nach den bisherigen Vorschriften der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete unterliegenden Angelegenheiten gehen in den Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Minister über. ...<<

Durch diesen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt werden die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den polnischen Staatsverband eingegliedert. Polen gibt damit zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium betrachtet, sondern diese deutschen Provinzen für immer behalten will (x001/122E-123E).

31.03.1949

Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Von 1945 bis 1949 sind bereits rd. 500.000 bis 600.000 Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland abgewandert.

März 1950

Im Rahmen der sog. "Aktion Link" werden von März 1950 bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt (x001/154E).

Die polnischen Behörden halten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens werden nicht die angeforderten Personen ausgewiesen, sondern oft handelt es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/155E).

01.04.1950

Der Anteil der Vertriebenen an der DDR-Bevölkerung beträgt im Jahre 1950 rd. 25 % (Ver-

gleich: Bundesrepublik Deutschland am 1.04.1950 = 7,7 Millionen Vertriebene, rd. 16,1 %).

1950

Im Jahre 1950 beauftragt die deutsche Bundesregierung bekannte Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten. Das Gesamtwerk wird schließlich in den Jahren 1954-61 fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Diese amtliche "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" war im Jahre 1984 erstmalig im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv; München) erhältlich und umfaßt insgesamt 8 Bände.

Wer diese erschütternden Dokumente gelesen hat, wird sicherlich verstehen, warum die deutsche Bundesregierung erst nach 30 Jahren einer (unfreiwilligen) Veröffentlichung zustimmte.

"Wilde Austreibungen"

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren. Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewalttätig über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße sammelten. In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei entfernt wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Austreibung von Ost- und Volksdeutschen in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>>Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Beset-

zung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint.

Innerhalb dieses Zeitraumes von mehreren Jahren veränderten sich nicht nur die polnischen Methoden der Ausweisung, auch die politischen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen und Absichten, die ursprünglich zu einer forcierten und beschleunigten Ausweisung der Deutschen gedrängt hatten, machten entgegengesetzten Bestrebungen Platz, so daß schließlich die Ausweisung der letzten noch unter polnischer Herrschaft stehenden Deutschen immer mehr verzögert wurde.

Die Politik gegenüber der restlichen deutschen Bevölkerung zielte schließlich nach Jahren nicht mehr auf die Ausweisung, sondern machte im Gegenteil jede Ausreise der Deutschen geradezu unmöglich und drängte sie mit allen Mitteln dazu, im Lande zu bleiben und die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Zu Beginn der polnischen Verwaltung Ostdeutschlands war der Austreibungswille noch uneingeschränkt herrschend. Ehe noch die Potsdamer Konferenz getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

In der Zeit vor dem Potsdamer Abkommen war es vor allem die deutsche Bevölkerung Danzigs, die diesem Druck unterlag. Hatte man sich schon bei der Einrichtung polnischer Behörden in Danzig aus offensichtlichen politischen Gründen besonders beeilt, so sollte aus den gleichen Motiven auch die Entfernung der Deutschen aus Danzig so schnell wie möglich beendet sein.

Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. Diejenigen Deutschen, die - durch ihre bisherigen Erlebnisse unter Russen und Polen zermürbt - diesen Aufforderungen Folge leisteten, erhielten von den polnischen Behörden Ausreisescheine und wurden in Eisenbahnzügen nach Westen über die Oder transportiert. Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massivere Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt.

Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben.

Die Regelmäßigkeit, mit der von Danzig aus Züge mit Vertriebenen nach Westen abgingen, durch Pommern hindurchfuhren und auf dem Bahnhof Stettin-Scheune ankamen, reizte zahlreiche beutelustige Polen und auch russische Soldaten zu fortgesetzten Beraubungen. Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging.

Die Folge der radikalen polnischen Maßnahmen und der unerträglich gewordenen Lebensverhältnisse war, daß die Mehrzahl der über hunderttausend Deutschen, die noch nach der Eroberung in Danzig wohnten, sofern sie nicht in polnische Lager oder zur Zwangsarbeit nach Rußland deportiert worden waren, bereits im Sommer 1945 Danzig verließen. Am Ende des Jahres 1945, als in manchen anderen Orten östlich der Oder und Neiße noch keinerlei Ausweisungen stattgefunden hatten, lebten in Danzig nur noch einige Zehntausend Deutsche.

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesiens betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren.

Die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen nahe an der Oder und Neiße gelegenen Gegenden schien den Polen um so einfacher zu sein, als es dazu keiner Eisenbahntransporte bedurfte, die zu dieser Zeit durch die weitgehenden Zerstörungen und Demontagen ganz erheblich erschwert gewesen wären.

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten, mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. die Neiße.

Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden. In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos.

Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Mitte Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten.

Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde.

Nur diesem Umstand war es zu verdanken, daß es in Oberschlesien, wo die Polen, besonders im Kreis Neiße und Umgebung, ebenfalls in den letzten Junitagen damit begonnen hatten, die Deutschen systematisch aus ihren Wohnungen zu vertreiben und sie entweder in Lager einzuliefern oder einfach aus ihren Wohnorten zu verjagen, nicht mehr zu einer effektiven Austreibung kam. Hier wie auch in Niederschlesien, Ostbrandenburg und Ostpommern durften die

Vertriebenen, nachdem sie oft viele Kilometer von ihren Wohnorten entfernt waren, wieder zurückkehren, weil die geplante Aktion plötzlich abgebrochen worden war. Selbst von denen, die bereits westlich der Oder-Neiße-Linie angelangt waren, kamen einige wieder in ihre Heimat zurück.

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, daß schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. Besonders die Dörfer und Städte Ostbrandenburgs waren bis auf einen kleinen Rest von Deutschen, die für die Russen arbeiteten oder aus anderen Gründen von der Austreibung verschont blieben, entvölkert. Desgleichen war im westlichen Teil des Regierungsbezirkes Liegnitz und im Regierungsbezirk Stettin eine erhebliche Verminderung der deutschen Bevölkerung eingetreten.

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen.

Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nicht aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß."

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob auch die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

Austreibung aus Danzig im Juni 1945

Erlebnisbericht des Verwaltungsinspektors Hugo L. aus Danzig (x002/654): >>Im Juni 1945 ... ließ der russische Kommandant einen öffentlichen Anschlag an verschiedenen Mauern anbringen, in dem die deutsche Bevölkerung aufgefordert wurde, Danzig sofort zu verlassen. Zu diesem Zweck mußte jeder Deutsche zur russischen Kommandantur gehen und sich einen Ausweisungsbefehl holen.

Ich ging sofort los, und zwar am 21. Juni 1945, holte für mich und meine Frau diesen Schein und wurde ... mit Hunderten von Leidensgenossen in Viehwagen gepfercht und fuhr von Danzig über Bromberg, Schneidemühl bis Stettin, ständig von Russen und Polen begleitet, die uns unterwegs ausplünderten. Schon während der Fahrt, hauptsächlich aber in Scheune bei Stettin, wurden die Frauen aus dem Zuge herausgeholt, in den Wald verschleppt und dort vergewal-

tigt. Frauen und Mädchen, die sich weigerten und um Hilfe schrien, wurden barbarisch geschlagen und ihre gesamten Habseligkeiten geraubt.

Anderen wurden die Koffer, Bettsäcke und Rucksäcke aufgeschnitten und aus dem fahrenden Zug herausgeworfen. Die Männer wurden bis auf die Unterhosen ausgezogen. ... Oberstudienrat Dr. M. aus Danzig-Langfuhr stand in Scheune nur noch in Unterhosen, ohne Schuhe und Jacke, da; eine mitfahrende Flüchtlingsfrau gab ihm ihren Umhang, damit er weiterfahren konnte. Meiner Frau und mir erging es ähnlich. ...

Vollkommen entkräftet, bis zum Skelett abgemagert, fuhren wir dann über Stettin und Stralsund weiter. In Züssow brachen wir vor Erschöpfung zusammen. Eine Bauersfrau nahm uns aufgrund meiner flehentlichen Bitten für sehr viel Geld auf. Dort erholten wir uns etwas. Wir fuhren dann weiter über Rostock, Wismar nach Schwerin und machten hier 2 Monate Station, weil wir dem Sterben nahe waren. ...<<

Austreibung aus Zoppot im Juli 1945

Erlebnisbericht der Lehrerin Erna H. aus der Stadt Zoppot in Westpreußen (x002/660): >>In der Morgendämmerung fing man an, die ersten Deutschen aus den Betten zu holen. Es half nichts, daß Mutter sagte, daß ich nicht zu Hause sei und daß sie mich benachrichtigen müßte. ... Sie mußte ... packen und sollte in einer Stunde aus dem Hause sein. Alle kamen zunächst zum Kurhausplatz. Dort war der Sammelort.

Als ich nach Hause kam, war unsere Wohnung ... plombiert, und ich kam nicht mehr hinein, um mir das Nötigste zu holen. ... Eine Polin hatte mir erzählt, daß alle Deutschen nach Langfuhr und von dort weiter ins Deutsche Reich abtransportiert würden. O Gott, war das ein Schreck! Würde ich meine Mutter in Langfuhr finden? Meine polnische Arbeitgeberin schickte mich sofort nach Hause. Sie gab mir sogar Proviant: Brot, Speck, Wurst und Schmalz. Ich bekam gute Butterbrote und durfte mich noch einmal richtig satt essen. Dann eilte ich nach Hause ... und danach zum Kurhausplatz

Dort sah man Bilder des Elends. Alte und Kranke, die nicht mehr gehen konnten, wurden auf Lastwagen gefahren. Ich suchte überall nach unserer Mutter. Plötzlich sah ich sie. Sie saß zusammengekauert auf ihrem Gepäck und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Dann ging es ab. In Langfuhr wurden die Deutschen in 2 langen Güterwagen verladen. Ich wurde von Mutter getrennt. Ich lief die Züge entlang und schrie ihren Namen. Plötzlich meldete sie sich, und wir lagen uns wieder in den Armen. Ich nahm sie zu mir in den Waggon, ebenso Traute und Ulla, die Kinder meiner verstorbenen Cousine. Man verteilte Brot, und ich hatte das Glück, ein Brot zu erwischen. Die Sache wurde gefilmt.

Es geschah am 20. Juli 1945. Nun fragten wir uns, wohin man uns bringen würde. Wir fuhren über Bromberg, Konitz und Schneidemühl. Wir waren froh, als wir vorbei waren, denn dort gab es berüchtigte Lager. Wir atmeten auf, als wir nach Deutschland fuhren. Die Polin hatte mir 60 Zloty gegeben, dafür kaufte ich mir unterwegs noch ein Brot. In Küstrin, dem Ende des Polenreiches, wurden wir ausgeladen. Nun sollten wir zu Fuß weiter. Die Kranken und Alten konnten es nicht. Alle 2 Tage kam ein vollkommen mit Russen überfüllter Zug durch. Man sollte versuchen, ob man mit diesem Zug mitkam. Als wir 5 Tage gewartet hatten, versuchten wir es zu Fuß. ...<<

Austreibung aus dem Kreis Regenwalde im Juni 1945

Erlebnisbericht der Bäuerin Elisabeth W. aus Wurow, Kreis Regenwalde in Ostpommern (x002/665-667): >>26. Juni 1945: ... Auf einmal war das Dorf voll polnischer Soldaten. Zu uns kamen gleich 4 Mann. Dann hieß es, in einer halben Stunde fertigmachen und beim Gut antreten. Die Kinder arbeiteten gerade auf dem Feld. Ich holte sie schnell. Nun zogen wir unser bestes Zeug an, was wir noch versteckt hatten. ... Dann wurde alte und zerlumpte Kleidung

übergezogen.

Die 4 Soldaten verließen unser Haus nicht mehr, sondern trieben uns ständig zur Eile an. Wir packten noch einige Nahrungsmittel in Rucksäcke und Taschen. ... Ich hatte noch 4 Kühe, 3 Schweine, 2 Ziegenlämmer, 3 Schafe, Hühner und eine Gans, die jetzt in die Hände der Polen fielen. Es war eine Aufregung und Angst, denn keiner glaubte, daß wir nach Stettin hinter die Oder kommen würden. Sie hatten uns immer belogen, und so glaubten wir ihnen auch jetzt nicht. Alle hatten Angst vor Sibirien. Einige Familien hatten sich versteckt. Sie kamen dann später mit der Bahn raus.

Nachdem wir angetreten waren, wurde unser Gepäck durchsucht; was ihnen gefiel, nahmen sie uns weg. ...

Wir zogen nun über Winnigen, Freienwalde ... nach Podejuch über die Oder. Auf diesem Weg war man manchmal der Verzweiflung nahe. ... Die Kinder litten oft Hunger, und mancher Russe gab ihnen Brot, aber nie die Polen. Ein Russe gab meiner 4jährigen Tochter ... Fleisch und Brot und sagte dann: "Laß' essen, ich auch Kinder, diese immer gerne essen." So zogen wir nun bis Pasewalk, von da aus zog dann jeder seinen eigenen Weg. ...<<

Die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Kreis Landsberg im Juli 1945

Erlebnisbericht der H. K. aus Jahnsfelde, Kreis Landsberg in Ostbrandenburg (x002/682):

>>Am 12. Juli 1945 wurde unser Dorf vollständig von Polen besetzt. Wir merkten bald, daß sie gekommen waren, um unsere Häuser und Höfe, unser ganzes Land und den Rest unserer Habe in Besitz zu nehmen, aber was uns weiter bevorstand, ahnten wir damals noch nicht.

Auf unseren Hof kam einer aus Kongreßpolen, der hatte 2 Jahre im benachbarten Lorendorf gearbeitet. Er legte einen Schein vom polnischen Landrat aus Landsberg vor, daß unser Hof von nun an ihm gehöre. Ich konnte etwas polnisch lesen, denn 1921 wohnten wir im Kreis Schwetz an der Weichsel und mußten dort die polnische Schule besuchen. Damals wurden wir zum ersten Mal von den Polen ausgewiesen. Ich war also im Bilde.

Am 15. Juli 1945 sind wir mit einem Handkoffer, 30 Pfund ... Gewicht, von polnischer Miliz getrieben und manchmal um das Letzte beraubt, an die Oder gezogen. Es wurde uns gesagt, bis zu diesem Tag müßten wir rüber sein, andernfalls kämen wir nach Sibirien.

Bei glühender Hitze ging unser nur aus Fußgängern, Handwagen und Schubkarren bestehender Elendszug mit vielen kleinen Kindern, Alten und Kranken über Landsberg, Wepritz, Balz, Vietz nach Küstrin. Hier wurde uns der Übergang von den Russen verwehrt. Wir zogen weiter nach Frankfurt/Oder. Dort wurde unser Treck von den Polen auseinandergetrieben und ausgeplündert. Arbeitsfähige wurden ausgesucht und zurückgehalten. Unter den Glücklichen war ich mit meinen Kindern. ... Das war die Ausweisung und das Ende unserer Heimat.<<

Austreibungsaktion in der Stadt Grünberg im Juni 1945

Erlebnisbericht des Pfarrers Georg G. aus der Stadt Grünberg in Niederschlesien (x002/690):

>>Am 24. Juni 1945, mittags um 12.00 Uhr, kam ... telefonisch, wie mir der polnische Bürgermeister erzählte, von der polnischen kommunistischen Regierung in Lublin der Befehl, binnen 6 Stunden müßte der ganze Stadt- und Landkreis Grünberg geräumt werden. Alles sei in Richtung Lausitzer Neiße abzuschieben und zwar zu Fuß, nur 5 kg Gepäck dürfte jede Person mitnehmen.

Polnisches Militär rückte ein. ... Mit Schüssen, Gewehrkolben und Peitschen wurden die Deutschen in ihrer ärmlichen Kleidung beraubt und ausgeplündert, auf die Straße getrieben und in Kolonnen in Marsch gesetzt. Diese Elendszüge gingen mehrere Tage bei Tag und Nacht durch Grünberg der Neiße zu. Nur Beamte und Spezialarbeiter durften noch bis auf weiteres verbleiben.

In der Folgezeit wurde die Evakuierung nur in kleineren Gruppen von 10 bis 20 Personen,

ohne Rücksicht auf die Familienzugehörigkeit, vorgenommen. Der polnische Sicherheitsdienst drang immer zur Nachtzeit in die Behausungen der Deutschen ein, griff eine Anzahl Personen heraus, schaffte sie ins Gefängnis oder Lager und schaffte sie nach kurzem Aufenthalt wieder bei Nacht über die Grenze. Bei diesen Transporten wurden die armen Menschen in unbeschreiblicher Weise mißhandelt und bis aufs letzte ausgeraubt. Alle Ausfallstraßen und -wege nach dem Westen zur Neiße hin waren mit Gräbern der Zusammengebrochenen übersät.

...

Als die ausgetriebenen Massen am 26. Juni an die Neiße kamen, war diese durch fortwährende Regengüsse der letzten Tage so angeschwollen, daß sie unpassierbar war. (Es gab) weit und breit keine Brücke, keinen Steg und keinen Kahn. Die Massen mußten tagelang im strömenden Regen unter freiem Himmel verbleiben, immer geängstigt und belästigt von plündernden, rabiaten Russen und Polen. Als der Regen und Hochwasser anhielten, wurden sie einfach, weil es zu lange dauerte und immer neue Flüchtlingstrecks hinzukamen, in die Neiße gejagt und mußten versuchen, bis zur Brust oder Hals im Wasser, das andere Ufer zu erreichen. Augenzeugen berichteten von zahlreichen Todesfällen älterer Leute durch Herzschlag oder Ertrinken.

In der Stadt Grünberg wurden in diesen Tagen (24. bis 26. Juni 1945) an die 3.000 Personen ausgetrieben.<<

Austreibung aus dem Kreis Liegnitz im Juni 1945

Erlebnisbericht des Landwirts A. N. aus Barschdorf, Kreis Liegnitz in Niederschlesien (x002/693-694): >>Ein Pole erschien mit der Ankündigung, daß wir binnen 2 Stunden – unter Mitnahme von 30 Pfund Gepäck – den Ort zu verlassen hätten. Jedes Bitten um Aufschub, jeder Protest war hoffnungslos und wurde mit Erschießung und Verhaftung bedroht. Man hatte uns Lastkraftwagen zum Abtransport zugesichert, nichts kam.

Mit jämmerlichen zerbrochenen Handwagen und Schubkarren mußten wir, von Polen mit Gummiknäppeln aus unseren Wohnungen gejagt, die Heimat abends, um 8.00 Uhr, verlassen. Auf dem Wege nach Oyas wurden wir noch mehrmals ausgeplündert und die männlichen Teilnehmer schwer mißhandelt. Es ging dann auf der Reichsautobahn weiter bis in die Nähe von Neuhof, Kreis Liegnitz, wo man weitere ausgewiesene Transporte der Umgebung erwartete und sammelte. Nachts lagen wir auf einer nassen Wiese und hörten die Hilferufe der Geplünderten.

Dann zogen wir tagein, tagaus über Haynau bis nach Thomaswaldau weiter. Hier erreichten wir mit vielen Bitten, daß die Polen uns 2 Ruhetage gönnten. Es hatte Tag und Nacht geregnet, irgendein Bekleidungsstück zum Wechseln gab es ja nicht mehr.

Dann zogen wir über Bunzlau nach Siegersdorf weiter. Hier übernachteten wir in Ställen und Scheunen, auf Dachböden usw. Als wir eine verlassene Scheune betraten, fanden wir den erhängten Eigentümer.

Wenn man auf neue polnische Trupps stieß, wurde nach Geld, nach Uhren, nach irgendwelchen Wert- und Bekleidungsstücken gefragt und uns angedroht, daß der Betreffende sofort erschossen werden sollte, falls man irgend etwas finden würde. Trotzdem gelang es doch, noch manches zu verbergen. ...

An der Neiße angelangt, erklärte man uns für frei. Wir könnten gehen, wohin wir wollten. Man erklärte uns sogar, wir dürften wieder zurück, aber wir trauten den Polen nicht mehr und zogen über die Neiße nach Görlitz, wo wir am 3. Juli 1945 eintrafen. Hier passierte uns nichts mehr. In Kodersdorf blieben wir nur 3 Tage bei einem wendischen Bauern, weil er uns nicht länger behalten wollte. Hier trennten sich die Einwohner unserer Heimatgemeinde. Ein Teil zog in Richtung Berlin und ein Teil blieb in Sachsen. Wir selbst zogen "schwarz", mit einigen Säcken bewaffnet, über die Grenze in die westlichen Zonen, nachdem wir uns in Weißwasser

von der Verlogenheit der sowjetischen Bekanntmachungen - "Wiederherstellung der Grenzen von 1937" usw. - überzeugt hatten. ...<<

Austreibung aus dem Kreis Görlitz im Juni 1945 und Rückkehr im Juli 1945

Erlebnisbericht des Otto B. aus Lauterbach, Kreis Görlitz in Niederschlesien (x002/694-695):

>>Die Polen verteilten sich auf die einzelnen Gehöfte und trieben die Einwohner unter Schießen und Peitschenhieben aus ihren Wohnungen. Zum Packen wurde nur 5 Minuten Zeit gelassen, und es durfte nur mitgenommen werden, was jeder tragen konnte. Die Polen nahmen sich inzwischen, was sie wollten. Die Austreibung erstreckte sich auf 80 % der Einwohner, nur für die Arbeiten auf dem russischen Friedhof blieben (einige Deutsche) zurück.

Der Rittergutspächter T. wurde von den Polen derartig mit Gewehrkolben geschlagen, daß er nach ein paar Wochen an den Folgen verstarb. ... Erwähnt soll noch werden, daß die Russen selbst keinen Einwohner geschlagen haben. Aber es gab kaum einen Mann, der nicht von den Polen geschlagen und mißhandelt wurde.

Als die Bevölkerung von den Polen abgeführt wurde, und zwar unter dauernder Schießerei, wurde das wenige Gepäck, das jeder hatte, noch einmal von den Polen revidiert und dabei wurde abermals gestohlen. Wir wurden bis zur Neiße geführt und blieben uns selbst überlassen.

Görlitz war eine Stadt von etwa 100.000 Einwohnern; als wir dort ankamen, waren schon ca. 100.000 Flüchtlinge zusätzlich in Görlitz. Hier herrschte infolgedessen Hungersnot. ... In jedem Haus waren mindestens 10 Flüchtlinge und mehr.

Da in Görlitz Hungersnot herrschte, ging der größte Teil der Bevölkerung am 14. Juli 1945 wieder nach Lauterbach zur Arbeit zurück. Alles, was arbeitsfähig war, mußte von morgens 6.00 Uhr bis 21.00 Uhr auf den Feldern arbeiten. Lohn gab es nicht. An Verpflegung gab es (von den Polen) trockenes Brot mit Schrottsuppe und mittags ständig Kartoffelsuppe ohne Fleisch, sogar ohne Salz. Abends (erhielten) wir einen Liter Magermilch. Arbeitsunfähige erhielten überhaupt keine Verpflegung. ...

Wenn die Leute zur Arbeit gingen, wurden in der Zwischenzeit immer wieder die Wohnungen aufgebrochen und auch noch der Rest gestohlen. Wir hatten nur noch das, was wir auf dem Leibe trugen. ... Die Pfarrersfrau aus Leopoldshain führte die kirchlichen Bestattungen durch. Im übrigen hielt sie in den umliegenden Dörfern unter großen Strapazen mit zerrissenen Schuhen usw. Gottesdienst. Unterwegs wurde sie, trotzdem sie den Talar trug, von Russen vergewaltigt. ...

Am 6. Dezember 1945 wurden sämtliche Häuser in Lauterbach von Zivilpolen besetzt und nach polnischem Recht jeder Deutsche enteignet. Wenn überhaupt noch etwas an Möbeln vorhanden war, wurden sie enteignet. Die Bevölkerung konnte froh sein, wenn sie überhaupt in den Häusern bleiben konnte. Ein Teil wurde aus den Wohnungen gejagt.<<

Austreibung aus dem Kreis Wohlau im Juli 1945

Erlebnisbericht der K. I. aus dem Kreis Wohlau in Niederschlesien (x002/697-698): >>Es kamen nun die ersten Ausweisungstrecks ... durchgezogen. Ein erschütterndes Bild. Fast alle gingen zu Fuß, die letzte Habe auf Handwagen hinter sich herziehend.

Am Sonntag, dem 1. Juli 1945, ging ich noch einmal über unsere Felder und Grundstücke in Gansahr und auf den Waldfriedhof, nahm Abschied - von allem Abschied - nicht glaubend, daß es für immer sein sollte.

Die ersten Ausweisungen durch die Polen unterschieden sich von den späteren, daß man zu Fuß, ohne jedes Ziel und ohne Lebensmittel gehen mußte. Wer nichts zu essen hatte, war auf die Kartoffeln angewiesen, die man sich in den leeren Dörfern ... suchen mußte. ...

Bis Görlitz waren es 200 km Fußmarsch. ... Wer es nicht schaffte, starb eben. Aber auch in

Görlitz kümmerte sich keiner um uns. Es gab weder Lebensmittelkarten noch das Geringste zu essen. Es wurde einem mit der Wegnahme der letzten Habe gedroht, wenn man dort bleiben wollte. ...

Am Sonnabend, dem 7. Juli 1945, besuchte ich morgens noch einmal meine Mutter. Ich sah sie damals zum letzten Mal. ... Mittags zogen wir bereits mit unserer letzten Habe aus unserer geliebten Heimat. Ich hatte nur einen kleinen Handwagen, auf dem 2 Säcke lagen. In einem Sack, der mir später von Deutschen in Görlitz gestohlen wurde, waren meine Betten. Im anderen Sack waren meist geschenkte Sachen oder von der Straße aufgelesene Lumpen.

Unser Ziel sollte Steinau sein, das wir erst gegen 23.00 Uhr russischer Zeit erreichten. Wir mußten hinter Reudchen stundenlang in einem fürchterlichen Gewitterregen stehen bleiben, da wir wegen russischer Transporte aufgehalten wurden. Es war schon ganz dunkel als wir ankamen. Ein Quartier fanden wir nicht mehr. ... Ein Russe riß mir die Handtasche vom Wagen. ... Auch meine Strümpfe, die ich mir hatte ausziehen müssen, weil wir durchs Wasser waten mußten, waren dahin. Wir nächtigten nun in einer abgebrannten Turnhalle. In meinen völlig durchnäßten Sachen – zum Wechseln hatte ich nichts, der nasse Mantel war gleichzeitig meine Decke – schief ich zwischen Schutt und Mauersteinen. ...

Wir liefen täglich ungefähr 20 Kilometer, rasteten danach ein paar Tage, um uns etwas zu kochen. Meine Aufgabe war es, mit Frau M. alte Kartoffeln für unsere Gruppe ausfindig zu machen. ... Manchmal fand man in den Scheunen noch etwas Getreide. ... Die Körner wurden mit einer Schrotmühle geschrotet, so daß wir Suppe kochen oder sogar Brot backen konnten. Manchmal schenkte uns ein mitleidiger Russe ein Kanten Brot. Obwohl er das Brot oft aus seiner dreckigen Hosentasche zog, bissen wir gierig hinein. Wir zogen die Reichsstraße 117 entlang. Trotz glühender Hitze trug ich mein Winterkleid – ein Sommerkleid besaß ich nicht mehr – und meinen einzigen Mantel, den ich mir aus Angst, daß er mir genommen würde, nicht auszuziehen wagte.

Die Dörfer waren fast immer leer. Selten sah man ein paar Deutsche oder Polen, meist sah man Russen. ... In den Häusern fehlten die Möbel und Hausrat. Vieh sahen wir gar nicht. ... Wir schliefen in Ställen, auf Böden, manchmal auch in den Häusern. Mäuse und Ratten gab es genügend. ...

Görlitz war durch die Neiße eine halb polnische, halb deutsche Stadt geworden. Görlitz war fast unzerstört. Im deutschen Teil wimmelte es von Flüchtlingen. Zu essen gab es für uns nichts. Wir übernachteten ... in völlig überfüllten sog. Flüchtlingslagern. Die Menschen saßen auf den Treppen und lausteten sich gegenseitig. Ich hatte auch gleich wieder Kleiderläuse. ...

Am 2. August 1945 wollte ich mit der Bahn nach Mitteldeutschland weiter ... (nach) Cottbus. ... Auf dem zerstörten Bahnhof lagen die Menschen auf den Bahnsteigen herum und kochten auf toten Gleisen ihr Essen ab. Nirgends kümmerte sich einer um den anderen. Wer sich nicht mehr selber helfen konnte, war eben verloren. ...<<

Austreibung von Volksdeutschen in der Tschechoslowakei

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die "wilden Austreibungen" in der CSR (x004/105-112): >>Die Austreibung vor der Potsdamer Konferenz

Das Kaschauer Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front hatte die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung aller Sudetendeutschen noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen lassen. Aber alles, was schon gleich nach Kriegsende gegen die Deutschen geplant und durchgeführt wurde, hat ihre Vertreibung, ihren "Abschub" (odsun) vorbereitet und kann nur so verstanden werden.

Der deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren ist dieser innere Zusammenhang zunächst nicht in voller Klarheit bewußt gewesen; von den diplomatischen Verhandlungen des

Exilpräsidenten Benes mit den Alliierten war ihr kaum etwas bekannt, wohl auch nicht auf dem Wege über die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London. Ihre Hoffnung richtete sich vielmehr nach den schreckensvollen Erlebnissen des sowjetischen Einmarsches und in den chaotischen Wirren des deutschen Zusammenbruchs darauf, daß die öffentliche Sicherheit und eine intakte Rechtsordnung unter der zu erwartenden tschechischen Verwaltung wiederhergestellt werden möge.

Allerdings sind solche Erwartungen sehr bald durch die sofort einsetzenden Maßnahmen gegen das Deutschtum in den Sudetengebieten aufs bitterste enttäuscht worden, und bald ließ sich an ihnen auch die Absicht der Tschechen erkennen, die Deutschen aus der wiederhergestellten Republik zu entfernen. Einzelne rücksichtslos durchgeführte Austreibungsaktionen in der allerersten Zeit nach Kriegsende konnten noch als spontane Handlungen radikaler Elemente, begangen im Rausch der wiedererrungenen Freiheit, oder einfach als Exzesse erklärt werden.

Aber als diese Aktionen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, auf ganze Gebiete übergriffen und den ganzen Sommer 1945 hindurch andauerten, wurde ihre Planmäßigkeit deutlicher. An ihrer Durchführung war neben den örtlichen Nationalausschüssen, der Revolutionsgarde und der SNB vor allem auch die Svoboda-Armee, die mit der Roten Armee eingerückte tschechische Befreiungsarmee unter dem General Svoboda beteiligt.

Zumeist begann die Austreibung der deutschen Bewohner gleich nach dem Auftauchen der Revolutionsgarde und der Svoboda-Armee in den Grenzgebieten. Überfallartig erschienen bewaffnete Trupps in Ortschaften oder Ortsteilen, riegelten sie hermetisch ab und befahlen den Deutschen, innerhalb kurzer Frist die Häuser zu verlassen und sich an bestimmten Punkten zu sammeln.

Die Betroffenen hatten vielfach nicht einmal die Möglichkeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken, und wurden rücksichtslos aus den Wohnungen gedrängt. In grenznahen Orten und Bezirken oder auch dort, wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden sie sofort in Kolonnen auf die Grenze zu in Bewegung gesetzt.

Von den begleitenden Soldaten oder Revolutionsgardisten zu schnellerem Tempo angetrieben, schleppten sich diese Elendszüge, in denen Frauen mit Kleinkindern und alte und gebrechliche Leute überwogen, unter Verhöhnungen durch die tschechische Bevölkerung und Verbot jeder Hilfeleistung deutscher Bewohner in den durchzogenen Ortschaften, unter Gewalttaten der Begleitmannschaften und Androhung sofortiger Exekution der Zurückbleibenden, die wiederholt auch durchgeführt wurde, in oft tagelangen Märschen den Grenzübergangsstellen zu; am bekanntesten wurden die Leidensmärsche der Brüner Deutschen, der Frauen und Greise aus Jägerndorf und der Männer aus Komotau.

Wenn die Entkräfteten und vor allem alten Leute nicht mehr weiterkonnten, wurden sie in einzelnen Fällen auf Pferdewagen oder LKW zur Grenze geschafft.

Das Gepäck war von vornherein begrenzt, da in den meisten Ausweisungsbefehlen nur die Mitnahme von Handgepäck und zu seiner Beförderung nur Handwagen gestattet wurden. Oft sorgten die tschechischen Begleitmannschaften und örtlichen Behörden dann dafür, daß das Gepäck auf Fuhrwerken oder Lastkraftwagen transportiert werden konnte; vielfach mußte es allerdings auch auf dem ganzen Marsch getragen werden, so daß die Erschöpften nicht selten unterwegs gezwungen waren, noch Teile davon liegen zu lassen.

Schon bei der Überprüfung im Heimatort wurde es durchsucht, später an der Grenze einer "Zollkontrolle" unterworfen und nochmals rigoros verkleinert. Selbst Leibesvisitationen wurden, oft in schamlosester Weise, bei Männern und Frauen vorgenommen.

Jenseits der Grenze waren die Ausgetriebenen sich selbst überlassen. Ihr weiteres Schicksal war den Austreibungskommandos gleichgültig, denn sie sahen ihre Aufgabe nur darin, das Land von den Deutschen zu "reinigen", diese mit geringstem Aufwand auf dem kürzesten

Wege außer Landes zu schaffen und sich ihrer so rasch wie möglich zu entledigen. Die aus den Kreisen entlang den schlesischen Gebirgen ausgetriebenen Deutschen wurden davon besonders hart betroffen, denn die Austreibungskommandos versuchten zunächst, die Kolonnen in das polnisch besetzte Schlesien abzuschieben.

Da die Vertriebenen vielfach schon im Grenzstreifen von polnischen Grenzwachen gestellt und wieder zurückgewiesen wurden, die Tschechen ihnen aber die Rückkehr in die Heimatorte verweigerten, irrten sie dann tage- und wochenlang im Grenzgebiet umher oder schlugen sich unter furchtbaren Entbehrungen und Bedrängnissen in Fußmärschen nach Sachsen durch, wobei viele durch Hunger und Entkräftung zugrunde gingen. Nur wenige konnten in ihre Heimatorte zurückkehren.

Diejenigen, die auf schlesisches Gebiet gelangt waren, gerieten in die gleichzeitigen polnischen Austreibungsaktionen. Andere, die nach Schlesien abzuschieben den Tschechen nicht gelungen war oder die von der polnischen Miliz wieder auf das Gebiet der CSR zurückgeschafft worden waren, wurden schließlich auf tschechischer Seite in Lager eingewiesen und dann in Eisenbahnzügen nach Sachsen abtransportiert.

Außer im Fußmarsch wurden Deutsche aus dem östlichen und nördlichen Sudetenland auch in Bahntransporten mit offenen Waggons abgeschoben, in denen 30-60 Menschen samt Gepäck zusammengepfercht wurden. Diese Transporte gingen in oft mehrtägiger Fahrt bis zur sächsischen Grenze, auch nach Sachsen selbst und bis nach Brandenburg.

Da aus dem Sudetenland und gleichzeitig aus dem benachbarten Schlesien in kurzer Zeit Hunderttausende Vertriebene nach Sachsen einströmten, ballten sich hier riesige Menschenmassen zusammen, zumal sich noch in diesem Gebiet die Masse der schlesischen Flüchtlinge staute, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zu ihren Heimatorten zurückstrebten und denen polnische Miliz den Übergang über die Lausitzer Neiße in östlicher Richtung verwehrt.

Phantastische Gerüchte steigerten die Ratlosigkeit der Menge, die wegen der akuten Hungersnot und Seuchengefahr plan- und ziellos von Ort zu Ort geschoben wurde. Manche verloren hier noch durch marodierende Sowjetsoldaten das letzte gerettete spärliche Gepäck.

Zu gleichen Austreibungsaktionen kam es in den Österreich benachbarten deutschen Sprachgebieten. Die Abgeschobenen mußten hier fast ausschließlich zu Fuß und unter den gleichen Bedingungen wie im Norden des Landes ihre Heimat verlassen. Vielerorts verhafteten die Partisanenkommandos angesehene Bürger als Geiseln unter Androhung von Repressalien bei einer Störung der Austreibungsaktion oder zwangen die Einwohner durch Terror zur Flucht über die Grenze.

Die ohnehin seit Mitte Mai in Lagern internierte Bevölkerung der Iglauer Sprachinsel wurde noch im Juni in einzelnen Transporten nach Österreich geschafft oder, wo dies nicht gelang, zur Zwangsarbeit herangezogen. Am berüchtigsten wurde die allgemein als Todesmarsch bezeichnete Austreibung der Brüner Deutschen.

Über zwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder, die nicht interniert worden waren, wurden am Vorabend des Fronleichnamstages, am 30. Mai, zusammengetrieben und zur Grenze nach Österreich in Bewegung gesetzt. Die Spitze des Zuges gelangte noch am Abend des folgenden Tages auf österreichisches Gebiet. Als dann die österreichischen Grenzwachen den weiteren Übertritt verhinderten, brachte man die Masse dieser Zwanzigtausend in Getreidesilos und auf freiem Feld in Pohrlitz unter, wo sie nun wochen- und monatelang unter den entsetzlichsten Bedingungen dahinvegetierten.

Die Arbeitsfähigen wurden herausgeholt und in der Landwirtschaft beschäftigt, die Alten, Gebrechlichen und Mütter mit Kleinkindern - das war der überwiegende Teil der Ausgetriebenen - blieben zurück. Da insbesondere die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung so vieler Menschen fehlten, raffte eine Typhusepidemie Hunderte der vom Hunger und den

Entbehrungen entkräfteten Lagerinsassen hinweg.

In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ging es den ausgetriebenen Sudetendeutschen keineswegs besser als in Sachsen und Brandenburg. Nur allzuoft wurden sie als lästige Eindringlinge empfunden und auch so behandelt. Für viele unter ihnen war der Wanderweg auch noch nicht zu Ende: später, bei Beginn der organisierten Aussiedlung, wurden Zehntausende von Sudetendeutschen mit Eisenbahntransporten aus Österreich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands gebracht.

Der Höhepunkt der ersten "wilden" Austreibungsaktionen lag in den Monaten Juni und Juli. Neben der rigorosen Räumung ganzer Ortschaften und zumeist ländlicher Gegenden, die durchweg in Form plötzlicher Razzien durch bewaffnete Kommandos vor sich ging, wurden auch, örtlich verschieden, bestimmte soziale Stände und Berufsgruppen erfaßt, wie Verwaltungsbeamte, Lehrer, Angestellte des öffentlichen Dienstes u.ä.

Wenn auch nicht festzustellen ist, ob und wie weit diese Auswahl nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurde, so ist doch das Prinzip deutlich erkennbar, Berufsgruppen, die als Exponenten des deutschen Regimes galten oder die für einen Arbeitseinsatz nicht verwendbaren Personen, vorwiegend alte Leute und Mütter mit mehreren Kindern, zuerst abzuschicken. Die Entscheidung darüber, welcher Personenkreis ausgetrieben werden sollte, hing offenbar auch vom Gutdünken des jeweiligen Národní Výbor, der Verwaltungskommissionen oder des Militärkommandanten ab.

Es kam vor, daß auch Fachkräfte, die man für die Fortsetzung der Arbeit in den Versorgungsbetrieben oder die Wiederaufnahme der Produktion in den Fabriken dringend benötigte, ausgetrieben wurden. Oft sind nicht nur örtliche Lebensgemeinschaften, sondern auch Familien auseinandergerissen worden, indem einzelne Familienangehörige als zunächst unentbehrliche Arbeitskräfte zurückgehalten oder zum Arbeitseinsatz in tschechisches Gebiet geschafft wurden.

Die Aufrufe zum Abschub wurden entweder in öffentlicher Kundgebung oder in Form von schriftlichen oder mündlichen Einzelbenachrichtigungen durch Soldaten oder Revolutionsgardisten verbreitet. Zumeist blieben den Betroffenen nur wenige Stunden Zeit. Oft wurden sie bewußt erst am Vorabend oder nachts in den Sperrstunden benachrichtigt, um das Ausweichen in einen anderen Ort zu erschweren und zu verhindern, daß noch Sachwerte bei Nachbarn oder auch tschechischen Bekannten versteckt wurden.

Daß es sich bei diesen Austreibungsaktionen sehr oft um planmäßigen Terror handelte, zeigen vor allem die Vorgänge in Saaz und Komotau. Anfang Juni befahl dort die Militärkommandantur allen männlichen Einwohnern im Alter von 13-65 Jahren, sich an bestimmten Plätzen zu sammeln; sie trieb die Saazer nach Postelberg, deportierte einen Teil nach Innerböhmen und wies die anderen in Lager ein, wo sie unter entwürdigenden Verhältnissen bis zur Aussiedlung interniert wurden.

Nach einigen Tagen wurden auch die Frauen und Kinder in Arbeits- und Internierungslagern untergebracht. Ein gleiches Schicksal widerfuhr der männlichen Bevölkerung von Komotau, die am 9. Juni interniert wurde. Nachdem Svoboda-Soldaten und Revolutionsgardisten die aus der Menge ermittelten SS-Leute unter sadistischen Quälereien umgebracht hatten, trieben sie die 8.000-9.000 Männer zur sächsischen Grenze, wo aber Offiziere der Roten Armee den Abschub verhinderten und die endlosen Kolonnen zurückschickten. Die Tschechen teilten sie nun in Lager auf und setzten sie zur Zwangsarbeit ein.

Offenbar dienten diese Aktionen, die auch aus anderen Orten berichtet werden, manchmal nur dem Zweck, die Familien des männlichen Schutzes und der Hilfe zu berauben, um ungestörter plündern und die verängstigten Frauen und Kinder leichter aus den Wohnungen verdrängen zu können, die dann von Tschechen beansprucht wurden.

Überhaupt schien dort, wo eine starke tschechische Minderheit ansässig war und nun weitere

Tschechen nachzogen, die Austreibung vorwiegend dadurch ausgelöst worden zu sein, daß die Deutschen den Tschechen allein durch ihre bloße Anwesenheit im Wege standen und auf irgendeine Weise entfernt werden mußten. Das dürfte nicht zuletzt die Erklärung für die Vorgänge sein, bei denen man einzelne Orte völlig von ihren deutschen Bewohnern räumte und die Bevölkerung geschlossen zur Zwangsarbeit abtransportierte oder bis auf weiteres in Lager einwies, um sie dann bei der nächsten Gelegenheit nach Deutschland oder Österreich abzuschicken.

Auch dann noch, als die in Potsdam versammelten Staatsmänner u.a. die Tschechoslowakei aufforderten, die Austreibungen einzustellen, bis der Alliierte Kontrollrat die Empfehlungen für die weitere Behandlung dieser Frage ausgearbeitet hätte, setzte man diese Praktiken fort, die für Zehntausende Sudetendeutscher trostloses Lagerdasein, Zwangsarbeit und völlige Rechtlosigkeit brachten.

Die Lager, die im Sudetenland zunächst nur für die Aufnahme politisch! belasteter Persönlichkeiten dienen sollten, waren bald überfüllt. Ungeachtet dessen, daß mittlerweile eine Unzahl von Deutschen, für die die politische Strafgesetzgebung nicht zutraf, eingeliefert worden war, wurde in vielen Fällen von den einzelnen Lagerkommandanten eine nach persönlichen Maßstäben ausgerichtete Vergeltungspolitik durchgeführt, unter der alle Personen, gleich ob im Sinne der neuen politischen Gesetzgebung schuldig oder unschuldig, zu leiden hatten.

Bis Ende 1945 schien überhaupt der Willkür der Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Revolutionsgarde rekrutierten, keine Schranken gesetzt zu sein. Selbst dort, wo es nicht zu unmittelbaren Ausschreitungen kam, wurde der Zustand durch die mangelhafte Ernährung und die improvisierte Unterbringung großer Menschenmassen unerträglich. Vielfach mußten die Lagerinsassen selbst erst die Unterkünfte errichten und die Lager ausbauen.

Infolge der Überfüllung der Lager, der primitiven sanitären Vorkehrungen, die jeder Beschreibung spotteten, der Ungezieferplage und der unhygienischen Verhältnisse forderten Epidemien unter den entkräfteten Insassen zahlreiche Opfer. Besonders hoch war auch hier wieder die Sterblichkeitsziffer unter den Kleinst- und Kleinkindern und den alten Leuten, die nicht zur Arbeit außerhalb der Lager geschickt wurden und keine Möglichkeit besaßen, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.

Für viele war jedoch das korrekte Verhalten einzelner Tschechen, sei es im Amt oder am Arbeitsort, ein Lichtblick in einer sonst trostlosen Lage. Nicht wenige Sudetendeutsche verdankten der persönlichen Hilfsbereitschaft und dem Entgegenkommen mancher Tschechen, vor allem dort, wo durch jahrelanges Zusammenleben eine gegenseitige menschliche Wertschätzung gewachsen war und von der jeweiligen politischen Konstellation unberührt blieb, eine Erleichterung ihres schweren Schicksals.

Eine besondere Würdigung verdient die Hilfsaktion des Tschechen Premysl Pitter für deutsche Kinder, die ihre Eltern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, vor allem in den tschechischen Lagern, verloren hatten und in den Massenlagern verwahrlosten und zugrunde gingen. Wie er unter dem nationalsozialistischen Regime den jüdischen und tschechischen Waisen in Heimen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen suchte, nahm er sich jetzt der hilflosen und in den Lagern dem sicheren Untergang ausgesetzten deutschen Kinder an, brachte sie gegen den anfänglichen Widerstand der tschechischen Behörden in den von ihm errichteten Heimen unter und rettete Hunderten von ihnen das Leben.

Mitunter wurden auch einzelne Sudetendeutsche, die in Lager eingewiesen worden waren, von den Betrieben, in denen sie gearbeitet hatten, zurückgefordert und so vor dem Lagerleben bewahrt.

Im ganzen waren im Verlauf der ersten Austreibungswelle etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei, in erster Linie aus dem Ostsudetenland, den Industrie-

bezirken des Nordsudetenlandes, der Iglauer Sprachinsel, den südmährischen Kreisen und aus Brünn entfernt worden, davon schätzungsweise 150.000 nach Österreich. Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und Innermähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden.

Die Masse der Deutschen saß aber noch in den Heimatorten. Sie sah sich auch weiterhin einem unverminderten Druck ausgesetzt, und viele von ihnen zwang der individuelle Terror in den Herbstmonaten zum Verlassen der Heimat. Daneben schoben die Tschechen auch jetzt noch kleinere Transporte vorwiegend mit alten und kranken Leuten über die Grenze ab. ...<<

Austreibungsaktion in Hohenfeld im Juni 1945

Erlebnisbericht des Landwirts K. A. aus Hohenfeld, Kreis Zwittau im Sudetenland (x005/377-378): >>Unser Dorf ... wurde von tschechischem Militär umzingelt. Einige Tschechen nahmen dann die "humane" Evakuierung vor. Meine Frau mit 4 Kindern im Alter von 4-13 Jahren wurde aus dem Haus getrieben, mit einer Decke und etwas Brot. Dasselbe Schicksal machten auch die übrigen Dorfbewohner mit. Meine Frau wollte auf einem Wagen Betten und einige notwendige Kleidungsstücke mitnehmen, was die Tschechen aber mit Gewalt verhinderten. Meine Schwiegermutter, ... 71 Jahre alt, wollte sich dem Befehl der Tschechen nicht fügen und wurde mit einem dicken Rohrspazierstock geprügelt. ... Dann begann der traurige Abtransport der menschlichen Viehherde.

... Diejenigen Leute, denen es ... gelungen war, etwas von zu Hause mitzunehmen, wurden vollends ausgeraubt. Franz E. aus Dittersdorf, ca. 55 Jahre alt, wollte nicht aus seiner Wohnung und wurde erschossen. Dann ging's bis zur nächsten Bahnstation nach Abtsdorf, ... wo wir auf einem Fabrikhof im Freien lagern mußten. Im Laufe des Tages kamen dann noch die (Einwohner der) Gemeinden Ketzelsdorf, Abtsdorf, Mährisch Lotschnau, Körber, Waldeck, Überdörfel und Schönhengst dazu. Schätzungsweise dürften es insgesamt 6.000 Personen gewesen sein.

Am 30.06.45 wurden wir nachmittags einwaggoniert. 75 Personen und 7-8 Kinderwagen waren mindestens in einem Waggon (ohne Dach). Kinder bis zu einem Jahr duften ihre Kinderwagen behalten. In einem Waggon waren sogar 95 Menschen und 5 Kinderwagen. Die Notdurft konnte man während des Transportes nur unter Aufsicht von tschechischen Wachposten machen. Viele Familien hatten bei unserer Vertreibung nicht einmal ein Stück Brot mitgenommen. ... Verpflegt wurden wir während des Transportes nirgends. In Tetschen-Bodenbach durften wir uns ... unter Aufsicht von Wachposten auf dem Bahnhof Wasser holen. Einige Leute wurden auf dem Transport irrsinnig und viele Leute starben hinter Dresden aus Erschöpfung. ...

So kamen wir in Deutschland an; die Kleider, die wir auf dem Leibe hatten, die Kinder barfuß und total ausgehungert. Die Behörden kümmerten sich nicht um uns.<<

Austreibungsaktion im Kreis Trautenau im Juli 1945

Erlebnisbericht der L. B. aus Freiheit, Kreis Trautenau im Sudetenland (x005/380-383): >>Am 3. Juli 1945 wurden wir aus unserer Heimat, Freiheit im Riesengebirge, ausgewiesen. Es erschienen 5 bewaffnete tschechische Soldaten. Diese Soldaten sagten: "Machen sie sich fertig, in einer halben Stunde müssen Sie fort. Wir waren starr vor Schreck und konnten nur wenige Sachen in 2 Rucksäcken und in einem Koffer verstauen. Dann wurden wir zum Rathaus geführt. Das Gepäck wurde gewogen und untersucht. ... Daraufhin wurden wir mit 18 weiteren Familien eingesperrt.

Am Abend, um 6 Uhr, mußten wir uns fertigmachen, und die Tschechen trieben uns mit Reitpeitsche bewaffnet zum Bahnhof. ... Meine Schwägerin ... stand am Bahnhof und rief uns zu: "Wenn Ihr gar nicht mehr wißt wohin, dann schlagt Euch nach Pfullendorf (in Baden) zu mei-

ner Schwester durch!" Ein Tscheche kam, packte sie am Arm und wies sie an, (sich zu entfernen). Sie durfte nicht mehr mit uns sprechen.

Dann wurden wir einwaggoniert und kamen nach Trautenau. Dort mußte eine um die andere Familie in eine Holzbaracke zur Kontrolle. 30 Tschechen fielen über uns her, öffneten die Rucksäcke und den Koffer und nahmen sich, was ihnen gefiel: Die Regenjacke unseres Sechsjährigen und die Schirme. Alle Papiere und Dokumente wurden vor unseren Augen zerrissen. Als wir ... ausgeplündert waren, wurden alle 18 Familien in einem offenen Kohlenwaggon eingesperrt. Der Waggon war voller Kohlenstaub und es regnete, was es konnte. So ließ man uns bis 3 Uhr früh stehen.

Zwischendurch kamen die Tschechen und holten 2 junge Mädchen. ... Sie sagten, es müsse ein Protokoll gemacht werden, weil man sie vorher geschlagen hatte. Ein Mädchen war herzkrank. Sie brach vor Schreck und Aufregung zusammen. Das andere Mädchen, eine 20jährige, mußte mit. Es handelte sich nur um einen Vorwand. In Wirklichkeit wurde sie in einen Waggon gezerrt und dort vergewaltigt. ... Das herzkrankes, ohnmächtige Mädchen kam lange Zeit nicht zu sich. Die Mütter rangen die Hände und die kleinen Kinder fingen an zu schreien. Es war fürchterlich. ...

Gegen 4 Uhr morgens wurden wir an einen Zug nach Alt-Paka angehängt. Am 4.7., um 8 Uhr früh, bei strömendem Regen kamen wir dort an. Ein tschechischer Oberleutnant kam, öffnete die plombierten Wagen und sagte: "Alle Frauen bis 45 Jahre heraus! - dann die Männer. Alte Frauen und Kinder bleiben." Wir hatten Angst, daß sie uns von den Kindern trennen würden. Sie schafften uns ins Restaurant. Dort mußten wir Frauen auf hohen Leitern die Bogenfenster putzen, die Fußböden reiben und ... die Klosetts waschen, und die Männer mußten im strömenden Regen Lokomotiven putzen. Die armen Kinder waren den ganzen Tag allein und ohne Nahrung. Abends um 8 Uhr ging es dann weiter nach Turnau.

Die Tschechen krochen die Waggons hoch und sahen uns im Dreck hocken. Es wurde uns nicht einmal Gelegenheit gegeben, die dringendsten Bedürfnisse zu erledigen. ... Ein Nachtopf ... wurde in eine Ecke gestellt und eine Decke davorgehalten, und so mußten Männlein und Weiblein die Sache verrichten. ...

Wir kamen bis Reichenberg: Dort stand der Zug den ganzen Tag. ... Plötzlich kamen Russen und Tschechen mit Maschinenpistolen in den Waggon. ... Der Oberleutnant befahl: "Frauen und Kinder auf eine Seite und die Männer auf die andere. Und wenn die Frauen nur einen Ton von sich geben, dann werden alle erschossen." Er hatte eine Uhr in der Hand und sagte: "In 5 Minuten müssen die Männer ausgezogen sein." Alle Wertgegenstände, die sie noch besaßen, mußten sie in ihre Hüte legen. Nachdem man jedes Kleidungs- und Wäschestück der Männer gründlich durchsucht hatte, konnten die Männer den Waggon verlassen und sich auf den Gleisen anziehen. Dann kamen die Frauen an die Reihe und die Kinder. Alles, was ihnen gefiel, ... alles mußten wir hergeben. Sogar die letzten Lebensmittel!

Ausgeraubt und nur noch das besitzend, was wir auf dem Leibe trugen, wurden wir bis Zittau gefahren. Der Regen hörte zwar auf, aber unser Wagen wurde gleich hinter der Lokomotive angehängt, und der tschechische Heizer ließ so viel Ruß aus dem Kessel, so daß wir alle schwarz wie die Kaminfeger waren.

Am 6. Juli wurden wir 50 km hinter Zittau auf offener Strecke ausgeladen: Frauen und Männer, Kranke in Rollstühlen, ... alle mußten heraus; und jeder war nun seinem Schicksal überlassen. Ohne Geld, ohne Lebensmittel hastete die ganze Flüchtlingskarawane weiter gegen Unterpostwitz in Sachsen (südlich von Bautzen). Dort waren die Straßen von Menschen überfüllt, die man bereits vorher ausgewiesen hatte. Der Ort war von Russen besetzt, und es war von diesen der strengste Befehl gegeben worden, es dürfte kein Einwohner einen Flüchtling beherbergen. Der Abend kam. ... Wir hatten keine Lebensmittelkarten und bekamen auch nichts zu essen. Niemand wußte, was er tun sollte. Es war ein wirres Durcheinander!

Ich sehe noch heute die vielen Deutschen, die aus Prag ausgewiesen waren, verhärtet und abgehetzt. ... Die Männer trugen lange Bärte und waren so kraftlos vor Hunger, daß sie sich an den Straßenrand setzten und nicht mehr weiter konnten. Alles gute Zureden der Frauen, die noch etwas Kraft hatten, half nichts. Ich sehe noch heute diesen Mann, der mit brechenden Augen sagte: "Ich kann nicht mehr." Angesichts dieses Elends vergaß man für Momente das eigene Schicksal. ...

Hungernd und frierend, jedem Wetter preisgegeben, wanderten wir täglich 20-30 km zu Fuß von einer Ortschaft zur anderen. Die Brücken waren alle gesprengt, es verkehrten keine Züge, und wir hatten ja auch kein Geld. Wir bettelten um kalte Kartoffeln, denn unser 6jähriges Söhnchen schrie ständig: "Hunger!" –

Am 10. Juli, dem Geburtstag unseres Kindes, nahm uns eine gutmütige Frau in Demitz-Thumitz, Kreis Bautzen, auf, behielt uns über Nacht trotz strengster Strafe, die sie ... bekommen hätte, und ließ uns auf Gartenstühlen in ihrem Büro übernachten. Wir hatten ein Dach über dem Kopf. ...

Als ich erwähnte, daß unser Sohn seinen 5. Geburtstag hätte, dachte sie nach, was sie uns schenken sollte. Als wir uns verabschiedeten, steckte sie uns die Hälfte eines 2-Pfund-Brottes zu, als Geburtstagsgabe für den Kleinen. Wir weinten Freudentränen, und geteilt wurde es mit allen, wanderten wir doch mit einer anderen Familie und waren zu sechs.

... Auf der Wanderung durch Sachsen kamen wir ... (nach) Göda. Dort kamen uns die Bewohner feindselig entgegen, nannten uns Gesindel und schlossen die Haustüren zu. ... Ein Wolkenbruch ging hernieder, daß man dachte, der Weltuntergang wäre da. Es hatte in einer halben Stunde die ganze Ernte verhagelt und die Kartoffeln aus dem Acker geschwemmt. Kein Mensch ließ uns (bei sich) unterstellen.

Dann sahen wir eine Überdachung, unter der Grabkreuze standen. Wir stellten uns zwischen diese Grabkreuze, um uns vor den peitschenden Hagelkörnern zu schützen, die so groß wie Taubeneier waren. ... Doch der liebe Gott ließ ... die Sonne wieder scheinen. Wir verließen den ungastlichen Ort mit seinen herzlosen Menschen und wanderten weiter.

Wir erreichten nach Tagen das Vogtland und suchten wieder einmal nach einem Nachtlager. Der Bürgermeister sagte uns ein Zimmer im Schloß zu. Ach, wie waren wir glücklich: Im Schloß! – (Dieses Schloß war jedoch lediglich) eine alte, halb verfallene Burg, in den Mauerritzen hingen die Fledermäuse, und die Spinnweben hatten das alte Gemäuer eingesponnen. Über eine endlose Wendeltreppe mußten unsere Männer 3 alte dreckige Matten, es sollen einmal Matratzen gewesen sein, vom Turm herunterschleifen. ... Die Klosetts waren nicht zu benutzen. Der Kot lag im Vorraum. ... Ein penetranter Gestank erfüllte alle Räume und Gänge. Da saßen wir nun und waren der Verzweiflung nahe. ... Wir Frauen waren uns restlos einig, unserem zwecklosen Leben ein Ende zu machen. –

Wir hatten eine dünne Möhrensuppe gebraut und wollten darin das (Schlaf- und Beruhigungsmittel) Luminal auflösen, daß uns von allen Sorgen, Qual, Hunger und Pein erlösen sollte. Wir haben es unserem Schicksalsgenossen Herrn Sch. zu danken, daß wir es nicht taten. Im letzten Augenblick raffte sich Herr Sch. ... auf und rief, nachdem wir viel geweint und unsere Verluste bejammert hatten: "Eßt erst einmal ein paar Löffel warme Suppe und legt Euch erst einmal hin und überschlaft diese Nacht, und morgen werden wir weitersehen!" ...<<

Austreibungsaktion in der Stadt Friedland im Juni 1945

Erlebnisbericht des P. K. aus der Stadt Friedland im Sudetenland (x005/387-389): >>Ich wurde mit meiner Frau, meinen 2 verheirateten Töchtern und 3 kleinen Enkelkindern am 23. Juni 1945 ausgewiesen.

Binnen 2 Stunden mußten wir unser Haus unter Mitnahme eines Anzuges und etwas Wäsche verlassen. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf uns diese Nachricht, und wir wußten an-

fangs überhaupt nicht, was wir zuerst beginnen sollten. Unser schönes Haus, in dem meine Frau und meine Töchter ihre Kindheit verlebt hatten, in dem sie groß geworden waren, sollten wir nun plötzlich, ohne alle Vorbereitung verlassen und ... fremden Menschen überlassen, mit allem was ... wir durch große Sparsamkeit erworben hatten; alles sollte umsonst gewesen sein!?! Meine beiden Töchter, deren Männer sich in russischer Kriegsgefangenschaft befanden, mußten ihre vollständigen, schönen Ausstattungen ... ebenfalls im Stich lassen. –

Als wir uns vom ersten Schreck erholt hatten, mußten wir daran denken, unsere wichtigsten Sachen zu packen. Außer unserem Gepäck mußten wir noch 3 Kinderwagen für die Kinder meiner Töchter mitnehmen. ... Wir wußten nicht, wohin es gehen sollte, ob wir uns Nahrungsmittel mitnehmen sollten oder nicht. ...

Als 61jähriger Mann, der es durch viele entbehrungsreiche Jahre zu etwas gebracht hatte, mußte ich mit meiner 58jährigen Frau unser Haus verlassen. ... Wir hatten geglaubt, hier unseren Lebensabend in wohlverdienter Ruhe verbringen zu können. Alles, was man in den vielen arbeitsreichen Jahren erworben hatte, jeder kleinste Gegenstand war uns ans Herz gewachsen. - Und nun war alles aus, alles umsonst. Jedes Möbelstück und jeder Baum im Garten war ein Stück Seele von uns geworden, und nun mußten wir als Bettler hinausziehen in eine unbekannte, unsichere Zukunft. Auch unsere Ersparnisse, die aus mehreren zwanzigtausend Mark bestanden, mußten wir zurücklassen. Mit 200 Mark zog unsere 7köpfige Familie ins Unge-
wisse.

Wir wurden (am Bahnhof) ... von tschechischen Soldaten in Empfang genommen und in ein leerstehendes Magazin eingesperrt, dort einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen und aller Wertgegenstände beraubt. Aber auch gute Wäsche, Kleider, Federbetten, sogar Feuersteine waren gesuchte Artikel. ... Unseren kleinen Kindern nahm eine tschechische Frau, die sich besonders der weiblichen Personen annahm, die Kopfkissen und Felldecken aus den Kinderwagen. Für die Kinder mitgenommene Nahrungsmittel, Grieß, Zucker und dergleichen, alles verschwand vor unsren Augen. Meinen Töchtern riß dieses rauchende Weib die Ohringe weg und untersuchte alle Körperteile nach versteckt gehaltenen Wertgegenständen. ...

Abends, um 18.30 Uhr, ging der Zug mit uns ab und brachte uns über Seidenberg ... nach Radmeritz. Dieser Ort war schon von Polen besetzt. Dort mußten wir auf freiem Felde die Waggons verlassen und wurden den Polen als Freiwild überlassen. Polnische Zivilisten fielen auch gleich über uns her und durchsuchten unser Gepäck und fanden an vielen Sachen Wohlgefallen.

Im Orte wurden wir von der polnischen Ortskommandantur in einem Raum untergebracht. Die polnische Soldateska kam des Nachts mehrere Male und quälte uns ... unter Bedrohung unseres Lebens. Meine jüngste Tochter und eine Lehrerin führten sie ab. ... Diese Stunden waren wohl die schwersten meines Lebens. Am anderen Morgen machten wir uns frühzeitig auf den Weg, um den Polen zu entkommen und gingen nach Ostritz in Sachsen.<<

Austreibungsaktion in Langenbruck im Juni 1945

Erlebnisbericht der E. K. aus Langenbruck im Sudetenland (x005/389-390): >>Wir mußten schon am 17. Juni 1945 unseren Heimatort verlassen, nachdem uns dies die Tschechen in der vorhergehenden Nacht um 2 Uhr mitgeteilt hatten.

Etwa 60 % der Bevölkerung erhielt diese furchtbare Botschaft. Es wurde gestattet, 30 kg Gepäck mitzunehmen. Weder Geld noch Schmuck durften mitgenommen werden. ... Überall herrschte lähmender Schrecken, da niemand der Aufgeforderten eine blasse Ahnung hatte, wohin sie geschafft werden sollten.

Etliche zogen es vor, durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden, so eine Familie aus der Nachbarschaft, wo der Mann, welcher erst vor Tagen aus dem Lazarett entlassen worden war, seine beiden Kinder im Alter von 3 und 4 Jahren, dann seine Frau und die Schwiegermutter

erschoss, zuletzt noch das Haus in Brand steckte und sich selbst erschoss. Auch eine Nachbarsfrau, im Alter von 80 Jahren, ... zog es vor, ... freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Ich sehe noch immer diese alte Frau vor mir, wie sie, am ganzen Körper zitternd, nur immer mit dem Kopf schüttelte, weil sie es nicht fassen konnte.

Vom Sammelplatz ... zogen wir zu Fuß bis zum Bahnhof nach Reichenberg. Dort wurden sämtliche Personen und das Gepäck ... in Vieh- und Kohlenwagen gepfercht, so daß man sich kaum rühren konnte. Die Kinder schrien und Leute fluchten, zwischendurch gaben die Tschechen Schreckschüsse ab. Während der Fahrt, es ging zur deutschen Grenze, kamen 3 Tschechen in die Waggons herein und plünderten sämtliche Koffer mit vorgehaltenen Revolvern. Von den 30 kg Gepäck blieb nicht mehr viel übrig, denn Wäsche, Kleider, selbst Kinderschuhe, hauptsächlich neue und gute Sachen, alles wurde genommen. Den anwesenden Frauen rissen sie die Kleider auf und suchten nach Geld und Schmuck. Niemand durfte mehr als 20 RM behalten.

In Tschernhausen, eine Bahnstation in der Nähe der deutschen Grenze, wurden wir nach einer nochmaligen Gepäckkontrolle und Leibesvisitation ausgeladen. Es war gegen 21 Uhr. Dann lagen ca. 2.000 Menschen bzw. Bettler im staubigen Straßengraben, fast jeder Habe beraubt. Dieser Anblick wird mir unvergessen bleiben. ... Gegen 24 Uhr begann es zu regnen, so daß ein Tscheche, der uns mit geschultertem Gewehr begleitete, die Anweisung erteilte, in der Halle eines nahegelegenen Sägewerkes zu übernachten.

Früh um 9 Uhr fuhr der Zug weiter zur Grenzstation nach Seidenberg. ... Nach nochmaligem Durchsuchen des Gepäcks wurden wir von den Tschechen als Freiwild über die Grenze in die polnische Verwaltungszone gejagt. Nach 10tägiger Wanderung ... gingen sämtliche 2.000 Personen in geschlossener Marschkolonnie über die Neiße in die russische Zone.<<

Austreibungsaktion in Reichenberg im Juli 1945

Erlebnisbericht des Betriebsführers Z. R. aus der Stadt Reichenberg im Sudetenland (x005/-390-392): >>19. Juli 1945: ... Der Polizeibeamte beauftragte mich, innerhalb von 2 Stunden, mit 30 kg Gepäck bei der angegebenen Sammelstelle zu erscheinen und meine Haus- und Wohnungsschlüssel den vor meinem Hause abgestellten Militärposten abzugeben. Solche Militärposten standen vor jedem Haus. ... In meiner begreiflichen Aufregung packte ich einen Anzug und etwas Wäsche und andere Kleinigkeiten in einen Reisekoffer und Rucksack und Brot in eine Aktentasche. Dann verstaute ich dieses Gepäck auf einen kleinen Handwagen, womit ich mich zu der angewiesenen Sammelstelle begab.

Auf dem Wege zur Sammelstelle befanden sich alle Deutschen ... aus den benachbarten Straßen, viele weinten und klagten. Auf dem Sammelplatz befanden sich mehrere hundert Menschen, Greise, Frauen, Kranke und Kinder. In einem Auto erschien ein kleiner Polizeibeamter, der sich sofort durch Beschimpfung der Deutschen und durch lautes Geschrei unangenehm bemerkbar machte. Dann fand eine Registrierung aller Anwesenden statt.

Gegen Mittag wurden wir in einem Zug formiert und in großer Hitze auf den Barackenplatz des ehemaligen Sportplatzes überführt. ... Vor der Handelskammer brach Herr Professor W. ein Rad seines Handwagens. Wegen der dadurch entstandenen Störung beschimpfte ein Polizist, der die Kolonne begleitete, den Professor und schlug schließlich so heftig auf ihn ein, daß er das Gehör verlor.

Auf dem Platz vor den Baracken mußten wir im Freien kampieren. Es wurden uns alle Ausweispapiere abgenommen. Dafür erhielten wir entweder einen roten, gelben oder weißen Zettel. Später erfuhren wir, daß die roten Zettelbesitzer noch am selben Tag abgeschoben wurden, während die gelben und weißen Zettelbesitzer vorerst im Lager verblieben. Ich befand mich im Besitz eines roten Zettels.

Wir wurden anschließend einer peinlichen Durchsuchung unterzogen. Ca. 10 Männer mußten

einen Kreis um 4 tschechische Soldaten bilden. Wir wurden aufgefordert, unsere Kopfbedeckung auf die Erde zu legen und in diese unseren gesamten Tascheninhalt hineinzugeben. Wie Geier stürzten sich die Soldaten auf alle Wertgegenstände und Geld. Mein Reisewecker, Armbanduhr, Füllfederhalter, Taschenmesser etc. verschwanden in den großen Fliegerhosentaschen. Schließlich wurden wir noch abgegriffen, ob wir nichts versteckt hatten. Meine Geldtasche fanden die Räuber nicht. Mancher Aussiedler verlor das letzte Geld. –

Nachher mußten wir auf im Freien aufgestellten Tischen den Inhalt unserer Koffer und Rucksäcke ausleeren. Sog. Zollbeamte nahmen sich davon, was ihnen beliebte. Mir wurde das einzige Eßbesteck, Wäsche, Aktentasche, Wetterkragen und andere Gegenstände einfach abgenommen. Den verbliebenen Rest der Sachen strich der famose Zollbeamte mit einer kräftigen Armbewegung vom Tisch auf die Erde, wo wir uns die Sachen zusammenlesen durften. Meine Habseligkeiten waren auf weit unter 30 kg zusammengeschrumpft.

Gegen 9 Uhr abends erfolgte der Abmarsch zur Bahn durch die ganze Stadt. Von beiden Seiten wurde dieser Jammerzug von Militär flankiert, die ihre Gewehre umgehängt hatten. Jeder Soldat hatte einen Stecken oder andere Schlaggegenstände in der Hand, wovon ganz grundlos Gebrauch gemacht wurde. Wie Schwerverbrecher wurden unschuldige Menschen eskortiert. Am Wege zur Bahn brachen oft kranke oder gebrechliche Opfer zusammen, was bei der Begleitmannschaft wüste Schimpfereien und oft Schläge auslöste.

Unvergeßlich blieb mir folgende Szene: Eine schwächliche Frau mußte ihren behinderten Sohn stützen und gleichzeitig ihr Gepäck tragen. ... Vor dem Adriakino brach die Frau zusammen. Die Milizionäre beschimpften die Bedauernswerte und schlugen auf sie ein. Aus den Fenstern des Adriakinos lachten tschechische Zuschauer über dieses traurige Ereignis.

Am Bahnhof wurden wir in schmutzige Kohlenwagen buchstäblich hineingepfercht. Als Lichtblick sei erwähnt, daß wir von Schwestern des Roten Kreuzes ein Stück Brot erhielten.

Als es dunkel war, wurde der lange Zug ... auf ein rückwärtiges Gleis verschoben. Plötzlich war gellendes Geschrei zu hören. Bald erfuhren wir die Ursache. Russisches Militär und Tschechen hatten in der Finsternis katzenartig mehrere Waggons erklettert und wahllos Gepäckstücke gepackt und auf die Erde geworfen, um damit zu verschwinden. ... Erst um Mitternacht setzte sich der Zug gegen Grottau in Bewegung.<<

Austreibungsaktion in Böhmisches Leipa im Juni 1945

Erlebnisbericht des Spinnereimeisters Hugo N. aus der Stadt Böhmisches Leipa im Sudetenland (x005/396-397): >>Am 9.6., um 9 Uhr, waren etwa 200 am Stellplatz versammelt. ... Das Gepäck wurde geöffnet, doch wurde nicht darin gewühlt wie bei den anderen. Also dachten wir, das Glück wäre mit uns, da sie uns nichts wegnahmen. Doch es sollte anders kommen. Wir mußten uns auf eine Seite stellen.

Dann hieß es: Jede Person hat 10 RM für's Licht zu geben. Es wurde gegeben. Dann hieß es: Jede Person muß noch 50 RM für die Fahrt geben. Als sich niemand rührte, schrien sie: Wenn in 5 Minuten das Geld nicht hier wäre, nähmen sie uns alles weg; also gaben wir wieder. Dann mußten die Frauen auf die andere Seite treten und wurden von dem tschechischen Militär ... nach ... verstecktem Schmuck abgegriffen. Ohringe, Uhren, Ringe wurden abgenommen. Dann kamen wir Männer an die Reihe. Uhren, Ketten, Zigarettentuis wurden eingesammelt und verschwanden auf Nimmerwiedersehen. Es war Mittag geworden, als 3 Autobusse und ein LKW mit Anhänger kamen. ...

Und weiter ging es bis zum Endziel Sebnitz (Kreis Pirna, an der alten deutschen Reichsgrenze). ... Der Schreck war groß, als ich meinen Koffer nicht mehr fand. So ging es auch einigen anderen. Wir gingen zum Transportführer, um unseren Verlust zu melden. Er antwortete uns zynisch: "Ihr müßt halt denken, ihr seid ausgebombt." Wir sollten froh sein, daß wir so gut angekommen wären. Dabei zeigte er auf seine Knute im Stiefel. Wir waren also wieder um

vieles ärmer.

Wir mußten nochmals antreten, und jede Familie mußte mit den letzten Sachen nochmals zur Kontrolle in das Finanzamt. Dort mußten sich die Frauen hinter einem Vorhang splitternackt ausziehen, und was sie doppelt an hatten, wurde ihnen weggenommen, während ein Finanzier (österreichisch: Zollbeamter) den Rest unserer letzten Habe nochmals durchsuchte. Es wurden mir noch eine Decke, das letzte Stück Seife, alle Arbeitskleidung und einige andere Sachen weggenommen, so daß ich nur noch daß hatte, was ich am Körper trug.

Nach ein paar Schritten waren wir hinter der Grenze. Somit waren wir unser Hab und Gut und unsere liebe Heimat los. ...

Am 11.6., früh 1 Uhr, kamen wir in Dresden/Reitz an, mußten in einem Lagerschuppen übernachten, alles war überfüllt. Die Kinder schrien vor Hunger, die Russen holten sich die Frauen. Wir waren froh, als es hell wurde und wir das Lager verlassen konnten. Wir hielten uns dann einige Wochen bei meinem Schwager auf, der in Dresden wohnte. Er schenkte mir einen Arbeitsanzug, so daß ich wieder arbeiten konnte. Ende August mußten alle Zugewanderten Sachsen verlassen, und wir wurden von einer Stadt in die andere verwiesen, bis wir in Köthen (Anhalt) auf die Dörfer verteilt wurden.<<

Austreibungsaktion in Hainspach im Juni 1945

Erlebnisbericht des Gemeindeangestellten Josef P. aus Hainspach im Sudetenland (x005/398):

>>Nun kam langsam die "tschechische Elite" angerückt. Sie hatten nichts als in ein Tuch eingebundene Habseligkeiten, gingen von Haus zu Haus und suchten sich ein Haus aus, wo sie einziehen wollten. Da ich die erste Zeit noch die Strafverzeichnisse einholte, wurde es klar, daß es meist übel beleumdete, aus den Zuchthäusern entlassene Menschen waren, die oft 10 und mehr Vorstrafen, mitunter wegen recht schwerer Verbrechen hatten, und diese ließ man auf uns Deutsche los. ...

Am 25. Juni, 6 Uhr früh, trommelten Soldaten der Svoboda-Truppen mit den Gewehren an die Haustür und riefen: "Alles um 8 Uhr mit 30 kg Handgepäck zur Ausweisung gestellt!" Wir packten unseren Handwagen und als wir die Straße hinunter zum Marktplatz fuhren, traf ich einen ehemaligen Schulfreund, den Bauern E. F. aus Hainspach. Er sagte zu mir: "Siehste Josef, auf dem Handwagen ist mein ganzer Bauernhof!" Der Fleischer Josef M. gab uns große Würste und meinte: "Die fressen die Tschechen nicht!"

Auf der Staatsstraße standen Handwagen an Handwagen. Die Bewohnerschaft zeigte eine würdige Haltung, obwohl manchen das Herz brach. Die sensationslüsternen Tschechen kamen nicht auf ihre Rechnung und gingen arg enttäuscht heim. Als ich nachmittags um 4 Uhr an der Reihe war und der Ausweisungsleiter "zum Transport" brüllte, sprang der Vorsitzende des Narodni Vybor auf und flüsterte einige unverständliche Worte, worauf mein Aufenthalt um 2 Monate verlängert wurde.

Das Gemeine bei der Ausweisung war, daß die Ausgewiesenen über Groß Schönau, Kaiserswalde, Schluckenau und Fugau gehen mußten, um den Tschechen ein Schauspiel zu bieten; denn der Weg von Hainspach zur Grenze betrug nur 25 Minuten, während der eingeschlagene Weg ca. 3 Stunden dauerte. Was sich die Svoboda-Soldaten an Gemeinheiten bei den Durchsuchungen nach Schmuck leisteten, überstieg alles Menschliche. Soldaten von 18-19 Jahren mit Gummihandschuhen betasteten und untersuchten die Frauen ... wegen versteckter Brillanten und Schmuck.

An der Fugauer Grenze wurden die Leute wie eine Viehherde über die Grenze getrieben. Dabei brüllte der Wachtmeister: "Marsch, vorwärts, wer zurückkommt, wird erschossen!" Für die ausgetriebenen Landsleute folgte ein Martyrium. ... Die Grenzgemeinden durften niemanden länger als eine Nacht behalten, und 8 Wochen lang erhielten wir keine Lebensmittelkarten, schliefen teils in den Wäldern und bettelten. Weil wir im nahen Grenzgebiet waren, ka-

men viele wieder zurück und holten sich Lebensmittel, Betten, Schmuck und Kleider. Doch dies war immer eine gefährliche Sache und nur möglich, wenn die Landsleute erfahrene Grenzgänger waren. ...<<

Austreibungsaktion in Bensen im Juni 1945

Erlebnisbericht des Lehrers Friedrich T. aus der Stadt Bensen im Sudetenland (x005/400-402): >>Am 19. Juni mußten die Radioapparate abgeliefert werden. Eine lange Schlange von Menschen war vor dem Postamt angetreten. Gegen Abend verbreitete sich das Gerücht, daß wir am nächsten Tage ausgewiesen würden. Es hatte sich schon in den vorhergehenden Tagen herumgesprochen, daß in Warnsdorf, Rumburg, Böhmisches Leipa Austreibungen von Deutschen stattgefunden hätten, doch nahmen wir an, daß es sich um Amtswalter der NSDAP oder sonst politisch belastete Personen gehandelt hätte. An eine Massenvertreibung dachte niemand.

Gegen 20 Uhr erfuhr ich, daß wir am nächsten Tage vertrieben würden und die entsprechende Verfügung am Rathaus angeschlagen wäre. Neben dem Eingang zum Meldeamt hing die Kundmachung. Eine große Menschenmenge war dort versammelt und drängte sich um das Plakat. Ich atmete auf, als ich las, daß wir nach Deutschland kommen sollten und nicht nach Sibirien, wie ich befürchtet hatte. Ärzte, Apotheker, KZler, für die Fortführung der Wirtschaft notwendige Handwerker und Arbeiter waren von der Vertreibung ausgenommen.

Pro Person sollten 100 RM, ein zweiter Anzug, eine zweite Garnitur Wäsche, ein zweites Paar Schuhe und Lebensmittel für 10 Tage mitgenommen werden können.

Das übrige Bargeld, Uhren, Schmuck, Gold- und Silbermünzen, Sparkassenbücher und die Wohnungsschlüssel sollten in einem mit Namen versehenen Beutel der Ausweisungskommission übergeben werden.

Nun ging es ans Packen. An Schlaf haben wir in dieser Nacht nicht gedacht. Da wir keinen Handwagen besaßen, konnten wir nur das mitnehmen, was wir in der Hand oder auf dem Rücken tragen konnten. Dabei mußte in erster Linie auf unsere Tochter mit ihrem 5 Monate alten Kinde Rücksicht genommen werden. ... Meine Frau und meine Tochter waren beim Packen sehr aufgeregt, und die Auswahl fiel ihnen schwer. Da wurden die Koffer gepackt und wieder ausgepackt. ... So war es Mitternacht geworden.

Da drang eine tschechische Militärstreife, die das Licht bei uns bemerkt hatte, in unsere Wohnung ein. Es waren 4 Mann, die sich über alle Räume verteilten und alle Schränke und Kästen durchwühlten. Was sie alles mitgehen ließen, war nebensächlich, ... weil wir es ohnehin hätten zurücklassen müssen.

Ich sah nur, wie sie den Inhalt einer Geldkassette, die auf dem Tisch stand und über 2.000 RM enthielt, in ihre Taschen stopften. Das gleiche geschah mit einer Armbanduhr, die als Nachlaß unseres im Kriege gefallenen Sohnes zurückgekommen war. Meine beiden Taschenuhren, eine silberne und eine goldene, war ich schon bei den früheren Plünderungen losgeworden. Ein Dolch, den unser Sohn als Hitlerjunge getragen hatte und der unter seinen Sachen gefunden wurde, wäre mir beinahe zum Verhängnis geworden. Nach 2 Stunden zogen die Kerle endlich wieder ab.

Wir saßen nun im Finstern. Da ertönte Feuersalarm. In der Kirchgasse brannte das Haus des Herrn B. nieder. Er hatte sein Haus in Brand gesteckt und darauf seine Frau und sich selbst erschossen. ...

Am 20. Juni erhielten wir um 5 Uhr früh den schriftlichen Ausweisungsbescheid. Wir sollten um 6 Uhr bei der Kirche zum Abmarsch gestellt sein. Es dürften gegen 2.000 Personen gewesen sein, etwa die Hälfte der Bensener Bevölkerung, die damals die Gemeinde verlassen mußten. ...

Beim letzten Haus an der Straße nach Habendorf saß an einem langen Tische die Austrei-

bungskommission, bestehend aus Mitgliedern des Narodni Vybor. Den Vorsitz führte ein russischer Kommissar. Bei der Kommission war auch ein Deutscher, ein Mitglied des Antifa-Ausschusses. Er schien sich in seiner Rolle nicht sehr wohl zu fühlen und drückte sich am Tisch herum, als wollte er den Anschein eines Unbeteiligten erwecken. Hier mußten die Säckchen mit den Wertsachen und den Schlüsseln abgegeben werden und von Soldaten wurde das Gepäck kontrolliert. Die Namen wurden in einer Liste abgehakt.

Bei dieser Kontrolle wurden meiner Tochter in roher Weise die Ohrringe aus den Ohren gerissen. Nach der Kontrolle lagerten wir auf den Wiesen oberhalb des Ortes. In der Nähe waren überall Soldaten, die augenscheinlich die Aufgabe hatten, die Vertreibungskommission zu beschützen und als Begleitmannschaft für die Vertriebenen zu dienen. Nach 13 Uhr war endlich die Kontrolle beendet, und die Vertriebenen wurden in mehreren Kolonnen in Marsch gesetzt. Es war ein sehr heißer Tag.

Der Marsch ging über Habendorf ... nach Windischkamnitz. Die Orte waren wie ausgestorben. Kein Mensch ließ sich blicken, doch standen in Hoch Dobern und Güntersdorf vor den Häusern Eimer mit Trinkwasser und Krüge mit Milch für die Kinder. Die Begleitmannschaften verhielten sich korrekt. ... Auch waren für alte und gebrechliche Leute in Bensen 2 Fuhrwerke requiriert worden. In Windischkamnitz nächtigten wir in einer ehemaligen Fabrik. ...

Am andern Morgen ging es weiter. ... In Dittersbach gab es einen längeren Aufenthalt. Hier wurde die Begleitmannschaft abgelöst. Die neue Eskorte steckte in den Uniformen des deutschen Afrikakorps. Meine Tochter war während der Rast in ein Haus gegangen, um die Bewohner um etwas Wasser zu bitten, weil das Kind vor Hunger schrie und sie etwas ... Brei anrühren wollte.

Ein Soldat hatte das bemerkt, kam in das Haus und schlug meine Tochter, die das Kind auf dem Arm trug, mit der Reitpeitsche.

... Vor der Brücke (über den Grenzbach) war erneute Kontrolle. Vorher war verlautbart worden, daß jeder, der eine Uhr oder Schmuck versteckt hätte, erschossen würde. Da wurde noch manche Uhr, die glücklich durch die erste Kontrolle gekommen war, den Soldaten in die bereitgehaltene Mütze geworfen, noch mehr Uhren flogen aber seitwärts in die Büsche. Nach der Kontrolle wurden wir über die Brücke entlassen und waren daheim im Reich, wie uns die Tschechen höhnisch nachriefen.

Da uns die Wege nicht bekannt waren, gerieten die meisten von uns auf einen steilen Waldweg, der uns am späten Abend nach Hinterhermsdorf führte. ... Manche zogen in den nächsten Tagen einzeln oder in kleinen Trupps weiter. Auch ich gehörte dazu, in der Hoffnung, Arbeit zu finden und das Kind, das krank geworden war, wieder in geordnete Verhältnisse zu bringen. Die Mehrzahl meiner Landsleute blieb noch längere Zeit in der Nähe der Grenze in den Dörfern, um Lebensmittel bettelnd und auf die Möglichkeit einer Rückkehr in die geliebte Heimat hoffend. Heute sind meine damaligen Leidensgefährten über ganz Deutschland verstreut. ...<<

Austreibungsaktion in der Stadt Leitmeritz im Juli 1945

Erlebnisbericht des Wenzel M. aus der Stadt Leitmeritz (x005/402-403): >>>Die Flüchtlingsstelle in Leitmeritz wurde mit der Abschiebung der Flüchtlinge betraut. Wir waren stets froh, wenn wir erfuhren, daß der Transport ... mit geringer Ausraubung über die Grenze gebracht werden konnte.

Am 17.7.1945 wurden 58 Deutsche ... "abgeschoben". Bis 9 Uhr vormittags dauerte die polizeiliche Sach- und Leibesvisitation. Mitgenommen werden durften: 25 kg Gepäck und 200 RM pro Person. Laut Anordnung der Militärbehörde durften keine Wertsachen mitgenommen werden, mit Ausnahme der Eheringe. Daß diese polizeiliche Durchsuchung nicht ohne Ohrfeigen gehen würde, davon waren alle überzeugt.

Gegen 10 Uhr wurden wir in einen ungereinigten Kohlenwagen verstaut und blieben bis 15 Uhr am Bahnhof im Sonnenbrand. In Auscha wurden wir an einen Ausgewiesentransport von mindestens 1.000 Personen angehängt. Am Abend fuhren wir über Böhmisches Leipa nach Rumburg, wo wir ... morgens ankamen. Hier blieben wir bis zum Mittag in der prallen Sonne stehen. Dann setzte sich der Zug wieder in Bewegung und fuhr nach Schönlinde zurück.

... Zwischen Rumburg - Schönlinde blieb der Zug stehen und nun erfolgte durch die tschechische Bewachungsmannschaft - tschechisches Militär unter (dem) Kommando von Offizieren - die Beraubung des Transportes. ... Während der Beraubung saß ein Teil der Bewachungsmannschaft unmittelbar hinter uns im Waggon. Sie ließen sich jedoch nicht sehen. ... Ersichtlich war, daß diese Beraubung nur im Einvernehmen mit dem Bahnpersonal vor sich gehen konnte.

Der Zug fuhr dann über Schönlinde, Warnsdorf nach Mittelherwigsdorf, wo wir auswaggoniert und der Straße übergeben wurden. Fast der gesamte Transport kampierte am Bahnhofsgelände. Die tschechische Bewachungsmannschaft setzte auch hier ihr Beraubungshandwerk fort. ...<<

Austreibungsaktion in der Stadt Teplitz-Schönau im Juni 1945

Erlebnisbericht des Dipl.-Ing. E. H. aus der Stadt Teplitz-Schönau im Sudetenland (x005/404-405): >>6. Juni 1945: ... 7 bewaffnete Tschechen drangen nachmittags in unser Haus ein. ... Der Anführer, der mit einer Uniform der ehemaligen tschechischen Staatspolizei gekleidet war, setzte sich an meinen Schreibtisch und verlangte alles Geld, sämtlichen Schmuck und sonstige Wertgegenstände.

Er gab uns, mit der Uhr in der Hand, 20 Minuten Zeit, unser Gepäck zu sammeln, um für immer unseren Besitz zu verlassen. Ich hatte keine Möglichkeit, auch nur ein Personaldokument ... mitnehmen zu können, denn der Anführer bedrohte mich, als ich zum Schreibtisch gehen wollte. Seine Spießgesellen - mit Uniformen der deutschen Afrika-Truppen - hatten sich gleichzeitig in den anderen Räumen zur üblichen Ausplünderung verteilt und verschiedene Sachen für den eigenen Bedarf "beschlagnahm".

30 Minuten nach Eindringen der Tschechen vertrieb man uns tatsächlich aus unserem Hause, mit dem, was wir am Leibe trugen, einem Kinderwagen mit dem Säugling und einem kleinen, defekten Kinderwagen, der etwas Essen, einige Wäschestücke, Schuhe und für jeden einen Mantel, aufnahm. ...

Wir ... kamen dann ... auf den Sportplatz. ... Sofort wurde dann eine Leibesvisitation ... gemacht. ... Männer und Frauen wurden getrennt. ... Genommen wurden besonders die besser scheinenden Kleidungsstücke, so daß meine Schwestern nicht mal mehr ein Paar Strümpfe hatten. ... Ich sehe auch hier absichtlich davon ab, die erniedrigende Art der Durchsuchung zu schildern, weil wir, wenn auch immer bedroht, wenigstens nicht geprügelt wurden, wie so viele unserer Bekannten. ...

Auf einer schmutzigen Wiese mußten wir warten, bis das tschechische Grenzkontrollamt zu amtieren begann. Dabei umschwärmten uns dauernd russische Soldaten, um sich weibliche Opfer zu suchen, ohne natürlich von der tschechischen Wachmannschaft daran gehindert zu werden. ...

Um 6 Uhr, früh am 7.6.45, überschritten wir, da nichts mehr zu "verzollen" war, ungehindert die (sächsische) Grenze. Unsere Austreiber verabschiedeten uns mit den höhnischen Worten: "So, jetzt seid ihr heim im Reich". In den 2 Stunden vor uns ausgewiesenen Trupp fuhr ein russischer Lastwagen mit Beutegut, verletzte einige Menschen schwer und tötete die Tochter des Bürgerschullehrers T. Als wir in Sächsisch Zinnwald ankamen, hatten er und seine Frau den Freitod gesucht und gefunden. An dieser Grenze ... nahmen viele der Landsleute Abschied für immer, nicht nur von der Heimat. ...

War Sächsisch Zinnwald schon überfüllt als wir ankamen, so glich es bald einem Heerlager, da in gewissen Abständen immer mehr Vertriebene ... eintrafen. ... Es kümmerte sich niemand ums uns. Es gab keinerlei Lebensmittel. ... Als unsere Eßvorräte nach 3 Tagen verzehrt waren, ... zogen wir nach Dresden, wo das Durcheinander eben großstädtisch war, aber dort wurde uns wenigstens eine Bescheinigung mit russischem Vermerk ausgestellt. In dieser Bescheinigung wurde verschiedenes versprochen, aber später nicht eingehalten. ...

Von dort ging es über Freiberg, Chemnitz, Ölsnitz nach Hof. Wir wurden von Ort zu Ort erreicht. Da wir nur für einen Tag oder 2 Tage Verpflegung oder Lebensmittelkarten bekamen, war das Betteln bald nichts Ehrenrühriges mehr. Mit einigem Glück kamen wir erst Ende Juni in Hof an, da wir ja meist zu Fuß reisten. ... In Regensburg erhielten wir später eine großzügige Aufenthaltsbewilligung für 2 Monate, um in der Umgebung irgendwo Fuß fassen zu können.<<

Austreibungsaktion in der Stadt Bilin von Mai bis Juni 1945

Erlebnisbericht des Angestellten Wilhelm S. aus der Stadt Bilin im Sudetenland (x005/406-408): >>In den Morgenstunden des 28. Mai wurden plötzlich alle deutschen Bewohner ... durch Beauftragte des Narodni Vybor gezwungen, den Platz vor der Haltestelle aufzusuchen, wo ... nach langem Warten eine Order des Präsidenten Dr. Benesch des Inhalts verlesen wurde, daß sich die Versammelten sofort zu entscheiden haben:

- a) für eine sofort nach dem Mittag beginnende Abwanderung nach Deutschland unter Zusage der Mitnahme aller verfügbaren Barmittel oder
- b) für eine Überführung in ein KZ mit allen damit verbundenen Risiken, z.B. Trennung der Kinder von den Eltern usw.

Natürlich war die Bestürzung ungeheuer. ... Ich entschied mich ... für das KZ.

Wir wurden sofort von Bewaffneten umstellt und in die bisher von Ostarbeitern benutzten, total verschmutzten Unterkunftsräume eskortiert. ... Wir bekamen dort weder Speise noch Trank. ...

Am 15. Juni 45 ... betraten 10-12 bewaffnete Tschechen meine Wohnung, verlangten sofort alle Wertgegenstände, Geld, Einlagebücher, Lebensmittelkarten. (Sie teilten uns mit), daß wir binnen 15 Minuten die Wohnung zu verlassen hätten und mitnehmen dürften, was wir tragen könnten. Indessen war draußen ein ganz neuer Kastenwagen vorgefahren, und es wurde sofort mit dem Ausräumen der Schränke begonnen. ... Mit dem, was wir gerade auf dem Leibe hatten und in der kurzen Zeit in 2 Handkoffern verstauen konnten, traten wir den Marsch in die Motalstraße an, wo sich nacheinander ein Zug von ca. 800 Personen formierte. ... Mit dem Betrag von 43,50 RM ... verließen wir die Heimat. ...

Der Zug setzte sich gegen Mittag in Bewegung. In einer großen Baracke bei Briesen wurden die Namen der Ausgewiesenen in ein Verzeichnis aufgenommen. Dann ging es in der Mittagshitze ohne Aufenthalt über Preschen ... nach Langewiese, wo wir in einem Kleefeld ... die Nacht verbrachten. Die Nacht war schrecklich. Kindergeschrei, hysterisches Weinen, der für die "Belustigungen" der begleitenden Tschechen ausgesuchten jungen Frauen und Mädchen, sorgten dafür, daß man überhaupt nicht zur Ruhe kam.

Um 4 Uhr früh ging es über Fleyh weiter zur Grenze. Dort wurden wir noch einmal von den wenigen ... Sachen "befreit", die wir unter Aufbietung der letzten Kräfte über das steile Erzgebirge heraufgeschleppt hatten. ... Besonders verabscheuungswürdig empfand ich, daß man schwächere und ältere Leute am Fuße des Gebirges mit einer "menschenfreundlichen Geste" aufforderte, ihre Koffer auf Wagen zu verladen, die niemals angekommen sind. ...

In den Nachmittagstunden ... wurden wir ... über die Grenze gejagt.

Wir besaßen weder einen Ausweis, noch erhielten wir eine Bestätigung über den beschlagnahmten Besitz. ... Wir bekamen keine Verpflegung, dagegen wurde sogar den Leuten in Lan-

gewiese und Fleyh, die uns Erschöpften Wasser reichten oder wollten, die Gefäße aus der Hand geschlagen. ...<<

Austreibung von Volksdeutschen in Jugoslawien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Austreibung von Volksdeutschen und die Behandlung der Rückkehrer in Jugoslawien (x006/97E-100E): >> Gegen Kriegsende befand sich der größte Teil des ehemals jugoslawischen Staatsgebietes unter der Herrschaft der Partisanen, nachdem die russischen Truppen im Januar aus der Woiwodina abgezogen waren und die Frontlinie Esseg - Brcko nach dem Beginn der großen Offensive der Partisanenarmeen am 11.4.1945 von den deutschen und kroatischen Truppen aufgegeben werden mußte.

Diese zogen sich daraufhin kämpfend in den slowenischen und steiermärkischen Raum zurück, wo sie bis zum 9.5.1945 kapitulierten. Zu diesem Zeitpunkt waren die ehemaligen Hauptsiedlungsgebiete der Jugoslawiendeutschen, in denen sich die überwiegende Mehrheit der Zurückgebliebenen auch jetzt noch aufhielt, bereits länger als ein halbes Jahr besetzt, so daß die Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung erhebliche Zeit vor Kriegsschluß einsetzten.

Während die Deutschen aus den polnisch besetzten Ostgebieten, der CSR und Ungarn in der unmittelbaren Nachkriegszeit vertrieben wurden, kam es zur Vertreibung von Jugoslawiendeutschen nur in Slowenien, teilweise auch in Slawonien, wogegen in der Batschka, Baranja und im Banat, sowie in Syrmien das System der Internierungslager vorherrschend wurde.

Die Verhältnisse in Jugoslawien unterschieden sich insofern von denen in allen ost- und süd-osteuropäischen Staaten mit deutschen Minderheiten, als die Deutschenpolitik des jugoslawischen Partisanenregimes bereits seit Oktober/November 1944 gewissen Grundzügen und Richtlinien folgte, die in manchen Gebieten z.T. bis 1948 eingehalten wurden.

Diese Grundsätze lagen längst fest, ehe auf der Konferenz von Potsdam Polen, der CSR und Ungarn die Ausweisung ihrer deutschen Bevölkerung zugestanden wurde. Jugoslawische Bemühungen, auf dieser Konferenz eine Vollmacht zur Vertreibung auch der Deutschen ihres Landes zu erwirken, lassen sich bisher nicht nachweisen. Möglicherweise sind solche Anstrengungen seitens des neuen jugoslawischen Regimes überhaupt nicht unternommen worden.

Die Gründe für eine solche Unterlassung können in dem Selbstgefühl der Partisanenführung gelegen haben, das sich durch den erfolgreich überstandenen Guerillakrieg und die militärische Selbständigkeit bei den Operationen der letzten Kriegswochen gehoben hatte und die Entscheidung über innere Fragen des Landes nicht in die Hand anderer Mächte geben wollte; so konnte auch die im Oktober 1944 beschlossene zahlenmäßige Aufteilung des Einflusses zwischen der Sowjetunion und Großbritannien nach der Formel 50:50 die Macht der Partisanenherrschaft nicht beschränken.

Die Grundlagen der Deutschenpolitik der Partisanen scheinen bereits seit den Beschlüssen des "Antifaschistischen Rates" (AVNOJ) vom 21.11.1944 festgelegt gewesen zu sein. Ihr Ziel war die Aberkennung der Bürgerrechte und die gewaltsame Enteignung der Deutschen, ihre Degradierung zu besitzlosen und unerwünschten Bürgern. Ob die Entziehung der Bürgerrechte die Vorstufe späterer Vertreibung sein sollte, oder ob den Jugoslawiendeutschen ein anderes Schicksal zgedacht war, läßt sich aus den bisher zugänglichen Quellen nicht schlüssig entscheiden.

In einem Aide-memoire vom 19. Januar 1946 über den "Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Jugoslawien nach Deutschland", das am 16. Mai erneut eingereicht wurde, hat allerdings die jugoslawische Regierung unter fälschlicher Berufung auf die Potsdamer Vereinbarungen die amerikanische Botschaft in Belgrad aufgefordert, ihre "guten Dienste" zur

Verfügung zu stellen, damit "eine Entscheidung" bezüglich dieser Deutschen durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin beschleunigt herbeigeführt werden könne. Das Aide-memoire forderte den "Transfer der gesamten deutschen Minderheit" nach Deutschland, blieb indessen ohne jede Wirkung, da die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten.

Auffällig ist übrigens, daß sich die Vertreibungs- und Internierungspolitik der Partisanen wie auch später der jugoslawischen Behörden ausschließlich gegen die Deutschen richtete.

Obwohl der Nationalitätenegensatz zwischen Serben und Ungarn nach dem ersten Weltkrieg und erst recht nach der Besetzung der Batschka und Baranja durch ungarische Truppen mit den sich daran anschließenden Serbenverfolgungen fraglos schärfere Formen angenommen hatte, als sie je für das Verhältnis der Volksdeutschen zur andersnationalen Bevölkerung kennzeichnend waren, blieben die Ungarn im wesentlichen seit 1944 in Jugoslawien unbehelligt, ganz im Gegensatz zur CSR, wo außer den Deutschen auch ein beträchtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung aus dem Lande getrieben wurde. -

Von einer unverhüllten Austreibung von Jugoslawiendeutschen kann man sicherlich in Slowenien und in Teilen von Slawonien sprechen. Hier sollte aus der Bewegung der letzten militärischen Operationen heraus das nordwestliche Grenzgebiet von den Deutschen, für die eine geordnete Evakuierung nicht mehr hatte organisiert werden können, völlig gesäubert werden. Die jugoslawischen Partisanenverbände unterstützten demgemäß nachdrücklich die Fluchtbewegung der bereits aufgebrochenen Bevölkerung, vornehmlich der dorthin umgesiedelten Gottscheer, Bosnien- und Bessarabiendeutschen.

Bahntransporte wurden sogleich an die frühere österreichische Grenze weitergeleitet, Flüchtlingstrucks in improvisierte Lager - z.B. bei Cilli und Tüchern - gelenkt und von dort über Marburg abgeschoben. Ein Teil der arbeitsfähigen Männer dieser Umsiedler wurde in Lagern zurückbehalten, während ihre Angehörigen ebenfalls über die Grenze getrieben wurden. Gleichzeitig wurden die einheimischen Deutschen in den Gefängnissen der Bezirksorte und in Lagern konzentriert: so auf Schloß Herberstein, in Sterntal, Cilli und Tüchern, von wo sie zwischen dem August 1945 und dem Frühjahr 1946 nach Österreich abgeschoben wurden, sofern sie die unablässige Quälerei während der Lagerzeit überstanden hatten.

Angehörige der älteren Generation konnten den Lagern z.T. dadurch schneller entkommen, daß sie sich auf ihre frühere österreichische Staatsangehörigkeit beriefen. Viele Sloweniendeutsche wurden sogleich vor Gericht gestellt, und die Prozesse endeten damit, daß sie entweder ihre Strafzeit im Gefängnis oder Internierungslager verbringen mußten oder auch außer Landes verwiesen wurden.

Noch vor dem Sommer 1946 wurde mit diesen Methoden die überwiegende Mehrheit der Sloweniendeutschen vertrieben, während restliche Gruppen weiter in den Arbeitslagern festgehalten wurden und Slowenisierte, bzw. Angehörige von Mischehen in das Berufsleben zurückkehren konnten.

Die wenigen nicht geflohenen Slawoniendeutschen wurden zwischen April und Juni 1945 im Lager Josipovać, das bereits als Ustascha-KZ gedient hatte, interniert und von dort zumeist in das Lager Valpovo, geschafft, in der Mehrheit handelte es sich um deutsche Stadtbewohner. Auch aus Valpovo versuchte die Partisanenverwaltung, Volksdeutsche nach Österreich abzuschicken.

Am 10.7.1945 verließ ein erster Transport das Lager und dürfte auch nach Österreich gelangt sein. Ein zweiter Transport dagegen, der am 20.7.1945 in Marsch gesetzt wurde, ist über Laibach zurückgeleitet worden und endete in Pisanica in einem schnell eingerichteten Lager, in dem bald ca. 5.000 Deutsche, unter ihnen auch Rückkehrer, festgehalten wurden.

Kurze Zeit wurde ein Teil der arbeitsfähigen Lagerinsassen in der Umgebung von Pisanica eingesetzt, bis das Lager aufgelöst und seine Insassen je zur Hälfte auf die Lager Valpovo und

Krndija aufgeteilt wurden. Hier war die Ernährung völlig unzulänglich, Krankheiten, u.a. eine große Fleckfieberepidemie, brachen aus und rafften in beiden Lagern die Hälfte der Häftlinge hinweg. ...<<

Abschub von Jugoslawien-Deutschen nach Österreich Ende Mai 1945

Erlebnisbericht des Tischlermeisters Franz M. aus Büchel in der Gottschee, Jugoslawien (x006/169-171): >> Endlich, am 29. Mai 1945, gegen Abend, wurden wir ... Männer, Frauen und Kinder ... zum Bahnhof Tüffer getrieben, um einwaggoniert zu werden. ... Die Wasserflaschen sind uns weggenommen und an die Mauer geworfen worden. Wir haben einige Wagen bekommen und mußten wie Streichhölzer zusammengepreßt stehen. Niedersitzen war unmöglich. ... So ist dann endlich spät abends der Zug in Richtung österreichische Grenze abgefahren.

Zeitig morgens, am 30. Mai, sind wir in Marburg/Drau aus dem Zug herausgeholt worden, und die ganze Karawane ist für zirka 3 Stunden in der Stadt Marburg herumgetrieben worden. ... Wir wurden während der schrecklichen Herumtreiberei von der dortigen Bevölkerung beschimpft und angespuckt. ... Viele Frauen hatten ein kleines Kind im Arm getragen, und ein Kind oder zwei Kinder haben sich an die Mutter ... geklammert und haben geweint und geschrien vor Hunger und Angst. ... So ist es denn weitergegangen.

Als die Partisanen ratlos waren, was sie mit uns machen sollten, haben sie uns ... weitergetrieben, ... Richtung österreichische Grenze. Unterwegs ist dann der Flüchtlingsstrom immer größer geworden, da von allen Seiten noch viele hundert Flüchtlinge dazugekommen sind. ... Viele sind im Straßengraben zusammengebrochen, da sie die Strapazen einfach nicht mehr mitmachen konnten, hatten wir doch schon den dritten Tag überhaupt nichts mehr zu essen; aber die Partisanen haben uns mit ihren Maschinenpistolen immer weitergetrieben, bis wir dann endlich am 30. Mai 1945 gegen Abend die österreichische Grenze bei Spielfeld erreicht haben.

Am Bahnhof Spielfeld hat es dann geheißt, alle alten Leute und kleinen Kinder werden mit der Bahn weiterbefördert. Die übrigen sind dann unter schwerer Bewachung von Partisanen weitergetrieben worden. Als wir ... den Schlagbaum und die Grenze überschritten haben, hat alles erleichtert aufgeatmet, in der Hoffnung, daß es nun besser wird. –

Die Partisanen haben uns dann noch ein Stück weitergetrieben und uns spät abends am Ufer des Flusses Mur lagern lassen, natürlich unter freiem Himmel. Zum Glück war es nicht kalt, denn wir hatten doch keine Decken und überhaupt nichts.

Am nächsten Morgen, dem 31. Mai, sind wir dann wieder weitergetrieben worden bis Leibnitz. Dort haben wir dann auch noch mehrere Bekannte getroffen. In Leibnitz hat das Rote Kreuz etwas ... Essen verteilt, aber es war durch den Wirrwarr nicht viel zu bekommen. Die Kinder und ganz alten Leute haben dann doch etwas Suppe oder einen Tee bekommen. So haben wir mehrere Stunden in Leibnitz ... beraten, was man unternehmen sollte. Endlich gegen Abend ist dann ein russischer Militärzug gekommen, der in Richtung Graz gefahren ist, und viele haben sich in diesen Zug hineingepreßt, um etwas weiter von der Grenze wegzukommen.

Ungefähr um Mitternacht sind wir am total zerstörten Hauptbahnhof in Graz angekommen. Alles mußte auf schnellstem Wege den Zug verlassen. Wir haben uns, total erschöpft, zwischen den Bahngleisen niedergelassen und sind auch gleich eingeschlafen. Nach einiger Zeit, es war noch stockfinster, hat es schwer geregnet. Wir sind dann zum Ostbahnhof marschiert. ... Diesmal wurden wir nicht mehr von Partisanen begleitet, sondern von österreichischen Feldgendarmen, die uns gut behandelten. Dort sind wir dann in Viehwaggons gekommen und hatten wenigstens ein Dach über dem Kopf. ... Am 1. Juni 1945 wurden wir gegen Abend ... einige Stationen weitergefahren und dann auswaggoniert; niemand wußte, wo wir uns befanden.

den. Wir sind dann wieder weitergetrieben worden in der Nacht, und ungefähr um Mitternacht haben wir dann in einem alten Schloß Unterkunft gefunden.

In der Früh brachten uns die Bauern einen Kessel gekochte Kartoffeln, so daß jeder einige Kartoffeln bekam. Die Kinder erhielten etwas Brot und Milch. Die Leute in dieser Gegend waren sehr gut und hilfsbereit. Wir sind dann den ganzen Tag gewandert, bis wir am Abend ... in ein altes Barackenlager nach Kaiserwald kamen. Hier haben wir uns gleich ohne Decke oder Stroh auf den Boden gelegt und sind bald total erschöpft und ausgehungert eingeschlafen. Am nächsten Tag arbeiteten wir bei den Bauern, um etwas Essen zu bekommen.

Am 12.06. gingen viele von uns nach Graz zum Arbeitsamt. Im Hof des Arbeitsamtes sah es wie auf einem Viehmarkt aus. Von allen Seiten kamen die Bauern, um sich Arbeiter auszusuchen. Natürlich wurden junge kräftige Arbeiter bevorzugt. Familien mit mehreren arbeitsunfähigen Kindern wollte niemand haben, da die Kinder auch Essen benötigten.

Es war eine sehr traurige Lage, da auch die Bauern von den Besatzungstruppen ziemlich ausgeplündert wurden. Ich bemühte mich, Arbeit als Tischler zu bekommen, aber alle Bemühungen waren umsonst. Die Meister hatten wohl genug Arbeit, aber es fehlte an Material und an Wohnraum. So waren wir gezwungen zum Bauern zu gehen und dort zu arbeiten, damit wir nicht verhungerten. Bei manchen Bauern mußten wir hungern, da sie kein Herz für uns Flüchtlinge hatten.

Solange ich lebe, werde ich diese bittere Zeit niemals vergessen können.<<<

Die Vertreibung der Deutschen

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden z.B. schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden deshalb mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete im Jahre 1951. Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz

eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende. Diese Vertreibungskatastrophen wurden kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt. Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich. Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete = 1945 rd. 650.000, 1946 rd. 2.000.000, 1947 rd. 500.000, 1948 rd. 150.000, 1949 rd. 150.000 und 1950-1951 rd. 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).

Böhmen und Mähren = 1946-1950 rd. 2.909.000 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).

Ungarn = 1946-1948 rd. 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).

Dokumentation
der Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa I

Die Vertreibung der
deutschen Bevölkerung
aus den Gebieten
östlich der Oder-Neiße
Band 3



dtv reprint

Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ...

Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens, aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-153E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu

das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingeezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederrichtung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereifinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeut-

schen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte.

Für eine Radikallösung schienen auch geschichtliche Vorbilder namhaft gemacht werden zu können. So berief sich der Präsident der USA ausdrücklich auf das Beispiel der Aussiedlung der Griechen aus der Türkei im Jahre 1923, die außenpolitisch in der Tat zur Befriedung geführt hatte, für die betroffene Bevölkerung aber mit schwersten Leiden verbunden war.

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreußen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen.

Viel konsequenter wurde aber die Rücksiedlung deutscher Volksgruppen, z.B. aus dem Baltikum, Bessarabien, der Bukowina, betrieben. Sie beruhte zwar auf vertraglichen Abmachungen und wurde teilweise als Bevölkerungsaustausch deklariert, das Beispiel der Entwurzelung und Nomadisierung, der Verdrängung einheimischer Bevölkerung, um für eine andere Platz zu schaffen, hatte sie jedoch gegeben, selbst wenn man ihr zugute halten muß, daß die umgesiedelten deutschen Volksgruppen vor dem Schicksal der Bolschewisierung bewahrt werden sollten.

Sowohl die hitlerische Ansiedlungspolitik in einem durch den militärischen Sieg über Polen nach Osten gewaltsam erweiterten Staatsgebiet, wie in unvergleichlich größerem Umfang die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung aus den unter russische und polnische Herrschaft gefallen deutschen Gebieten kann man als die letzte Radikalisierung und zugleich als das Ende der Nationalstaatsidee bezeichnen, als den Moment in der Logik des nationalstaatlichen Denkens, wo sich dieses selbst ad absurdum führte.

Man war jetzt schließlich von der Assimilation einer Bevölkerung innerhalb eines staatlichen Raumes zur "Reinigung" eines Raumes fortgeschritten, dessen Grenzen nach rein machtpolitischen Erwägungen gezogen wurden. Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volksgrenzen wiederherstellen wollte.

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen

wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnissen, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südtel Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmitz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wur-

den, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der

Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an.

Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. Alle unter polnischer Verwaltung stehenden ostdeutschen Provinzen und Orte, auch Niederschlesien und verschiedene Gegenden Pommerns und Ostpreußens, die bisher noch ziemlich verschont geblieben waren, wurden nunmehr von systematischen Austreibungsaktionen erfaßt.

Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.

Erst mit dem Sommer 1946 trat insofern eine Besserung ein, als sich die inzwischen festgelegten Richtlinien über die Durchführung der Ausweisung auszuwirken begannen. Bereits am 17. November 1945 hatte der alliierte Kontrollrat einen "Plan zur Überführung der deutschen Bevölkerung ..." aufgestellt, in dem unter anderem vorgesehen war, daß die auf 3,5 Millionen geschätzte deutsche Bevölkerung aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in die sowjetische (2 Millionen) und die britische Besatzungszone (1,5 Millionen) übergeführt werden und daß diese Überführung im Dezember 1945 beginnen und im Juli 1946 beendet sein sollte. –

Später, am 14. Februar 1946, wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Abkommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse. Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse. Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".

Die sehr harten Bestimmungen über die Gepäckbeschränkung sind von polnischer Seite während der folgenden Ausweisungen des Jahres 1946 im allgemeinen beachtet worden, und auch eine gewisse militärische Sicherung der Ausweisungen wurde eingerichtet, aber der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.

Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in den seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten.

Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter Wochen dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.

Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht es fest, daß ihre Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, sondern daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine sonderlichen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.

Daß sich die Übergriffe und vor allem die Plünderungen während des Jahres 1946 überhaupt milderten, war in hohem Maße den Vertretern britischer Besatzungsmacht zu verdanken, die wiederholt gegen die Art und Weise protestierten, in der die polnischen Behörden die Ausweisung handhabten. –

Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweisungsabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.

Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjet-Zone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. Die Überführung von Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße nach der britischen Zone hielt vom Frühjahr bis zum Ende 1946 ohne wesentliche Unterbrechungen an und ist unter dem Kennwort "Operation Schwalbe" bekanntgeworden. Insgesamt 1.375.000 Deutsche aus den Oder-Neiße-Gebieten wurden im Zuge dieser Operation in geschlossenen Transporten nach Westdeutschland gebracht. –

Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berühmten Lager Stettin-Scheune vor allem die Lager Kreckow und Frauendorf.

Die dort versammelten Ausgewiesenen aus Pommern und Ostbrandenburg und die mit Zügen aus Richtung Danzig oder aus Ost- und Westpreußen ankommenden Vertriebenen wurden in Stettin zu einzelnen Transporten zusammengestellt und nach Westen in Marsch gesetzt. Außer auf dem Schienenwege nach Westen erfolgte der Weitertransport von Stettin teilweise auch über See nach Lübeck. –

Im Südbereich der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.

Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und den polnischen Behörden festgelegten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umlegungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen transportiert.

Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszonen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Aus-

wirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten.

Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. Hatte schon im Jahre 1945 die Zahl der zwangsweise vertriebenen Ostdeutschen und derer, die infolge der unerträglichen Gewaltherrschaft von Polen und Russen nach Mittel- und Westdeutschland geflohen waren, schätzungsweise 600.000 bis 700.000 Menschen betragen, so verstärkte sich der Strom der Vertriebenen 1946 noch um ein Vielfaches. Rund 2 Millionen Deutsche kamen im Verlaufe dieses Jahres über die Oder-Neiße-Linie nach Westen. Die polnischen Bestrebungen zur Verdrängung der ostdeutschen Bevölkerung hatten damit bereits eine weitgehende Erfüllung gefunden.

Neben den Ausweisungen hatten auch die radikalen Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan. Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, daß den polnischen Ausweisungskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. –

Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. Die Dörfer und Städte Schlesiens, Süd-Ostpreußens, Ostpommerns und Ostbrandenburgs waren zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend von der deutschen Bevölkerung geräumt und hatten infolge der Ansiedlung von Polen ein völlig verändertes Gesicht erhalten.

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahres, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südtteil Ostpreußens nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand zum Teil aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre

Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch aus Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sogenannte Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben. Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden. Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwanderung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war.

Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad", von denen an anderer Stelle bereits gesprochen wurde, führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum noch mehr als hunderttausend Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung. Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung der Deutschen aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memeldeutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurückgekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzungen des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von denen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren jedoch nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt, und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorzugt waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besetzung genährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der neuen polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.

Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –

Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern Gehaltenen, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden mußten.

Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.

Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißen von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. ...<<

Vertreibung der Volksdeutschen aus der Tschechoslowakei

Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibungspläne der Tschechen (x004/38-51): >>Vorbereitung der Austreibung durch die tschechoslowakischen Exilpolitiker

Als im Frühjahr 1945 der größere Teil der Slowakei von der Roten Armee besetzt war, konstituierte sich in Kaschau eine provisorische tschechoslowakische "Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken", ein Koalitionskabinett aus nach Moskau orientierten Kommunisten und Vertretern prowestlich-bürgerlicher Parteien unter dem Vorsitz des bisherigen Botschafters in der Sowjetunion, Zdenek Fierlinger. Formell war es durch den von London über Moskau aus dem Exil zurückgekehrten Präsidenten Benes ernannt worden.

Diese Regierung beschloß auf ihrer ersten Sitzung am 5. April 1945 ein umfangreiches Pro-

gramm für den Neuaufbau der Republik, das sich unter Punkt VIII-XI auch mit der Behandlung der Bürger deutscher und madjarischer Nationalität in der wiederhergestellten CSR befaßte. Hier wurden drei Personengruppen unterschieden:

1. Diejenigen Deutschen und Madjaren, die als "Antinazisten und Antifaschisten" bereits vor dem Münchener Abkommen einen aktiven Kampf für die Erhaltung der Republik geführt haben oder nach der Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich und der Schaffung des Protektorats wegen ihres Widerstandes gegen das NS-Regime verfolgt wurden oder sich als Flüchtlinge im Exil am Kampf für die Wiedererrichtung der Tschechoslowakei beteiligt haben. Diesen allen sollte die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bestätigt und die eventuelle Rückkehr in die Republik zugesichert werden.

2. Die "übrigen" tschechoslowakischen Bürger deutscher und madjarischer Nationalität; ihre Staatsbürgerschaft sollte aufgehoben werden, ihnen aber eine erneute Option für die Tschechoslowakei gestattet sein, über die von den Behörden der Republik in jedem individuellen Fall entschieden würde.

3. Diejenigen Deutschen und Madjaren, die wegen eines Verbrechens gegen die Republik mit einer Verurteilung zu rechnen haben; sie sollten aus der Republik für immer ausgewiesen werden, soweit über sie nicht die Todesstrafe verhängt würde.

Dieses Programm konnte es so erscheinen lassen, als ob sich die Pläne einer Ausweisung nur gegen eine begrenzte Gruppe von Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten richten würden. Aber schon Äußerungen der tschechischen Exilregierung aus der Kriegszeit zeigen, daß man damit nur die Pläne einer Massenausiedlung zu verschleiern suchte, ohne daß man sich auf eine genaue Zahl festlegen wollte.

Benes und die von ihm gelenkte tschechoslowakische Exilregierung in London hatten diese Pläne mit Zähigkeit vorbereitet. Sie gehörten zusammen mit der Annullierung des Münchener Abkommens, die die Wiederherstellung der Tschechoslowakei in ihren Vor-Kriegs-Grenzen einleitete und gerade damit aber das sudetendeutsche Problem erneut aufwarf, zu den mit größtem Nachdruck verfolgten Zielen.

Es mögen darüber mancherlei verschiedenartige Überlegungen angestellt worden sein, sicher ist - soviel läßt sich den spärlichen heute zugänglichen Quellen entnehmen -, daß der extreme Gedanke eines vollständigen "Transfers", also einer Aussiedlung aller Sudetendeutschen und wohl auch der madjarischen und polnischen Minderheiten schon relativ früh aufgetaucht ist.

Nach einer Angabe von Hubert Ripka, einem Parteifreund von Benes, der später in der Exilregierung und in den ersten Nachkriegskabinetten hervortreten sollte, ist er bereits im Dezember 1938 zwischen ihm und dem zurückgetretenen Präsidenten diskutiert worden. Ripka war es auch, der als einer der ersten Politiker im Sommer 1941 "eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen" nach dem Kriege in einem im "Czechoslovak", dem Zentralorgan der tschechoslowakischen Exilregierung, und der Zeitschrift "Central European Observer" erschienenen Artikel propagierte.

Benes selbst bekannte sich hierzu in der Öffentlichkeit wohl zuerst im Herbst und Winter 1941/42 in zwei Aufsätzen in den Zeitschriften "The Nineteenth Century and After" und "Foreign Affairs". Hier entwickelte er Hitlers Politik aus dem Alldeutschtum Schönerers und stellte gegen die "neue Ordnung" Europas der Nationalsozialisten das Bild einer europäischen Nachkriegspolitik, für die der "transfer of population" als ein systematischerer und radikalerer Lösungsversuch der Minderheitenpolitik gefordert wurde.

Wurde somit die Austreibung von Anfang an als Antwort auf das nationalsozialistische System begründet, so rechtfertigte sie Benes, kommunistische Argumente aufgreifend, gleichzeitig als ein Mittel, die nationale mit der sozialen Revolution zu verknüpfen.

Die zunehmende Verschärfung des Terror-Regimes der Gestapo und der SS im "Protektorat" erleichterte es Benes, die öffentliche Meinung in England und in der ganzen westlichen Welt

auch gegen die Sudetendeutschen zu beeinflussen und propagandistisch den Boden für die Idee der Austreibung zu bereiten.

Hier haben nacheinander mehrere Ereignisse die Lage zugespitzt: so die Ernennung Heydrichs zum "Stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren" im September 1941 und die von ihm ergriffenen Maßnahmen und Massenexekutionen, u.a. das Verfahren gegen den Ministerpräsidenten der Protektoratsregierung Alois Eliás, das mit dessen Hinrichtung endete, vor allem aber die Massaker gegen die Bewohner des Dorfes Lidice im Bezirk Kladno, denen Begünstigung der Heydrich-Attentäter vorgeworfen wurde, am 10. Juni 1942.

Lidice wurde zum Symbol der Unterdrückung und ein weltbekanntes Ereignis, das der von Benes verfolgten Politik erheblichen Auftrieb gab. Die (vorsichtig formulierte) Annullierung des Münchener Abkommens durch die britische Regierung am 5. August 1942 ist offensichtlich dadurch erleichtert worden. Gleichzeitig wurde jetzt mehr und mehr der Boden bereitet für die Idee der Austreibung der Sudetendeutschen; sie hatte in den tschechisch-britischen Verhandlungen vom Frühjahr 1942 über das Münchener Abkommen bereits eine Rolle gespielt.

Es bleibt allerdings umstritten, ob und in welchem Umfange Benes zu diesem Zeitpunkt schon effektive Unterstützung für seine Pläne durch die Alliierten und nicht nur eine grundsätzliche Anerkennung des Transfer-Gedankens erhalten hat. Wir sind darüber vorläufig im wesentlichen auf seine eigenen Mitteilungen angewiesen. Danach glaubte er, wohl nicht ganz zutreffend, schon im Sommer 1942 der Zustimmung der britischen Regierung sicher zu sein und suchte nun auch bei der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten diplomatische Rückendeckung für seine Pläne.

Im März 1943 stellte er über den sowjetischen Botschafter Bogomolow eine entsprechende Anfrage an die Moskauer Regierung, erhielt aber zunächst eine ausweichende Antwort. Die sowjetische Regierung erklärte, daß sie noch keine definitiven Pläne über ihre künftige Deutschlandpolitik ausgearbeitet habe und diese von weiteren Absprachen mit der englischen und amerikanischen Regierung abhängen würden.

Erst Anfang Juni 1943, als sich Benes während seines Staatsbesuchs in Washington um ein gutes sowjetisch-amerikanisches Verhältnis bemühte und das Vertrauen Amerikas in die sowjetische Politik zu stärken versuchte, traf eine zustimmende Äußerung Moskaus ein. Jetzt erst soll auch Roosevelt die Einwilligung in eine Aussiedlung der Sudetendeutschen gegeben haben.

Benes hatte also wohl bereits im Sommer 1943 eine gewisse diplomatische Basis für die Realisierung seiner Nachkriegspläne geschaffen, war mindestens bemüht, diesen Eindruck vor der Öffentlichkeit zu erwecken.

Er hielt jedoch an der Taktik fest, es weiterhin in der Schwebelage zu lassen, welches Ausmaß die Vertreibung der Deutschen aus der wiederhergestellten CSR haben sollte, ob es sich tatsächlich nur um eine Maßnahme der Reinigung von aktiven nationalsozialistischen und großdeutsch gesinnten Elementen oder, wie er es bereits in seinem Artikel in "The Nineteenth Century and After" gefordert hatte, um die Anwendung eines generellen Prinzips zur radikalen Lösung des Minderheitenproblems handeln sollte.

Am 13. November 1942 erklärte er vor dem tschechoslowakischen Staatsrat, daß ein größerer oder kleinerer Teil der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei verbleiben sollte, und noch im Oktober 1944 äußerte sich Ripka vor der Konferenz der "Vertretung der demokratischen Deutschen aus der CSR", es würden wohl etwa 800.000 bis 1.000.000 Deutsche die neue Tschechoslowakei nicht verlassen müssen.

Seit dem Sommer 1942 führte Wenzel Jaksch für die emigrierten sudetendeutschen Sozialdemokraten einen verzweifelten Kampf gegen die Verbreitung der Idee des Bevölkerungstransfers, die er in einem Brief an Benes als "ein gefährliches Stichwort für die Entfesselung eines

Bürgerkrieges längs der Sprachgrenzen Böhmens und Mährens", als "undiskriminierte Vergeltung" und "Zerstörung jeder Basis demokratischer Zusammenarbeit für eine Generation" bezeichnete. Die Antwort von Benes ließ bereits erkennen, in welchem Maße es ihm gelungen war, das Vertreibungsproblem auf die internationale Ebene zu verschieben und durch diplomatische Absprachen mit anderen Mächten radikale Lösungen vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang spielte für die Berechnungen und Überlegungen von Benes das Verhältnis zur Sowjetunion eine entscheidende Rolle, sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch hinsichtlich der Behandlung der tschechischen Kommunisten, die in Moskau eine starke Vertretung besaßen.

Benes nahm seit dem Jahre 1943 als sicher an, daß die Rote Armee die Tschechoslowakei besetzen würde. Um einer Entwicklung vorzubeugen, wie sie sich bereits damals für die polnische Exilregierung in London abzeichnete, die schließlich durch Moskau ihren Einfluß auf die Neugestaltung des befreiten Polen verlor, versuchte er für die CSR einen modus vivendi (eine Übereinkunft) mit den Sowjets zu finden.

Ende 1943 ging er - nicht zur Freude seiner englischen Freunde - nach Moskau und erreichte die Unterzeichnung eines tschechoslowakisch-sowjetrussischen "Vertrags der Freundschaft, der gegenseitigen Hilfeleistung und der Zusammenarbeit nach dem Kriege". In den in Moskau geführten Verhandlungen war noch einmal die Ausweisung der Sudetendeutschen an Hand einer von Benes vorgelegten Denkschrift erörtert und das sowjetische Einverständnis damit bekräftigt worden.

Daß der Aussiedlungsplan überhaupt erst hier zum erstenmal, und zwar von den tschechischen kommunistischen Emigranten aufgeworfen wurde, wie später im Jahre 1946 das Parteiorgan der tschechischen Kommunisten "Rudé Právo" behauptet hat, trifft aber keineswegs zu. Man kann höchstens sagen, daß die Annäherung der tschechischen Exilregierung an die Sowjetunion die Aussichten für eine radikale Lösung der sudetendeutschen Frage erheblich gesteigert hatte.

Indessen blieb die präzise Festsetzung der von der Austreibung betroffenen Personenkreise nach wie vor offen, und die tschechoslowakische Exilregierung war zweifellos zunächst selbst nicht daran interessiert, diesen Schwebezustand, der noch alle Möglichkeiten offenließ, zu beseitigen. Ihre Vertreter versuchten noch mehrfach in den Jahren 1943/44 mit aller Vorsicht, die öffentliche Meinung der westlichen Alliierten für den Gedanken eines Transfers zu gewinnen und die Austreibungsforderungen publizistisch zu begründen; sie haben dabei den Zusammenhang zwischen einer "Bestrafung" der Sudetendeutschen und der "endgültigen Lösung des Minderheitenproblems" festgehalten.

Ripka begründete in seiner Schrift "The repudiation of Munich" die Austreibung mit dem Hinweis, daß die Sudetendeutschen an dem Verlust der staatlichen Freiheit der Tschechoslowakischen Republik mitschuldig geworden seien und sich als willfährige Helfer des pangermanistischen Imperialismus und der Zerstörung des tschechoslowakischen Staates gezeigt hätten. Daher könne es für alle Anhänger Henleins keinen Platz in der neuen Republik geben. Das Selbstbestimmungsrecht der tschechoslowakischen Nation, die grundlegende Voraussetzung, unter der sie frei leben könne, schließe ein uneingeschränktes Recht auf Selbstbestimmung der Sudetendeutschen aus.

Die Freiheit des tschechoslowakischen Staates hänge aus politischen und wirtschaftlichen Gründen von den natürlichen Grenzen gegenüber dem Deutschen Reich ab, wie die Erfahrung nach München bewiesen habe. Wenn auch die Zeit für eine offizielle und definitive Regelung dieser Fragen noch nicht reif sei, so würden sie doch von Benes und seinen Mitarbeitern durchdacht, um zur rechten Zeit konkrete und praktische Pläne bereit zu haben.

Auch Benes erklärte im Oktober 1944 in einem Aufsatz der amerikanischen Zeitschrift "Foreign Affairs", in dem er die Problematik der sudetendeutschen Frage radikal vereinfachte,

daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um seine Expansion voranzutreiben.

Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.

Es ist kaum zu überhören, daß hier die Unterscheidung zwischen zwei Kategorien der Sudetendeutschen nur noch untergeordnete Bedeutung hat und die amerikanische Öffentlichkeit auf eine generelle Lösung vorbereitet werden sollte. In diesem Zwielficht einer die letzten Ziele, die radikale Austreibung der Sudetendeutschen, verhüllenden Taktik, blieb die Austreibungsfrage für die Öffentlichkeit bis zum Kriegsende, indem Benes offiziell von der Ausweisung eines Teiles der Sudetendeutschen sprach und diese mit einer gerechten und notwendigen Bestrafung begründete.

Dabei paßte er seine Forderungen in der sudetendeutschen Frage geschickt an die Stimmung in der öffentlichen Meinung der alliierten Länder an und versuchte den Eindruck zu erwecken, als ließe sich eine inhumane Aktion, wie die Vertreibung von Millionen Menschen, auf humane Weise durchführen.

Vielleicht läßt sich ein Plan dahin verstehen, den er zu dieser Zeit entwickelte. Nach Absprachen mit Mitgliedern der Exilregierung und des Nationalrats arbeitete Benes ein Zehn-Punkte-Programm aus, in dem er zum ersten Mal seine Absichten konkret darlegte und die Modalitäten der Ausweisung fixierte. Dieser Plan enthielt folgende Richtlinien:

Von dem Grundsatz der deutschen Gesetzgebung ausgehend, daß alle Deutschen in der CSR Reichsbürger sind, behält sich die tschechoslowakische Regierung vor, zu bestimmen, welche Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhalten können oder sie behalten. Alle anderen Deutschen müssen, was als Grundsatz zu gelten hat, nach Ablauf des allgemeinen staatlichen Fünfjahresplanes, in dessen Rahmen auch die Ausweisung der Deutschen nach einem politischen, wirtschaftlichen, technischen und finanziellen System geregelt wird, das Land verlassen haben.

Das Gros ist innerhalb der ersten zwei Jahre, gewisse Kategorien in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch Deutschlands auszuweisen: vor allem Angehörige der SS, der Polizei und der Gestapo; alle nach dem Münchener Abkommen ernannten Beamten; die Funktionäre der SdP, der NSDAP und ihrer Organisationen; Angehörige von uniformierten Formationen, die während des Krieges im Dienste Deutschlands standen; Angehörige der Intelligenzschicht und Exponenten der NS-Fachorganisationen; alle Deutschen, die Nutznießer der Besetzung der Tschechoslowakei waren.

Die Ausgewiesenen dürfen eine bestimmte Menge ihrer Habe mitnehmen; das von ihnen zurückgelassene Vermögen wird auf das Konto der tschechoslowakischen Reparationsforderungen gutgeschrieben, woraus sich ergäbe, daß die Schadensersatzleistung vom Deutschen Reich zu regeln sein wird.

Bei Personen, die sich an staatsfeindlicher Tätigkeit nicht beteiligt haben und auswandern, sollen von der CSR zuerkannte Entschädigungen für zurückgelassenes Vermögen über das Reparationskonto kompensiert werden.

Da die neue Tschechoslowakei ein Nationalstaat sein wird, werden die Angehörigen von Minderheiten wohl alle individuellen demokratischen Bürgerrechte, aber keine gesetzliche Anerkennung als nationales und politisches Kollektiv erhalten. Staatssprache und Unterrichtssprache (eine Ausnahme können deutsche Volksschulen bilden) werden nur tschechoslowakisch (und ukrainisch) sein.

Innerhalb einer bestimmten Anzahl von Jahren soll der Grundsatz verwirklicht werden, daß in jeder Gemeinde der tschechoslowakischen Republik mindestens 67 % der Bewohner slawischer Volkszugehörigkeit sind. - Analog dem deutschen Problem soll auch das madjarische

behandelt werden.

Offenbar diente dieser Plan als Grundlage für das Memorandum, das die tschechoslowakische Exilregierung der European Advisory Commission, die die Kapitulationsbedingungen für Deutschland auszuarbeiten hatte, übergab.

Nach den Mitteilungen des tschechischen Diplomaten Karel Lisický über den Inhalt dieses Memorandums enthielt es im wesentlichen die gleichen Gesichtspunkte wie das obige Zehn-Punkte-Programm von Benes.

Hierin wurde nach Lisický mit folgenden Zahlen argumentiert:

Von den 3,2 Millionen Deutschen, die bei der Volkszählung von 1930 ermittelt wurden, seien 250.000 als Kriegsverluste abzuschreiben, etwa 500.000 Exponenten der Henlein-Bewegung würden aus dem Lande fliehen.

Von den restlichen nicht ganz 2,5 Millionen Sudetendeutschen sollten über 1,6 Millionen im organisierten Transfer ausgesiedelt werden. 800 000 Deutsche dürften im Lande zurückbleiben.

In die von Deutschland unterzeichnete Kapitulationsurkunde wurden diese Forderungen entgegen den tschechischen Wünschen nicht aufgenommen.

Auf ein Verlangen der tschechoslowakischen Exilpolitiker, zu dem vorgelegten Transfer-Plan Stellung zu nehmen, hatte die britische Regierung schon Mitte Januar 1944 mitgeteilt, daß diese Frage erst in Verhandlungen mit den anderen Großmächten geklärt werden müsse. Diese reservierte Haltung der Westmächte hat sich bis Kriegsende und auch in der Zeit vor der Potsdamer Konferenz nicht geändert.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Benes unter dem Eindruck der Zurückhaltung der Alliierten gegenüber der hier vorgelegten Konzeption einen Alternativplan aus den ersten Kriegsjahren aufgriff, worin die Abtretung einiger west- und nordböhmischer Bezirke (u.a. Karlsbads) mit einer Bevölkerungszahl von 600.000 Einwohnern an Deutschland vorgesehen war.

Lisický berichtet, daß Benes im Januar 1945 dem Generalstab die Anweisung gab, auf der Landkarte eine Lösung des Sudetenproblems nach folgendem Schema auszuarbeiten: 800.000 Deutsche verbleiben in der neuen CSR, 1.700.000 werden ausgewiesen und der Rest von etwa 600.000 fällt mit seinem Wohngebiet an Deutschland.

Nach Lisický glaubte Benes, "daß die Welt die Endlösung der Angelegenheit unserer deutschen Minderheit eher annehmen würde, wenn wir bereit wären, so ein Ergebnis auch durch Teil-Gebietskonzessionen zu erkaufen".

Wenn Benes am Ende auch ohne territoriale Zugeständnisse die Lösung der Sudetenfrage durch radikale Austreibung der Deutschen erreicht hat, so war es doch ein verhängnisvoller Irrtum, wenn er geglaubt haben sollte, eine so radikale Änderung der nationalen, sozialen und rechtlichen Struktur Mitteleuropas wie den "Transfer" von Millionen sozusagen politisch kanalisieren zu können. Der Preis war die Auslieferung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion, mit deren Hilfe diese Lösung durchgesetzt werden konnte.

Entscheidend war dabei, daß Benes bereits seit seinem ersten Moskauer Besuch im Dezember 1943 die Kontrolle über das innere Schicksal der Tschechoslowakei zu entgleiten begann, und zwar vor allem durch die Abmachungen, die er mit der Moskauer Gruppe der tschechoslowakischen Kommunisten um Gottwald in der sowjetischen Hauptstadt getroffen hatte. Er mußte ihre Zustimmung zur Bildung einer "Regierung der Nationalen Front" mit dem Zugeständnis eines erheblichen personellen Einflusses der Kommunisten und der Vereinbarung über eine Revolutionierung des gesamten Verwaltungsaufbaus erkaufen.

Demnach sollten die sogenannten Nationalausschüsse (Národní Výbory) eine hervorragende Stellung einnehmen und den alten bürokratischen Verwaltungsapparat ablösen, der sich als willfähiges Instrument der deutschen Besatzungsmacht und der Protektoratsregierung erwiesen und damit diskreditiert hatte.

Den "Nationalausschüssen" war außerdem noch für die Kriegszeit eine besondere Aufgabe zugeordnet. Aus Delegierten der Untergrundorganisationen aller politischen Richtungen proportional gebildet, sollten sie die Widerstandsaktionen gegen die Deutschen und ihre tschechischen Helfer koordinieren, Zellen der nationalen Erhebung bilden, in den Tagen der deutschen Niederlage die Verwaltung übernehmen und Vollzugsorgan der gegen die Deutschen und Kollaboranten gerichteten Maßnahmen werden.

Gleich nach der Rückkehr von seinem Moskauer Besuch hat Benes am 3. Februar 1944 von London aus zur Bildung von Nationalausschüssen in allen Dörfern, Städten, Bezirken und Ländern der CSR aufgefordert. In diesen Institutionen konnten indessen die Kommunisten und neben ihnen rechtsradikale Gruppen auf Grund ihrer ausgezeichneten Untergrundorganisationen einen die Zahl ihrer Anhänger weit übersteigenden Einfluß gewinnen; beide Gruppen, so entgegengesetzt ihre sonstigen politischen Ziele waren, einte der Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

Dieser Einfluß war später um so entscheidender, als auf der anderen Seite die Teile des tschechischen Volkes, die der Kollaboration mit den Deutschen bezichtigt wurden, völlig von der politischen Mitwirkung ausgeschaltet waren. Die Auswirkungen dieser in Moskau gefallenen politischen Entscheidungen trafen in erster Linie die Sudetendeutschen: einmal waren damit die Weichen für ihre Vertreibung endgültig gestellt, zum anderen aber war durch die innere Konstellation im tschechischen Lager, wie sie sich aus den Moskauer Abmachungen Benes' mit den Kommunisten ergab, allen den Kräften im Lande Auftrieb und freie Bahn gewährt, die die Politik einer brutalen und hemmungslosen Vergeltung für das dem tschechischen Volk angetane Unrecht befürworteten und dann auch durchführten.

Dazu trugen schließlich nicht wenig die Erklärungen der Exilpolitiker über den Moskauer und Londoner Rundfunk bei, die zum bewaffneten Widerstand gegen die Deutschen und alle Kollaborateure aufriefen und sich dabei der schärfsten Tonart bedienten.

Wenn es trotz dieser Aufforderungen und des durch die nationale Unterdrückung ins Ungemessene gestiegenen Hasses bis unmittelbar vor Kriegsende, abgesehen von der Slowakei und einigen Gebieten Mährens, nicht zu zusammenhängenden Widerstands- und Aufrührerhandlungen kam, so war dies unter anderem eine Folge des Einsatzes starker, bis zuletzt intakter SS- und SD-Verbände und der Anwesenheit beträchtlicher deutscher Truppen, aber auch relativ günstiger wirtschaftlicher und ernährungsmäßiger Verhältnisse. Um so elementarer war der Ausbruch, als die Kriegsergebnisse dieses System zusammenstürzen ließen.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-126): >>**Die Ausweisung nach der Potsdamer Konferenz**

Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die drei Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle.

Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse.

Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten.

Die ungemein schwierigen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in dem von

den Großmächten besetzten Reichsgebiet, die bereits vollzogene Aufnahme von ungeheuren Flüchtlingsmassen aus den ostdeutschen Provinzen, die Notwendigkeit, alle Maßnahmen mit den anderen Vertreibungsländern abzustimmen, militärische Rücksichten auf die im Gange befindliche Demobilisierung, all dies machte schwierige Überlegungen notwendig und sprach gegen jede Überstürzung.

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenausreibung verstimmte die Tschechen. Je länger die Vorschläge des Kontrollrats für die Durchführung des "Transfers" auf sich warten ließen, um so mehr wuchs das tschechische Mißtrauen, daß die in Potsdam gegebenen Zusagen eingehalten würden. Die tschechische Presse begann bald den guten Willen der Westmächte überhaupt zu bezweifeln. Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

Ungeachtet dessen wurden jetzt aber die technischen Vorbereitungen für die organisierte Ausreibung getroffen und im August 1945 dafür besondere Organe geschaffen: im Mittelpunkt ein Spezialreferat im Innenministerium, dessen Leiter den Rang eines Regierungsbeauftragten für den "Odsun", Abschub der Deutschen hatte. Ihm waren Gebietsbeauftragte unterstellt (in Böhmen neun, in Mähren vier), in deren Kompetenzbereich die Referate für den "Odsun" bei den Bezirksnationalausschüssen und Ortsnationalausschüssen fielen.

Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Ausreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstationen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorher eingeleiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ, sondern in Sammellager einwies. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. Diese Zahl wurde dann in dem am 20. November vom Kontrollrat angenommenen Gesamtprogramm des "Transfers" der deutschen Bevölkerung aus allen Vertreibungsgebieten berücksichtigt.

Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. Die Modalitäten für die Überführung in die amerikanische Besatzungszone wurden vorher in Verhandlungen von Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden in der US-Zone mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung am 8. und 9. Januar festgelegt.

Nach diesem Abkommen sollten die "Auswandernden" mit hinreichender Kleidung (wie Unterwäsche, passenden Anzügen, Mänteln und Schuhen) ausgerüstet sein, Gepäck mit einem Gewicht von 30-50 kg und 1.000 RM mitnehmen dürfen, von den Tschechen mit einem für mindestens drei Tage reichenden Lebensmittelvorrat und auf der Fahrt im tschechischen Staatsgebiet mit warmer Verpflegung versehen werden, zu Transporten von durchschnittlich 1.200 Personen in 40 Eisenbahnwaggons, die bei schlechtem Wetter geheizt werden könnten, zusammengefaßt werden;

Familien sollten nicht auseinandergerissen und Kranke in den ersten Transporten nicht mitgenommen werden.

Die Auswahl der auszusiedelnden Personen, die Vorbereitung der Ausweisung und die ärztliche Betreuung der Ausgewiesenen lag in den Händen des tschechischen Innenministeriums, für den Abtransport selbst war das Verteidigungsministerium verantwortlich.

In die ersten Transporte - der erste traf am 25. Januar 1946 aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein - wurden vorwiegend die bereits in den Lagern befindlichen Personen eingereiht. Bis zum 24. Februar wurden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. Meist wurden schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager in den einzelnen Bezirken als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet.

Die Aufrufe zur Ausweisung ergingen vielfach noch unter ähnlichen Bedingungen wie bei den ersten Austreibungsaktionen, und nicht selten wurden die Betroffenen mit Gewalt aus ihren Wohnungen geholt und zu Fuß oder auf Pferdefuhrwerken und Lastkraftwagen in die Sammellager abgeführt, wo sie einige Tage oder auch wochenlang bis zum endgültigen Verlassen der Heimat bleiben mußten.

Im Lager nahmen Zollbeamte die Kontrolle des Gepäcks vor; häufig beraubte man hier die Ausgewiesenen noch der wertvollsten Kleidungsstücke und Gegenstände, vor allem dann, wenn das Gepäck das vorgeschriebene Gewicht von 30, später 50 bis 75 kg überschritt. Nur zu oft hingen diese Kontrollen von der Willkür der Beamten ab, die je nach ihrer politischen oder menschlichen Haltung großzügig verfahren oder radikal das Gepäck dezimierten.

Obgleich die Tschechen in den Verhandlungen vom 8. und 9. Januar 1946 den Ausgewiesenen ein Mindestgepäck von 30 kg zugesprochen hatten, wurde es bis Mai 1946 meist auf 25 kg beschränkt. Unter diesen Bedingungen konnten nicht einmal die notwendigsten Kleidungsstücke, geschweige denn unentbehrliche Haushaltsgegenstände, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland nicht zu beschaffen waren, mitgeführt werden.

Generell scheint es aber gestattet worden zu sein, Bargeld in Höhe von 1.000 RM mitzunehmen. Unterschiedlich war auch die Versorgung der Transporte mit Lebensmitteln und die sanitäre Betreuung. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen befanden sich in vielen der Transporte Familien, deren arbeitsfähige Mitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden.

Alle diese Mißstände führten schließlich zu Interventionen der Amerikaner bei der tschechoslowakischen Regierung, durch die im April neue Vereinbarungen des Repatriierungsausschusses des Alliierten Kontrollrats mit den tschechischen Behörden erreicht wurden.

Danach sollten vom 1. Mai 1946 ab 6 Züge täglich abgefertigt werden; die Ausgewiesenen durften 50 kg Gepäck und anstelle von 1.000 nur 500 RM mitnehmen. Die Vertreter der USA behielten sich vor, nicht vollzählige Familien aus den Transporten vor dem Übertritt der deutschen Grenze auszuschneiden.

Auf Grund von Gesuchen deutscher Dienststellen bei der amerikanischen Militärregierung und den amerikanischen Verbindungsstäben in der CSR wurde die Absperrung der Waggontüren während des Transports im tschechoslowakischen Gebiet abgestellt, desgleichen wurden die rücksichtslosen Körpervisitationen bei Frauen durch tschechische Kontrollorgane verboten.

So begannen sich ab Mai 1946 die Bedingungen der Ausweisung zu bessern. Auch entsprachen jetzt die tschechischen Behörden in größerem Maße den Anträgen der deutschen Familien um Freigabe ihrer zur Zwangsarbeit eingesetzten Angehörigen für die Aussiedlung. Aber immer noch hatten die Sudetendeutschen Ursache genug zu Beschwerden und Beanstandungen. So wurde ihnen, die jeglicher Habe beraubt und meist in Lagern festgehalten waren, des öfteren von den Tschechen wertloses Zeug zugeteilt, nur damit sie das Mindestgewicht des Gepäcks vorweisen konnten.

Diese Vorfälle waren der Anlaß für neue Besprechungen zwischen Vertretern der amerikanischen Militärregierung und tschechoslowakischen Regierungsstellen am 15. Juni 1946 in Prag, bei denen neue Richtlinien für die Ausweisung vereinbart wurden. Ab Juli sollte jeder Ausgewiesene 70 kg Gepäck mitnehmen dürfen und angemessen bekleidet sein; für diejenigen, die nicht mehr über die notwendige Kleidung verfügten, sollte diese beschafft werden. Noch einmal wurde vereinbart, die Familien geschlossen, vor allem mit ihren Ernährern auszusiedeln.

Die verstärkten amerikanischen Kontrollen führten dazu, daß diese Vereinbarungen auch größtenteils eingehalten wurden. Häufig kam es aber auch vor, daß Deutsche den amerikanischen Kontrollorganen Mißstände bei der Ausweisung verschwiegen, um ja nicht noch vor der Grenze aus dem Transport entfernt zu werden und weiter den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in der CSR ausgeliefert zu sein.

Niedergedrückt von dem ihnen angetanen Leid meldeten sich zahlreiche Sudetendeutsche freiwillig zum Abtransport. Nicht selten suchten sie sogar ihre baldige Zulassung zu den Transporten durch persönliche Zuwendungen (Geld und Wertsachen) an die zuständigen tschechischen Funktionäre zu erkaufen. Auch Familien, von denen einzelne Angehörige zum Arbeitseinsatz ins innertschechische Gebiet gebracht waren, meldeten sich zur Ausweisung, um damit die Freigabe ihrer Angehörigen aus dem Zwangsarbeitssystem zu erreichen. Dies ist allerdings keineswegs immer gelungen.

Es werden vielmehr zahlreiche Fälle berichtet, bei denen die zur Ausweisung Aufgerufenen nicht mehr die Möglichkeit besaßen, ihre zur Zwangsarbeit eingesetzten Angehörigen noch rechtzeitig freizubekommen. Oft war dies schon allein deswegen nicht möglich, weil ihr Aufenthaltsort nicht bekannt war. Es ist verständlich, daß die in den Internierungs- und Arbeitslagern festgehaltenen Personen, und unter ihnen vor allem die seit dem deutschen Zusammenbruch unter grausamsten Bedingungen im innertschechischen Gebiet Internierten, sich am stärksten darum bemühten, ihre Freiheit wiederzugewinnen, was nur auf dem Wege der Ausweisung möglich war.

Als in den Sommermonaten auch die Ausweisung in die Sowjetzone begann, drängten sich die Menschen zu den Transporten, die in die amerikanische Zone gingen, um nicht weiter im sowjetischen Einflußbereich und unter dem in ihm herrschenden System leben zu müssen. Um so größer war dann die Enttäuschung, wenn diese Züge doch in die Sowjetzone geleitet wurden. ...

Unter dem Eindruck der konsequenten tschechischen Entrechtungspolitik, die alle Voraussetzungen für ein Weiterleben in der CSR entzog, empfand der Großteil der sudetendeutschen Bevölkerung die Ausweisung für den Augenblick nicht in ihrer ganzen Schwere, sondern eher als eine Befreiung von einem unerträglichen Druck.

Daraus läßt sich auch erklären, daß in der Schilderung der Erlebnisse, wie sie die Berichte geben, die Ausweisung selbst oft nur kurz erwähnt wird. Sie trat im Bewußtsein zurück gegenüber dem Erlebnis der Rechtlosigkeit, des kümmerlichen Vegetierens in Dachkammern, Abstellräumen und Lagern aller Art, gegenüber Erniedrigungen aller Art. Das tschechische Verfolgungssystem hatte den Deutschen die Heimat zerstört, bevor sie sie verlassen mußten.

Wenn man den Ausweisungsprozeß von seiner organisatorischen Seite her betrachtet, so ist er als technische Prozedur ohne größere Störungen abgewickelt worden. Man kann dies als ordnungsmäßiges Verfahren im Sinne der Potsdamer Beschlüsse bezeichnen, doch sicherlich nicht als ein menschliches, die kalte Nüchternheit der Durchführung trägt schon wieder unmenschliche Züge. Rein statistisch ergibt sich folgendes Bild:

von Beginn der Ausweisung bis Ende April wurden täglich 4 Züge mit je etwa 1.200 Personen abgefertigt,

von da ab bis Mitte Juli täglich 6 Züge,

von da ab bis 3. November täglich 4 Züge,
von da ab bis Ende November täglich 3 Züge.

Die vorgesehene Anzahl der Züge und ihre jeweilige Personenzahl konnte offensichtlich nicht immer eingehalten werden: auf dem Höhepunkt der Ausweisungsaktion in die amerikanische Zone, in den Monaten Mai und Juni 1946, sind je etwa 130.000 Vertriebene angekommen. Als in den Herbstmonaten die Unterbringungsmöglichkeiten in der amerikanischen Besatzungszone erschöpft waren, wurde durch die amerikanische Militärregierung Ende November die Übernahme weiterer Ausweisungstransporte aus der CSR verweigert.

Im ganzen Jahr 1946 sind nach Angaben des Bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei in der US-Besatzungszone eingelaufen; davon gingen 661 Transporte (690.879 Personen) nach Bayern und 450 Transporte (492.491 Personen) nach Hessen und Württemberg-Baden.

Über das Lager Furth im Wald sind mit allgemeinen Transporten, Sondertransporten und Einzelpermits und als Grenzgänger insgesamt 651.648 Sudetendeutsche eingetroffen, durch das Lager Wiesau gingen rund 587.000 Personen. Außerdem wurden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die 1945 nach Österreich ausgetrieben worden waren, in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands aufgenommen.

Hinzu kamen Zehntausende der 1945 in die sowjetische Besatzungszone Ausgetriebenen, die von dort aus in die amerikanische Zone gingen, desgleichen Tausende von Familien und Einzelpersonen, die sich seit Mai 1945 dem in der CSR herrschenden Terror durch eine Flucht nach dem Westen Deutschlands entzogen, und sudetendeutsche Kriegsgefangene, die nach ihrer Entlassung nicht mehr in die Heimat zurückkehren konnten.

Am 10. Juni 1946 setzte die Ausweisung in die sowjetische Besatzungszone ein, nachdem sowjetisch-tschechische Verhandlungen am 3. und 4. Mai 1946 in Berlin und am 1. Juni 1946 in Prag stattgefunden hatten. Sie hielt in unverminderter Stärke bis zum 18. Oktober an, ohne daß hierfür völlig zuverlässige zahlenmäßige Nachweise möglich sind. In dieser Zeit wurden in die Sowjetzone Deutschlands eingeschleust:

vom 10. Juni bis 21. Juni täglich 2 Züge,
von da ab bis 30. Juni täglich 3 Züge,
von da ab bis 18. Oktober täglich 6 Züge.

Im allgemeinen wurden die Transporte unter ähnlichen Bedingungen wie die für die amerikanische Zone bestimmten zusammengestellt und abgewickelt, doch wird verschiedentlich über größere Mißstände berichtet, da hier offenbar die sowjetische Militärregierung weniger darauf achtete, ob die Ausgewiesenen das notwendigste Gepäck usw. besaßen.

Die schlechte Organisation des Weitertransports in die Zielorte schuf große Erbitterung unter den betroffenen Menschen. Die Züge wurden oft tagelang planlos hin und her geschoben und mußten nicht selten unterwegs um- oder ausgeladen werden, ohne daß für den sofortigen Weitertransport der Ausgewiesenen Sorge getragen war. Diese wurden durchweg erst in die Quarantänelager eingewiesen, von wo sie dann nach Wochen auf einzelne Ortschaften verteilt wurden.

Insgesamt wurden nach tschechischen Angaben bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen. Doch auch nach dem offiziellen Abschluß der Ausweisungsaktion sind von den sowjetischen Besatzungsbehörden noch weitere Transporte übernommen worden.

Die Transporte in alle Zonen wurden in den ersten Monaten auf örtlicher und regionaler Basis zusammengestellt. Da aber aus einzelnen Orten oder Bezirken gleichzeitig oder nacheinander Transporte sowohl in die amerikanische als auch in die sowjetische Besatzungszone abgingen und die Transporte aus größeren Orten in die verschiedensten Aufnahmegebiete gelangten, wurden die örtlichen Lebensgemeinschaften fast regelmäßig zerrissen.

Das Aufteilungssystem in den Aufnahmegebieten brachte es mit sich, daß selbst bei geschlossener Aussiedlung der Bewohner ganzer Ortschaften diese doch im Aufnahmeland zerstreut wurden. Die in den Jahren 1945 und 1946 nach Innerböhmen und Innermähren zum Arbeitseinsatz verbrachten Sudetendeutschen wurden in manchen Fällen gleich von ihren Arbeitsorten aus ausgesiedelt, ohne daß ihnen eine vorherige Rückkehr in die Heimortorte gestattet wurde.

Die Sperrung der westlichen Besatzungszonen für Ausweisungstransporte aus der CSR ab November 1946 bedeutete für die damals zurückgebliebenen oder in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen eine Fortdauer ihrer rechtlosen Lage. Unter ihnen befanden sich Tausende von Männern, deren Familien bereits ausgesiedelt worden waren und wegen der Abwesenheit des Ernährers in bittere Not gerieten, andererseits Familien, deren männliche Angehörigen nicht mehr aus der Kriegsgefangenschaft in die CSR zurückkehren konnten und in Westdeutschland geblieben waren.

Um wenigstens die Familien zusammenzuführen, gestattete die amerikanische Militärregierung Mitte des Jahres 1947 wöchentlich 50 Personen die Einreise in die amerikanische Besatzungszone. Die Einreisegenehmigungen erteilte das Allied High Commission Permit Office in Prag. Die Ausreisenden durften 100 kg Gepäck mitnehmen. Verpflegung und Transportbedingungen waren wesentlich besser als bei den Transporten des vorhergehenden Jahres. In den Jahren 1947/48 konnten in solchen Transporten 5.125 Sudetendeutsche die CSR verlassen.

Daneben versuchten Hunderte illegal die Grenze zu überschreiten. ...<<

Vertreibung der Volksdeutschen aus der Slowakei

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei (x004/177-178): >>Wie die Sudetendeutschen unterlagen auch die Karpatendeutschen den Ausweisungsbestimmungen der Potsdamer Beschlüsse.

In der Slowakei begannen die Vorbereitungen für die Ausweisung im April 1946, später als in den Sudetenländern. Zwei zentral gelegene Lager, Nováky in der Mittelslowakei - schon aus der Partisanenzeit als Verschleppungslager bekannt - Deutschendorf (Poprad) in der Zips, wurden in Sammellager umgewandelt, dazu kam das Lager Engerau in der Westslowakei.

Hier zog man die deutschen Internierten aus allen übrigen Lagern zusammen und schaffte sie in einzelnen Transporten abwechselnd nach Westdeutschland und in die Sowjetzone. Die große Aussiedlungsaktion begann in den letzten Tagen des Juli und endete im September desselben Jahres. Die Auszusiedelnden wurden, soweit es notwendig war und die Textilien ausreichten, neu eingekleidet. Sie erhielten 1.000, später 500 RM und durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die beklagenswerten Begleiterscheinungen der Vertreibungsaktionen in den übrigen ost-mitteleuropäischen Gebieten hier im allgemeinen fehlten. Auch ist es weder zu wilden Austreibungsaktionen vor der Potsdamer Konferenz wie in Böhmen und Mähren, noch zu überstürzten organisierten Ausweisungen wie in Ungarn gekommen.

Dies lag vor allem daran, daß weder für die politisch führenden Kreise des Slowakentums noch für die tschechoslowakische Regierung die Ausweisung der Karpatendeutschen ein erst-rangiges Problem gewesen ist wie die "Endlösung" der sudetendeutschen Frage, der "Odsun". Die Deutschen der Slowakei selbst haben, nachdem sie entrechtet und enteignet, zum größten Teil interniert waren, ähnlich wie die Sudetendeutschen - trotz mancher freundlicheren Züge ihres Loses - die Ausweisung als das Ende einer bitteren Notzeit empfunden, so schwer gerade der bäuerlichen Bevölkerung die Trennung von Heimat und Boden wurde.

Vor allem die Internierten empfanden es als Glück, wenn ihnen eine Überweisung in eines der

Aussiedlungslager angekündigt wurde. Sie taten alles, um möglichst bald einem Transport eingegliedert zu werden. Die außerhalb der Lager arbeitenden Volksdeutschen meldeten sich freiwillig zurück.

Selbst die illegal in der Slowakei lebenden und von den Behörden nicht erfaßten Deutschen ließen sich jetzt registrieren und nahmen die zwei bis drei Monate dauernde Wartezeit willig auf sich, um die Ausweisungstransporte nicht zu versäumen. Für sie alle war es zur Gewißheit geworden, daß ein Weiterleben in einem Lande, das keinem Deutschen mehr Bürgerrechte gewährte, auf die Dauer trotz vieler unzerreißbarer persönlicher Bindungen nicht mehr möglich war. So mußten die Deutschen in der Slowakei den gleichen bitteren Weg aus der ihnen gewaltsam entfremdeten Heimat antreten wie die Deutschen in den Sudetenländern.

Die verhältnismäßig spät anlaufende Aussiedlungsaktion in der Slowakei brachte es mit sich, daß viele der Ausgewiesenen in die Sowjetzone Deutschlands kamen, in die gerade zu diesem Zeitpunkt viele Transporte geleitet wurden.

Die Karpatendeutschen, die noch nach der großen Aussiedlungsaktion des Jahres 1946 zurückgeblieben waren - ihre Zahl wird mit 24.000 angegeben -, versuchten in den folgenden Jahren zu ihren nach Deutschland ausgesiedelten oder geflohenen Familienangehörigen zu gelangen, was allerdings bei der beschränkten Zahl der Transporte nur wenigen glückte. Die Mehrzahl von ihnen blieb im Lande unter den gleichen Lebensbedingungen wie die zurückgebliebenen Sudetendeutschen.<<

Vertreibung der Volksdeutschen aus Ungarn

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-66E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.

Ungarn nahm in diesem Zusammenhang nur insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches gewesen war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden.

Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist heute noch nicht möglich.

Sicher ist, daß in den Kriegsjahren von nationalistischen madjarischen Kreisen die Möglichkeit diskutiert wurde, die Idee der einheitlichen, unteilbaren ungarischen Nation nicht mehr nur mit den Mitteln der Assimilation wie bisher, sondern auch durch eine Aussiedlung der nicht assimilationswilligen Nationalitäten zu verwirklichen. Eine Anwendung dieses Prinzips kann man in den Vorgängen erkennen, die sich nach der Besetzung der jugoslawischen Batschka im Jahre 1941 abspielten, wo man die seit dem 1. Weltkrieg angesiedelten Serben aus dem eroberten Land jagte.

Einzelne ungarische Zeitschriften griffen auch das Thema einer Umsiedlung der ungarländischen Deutschen auf, das seit Hitlers Politik gegenüber einer Reihe deutscher Volksgruppen, darunter den Bukowina-, Dobrudscha- und Bessarabiendeutschen im benachbarten Rumänien in der Luft lag. Nach einer Behauptung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Kállay soll Hitler einmal dem Reichsverweser Horthy die Umsiedlung aller ungarländischen Deut-

schen zugesagt haben.

Wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß Hitler anfänglich wegen seiner guten Beziehungen zum madjarischen Nationalismus zu einer Opferung des ungarländischen Deutschtums bereit gewesen sein könnte, so ist diese Nachricht doch nirgends sonst bezeugt und mit der seit dem Wiener Abkommen von 1940 inaugurierten Politik sicher unvereinbar. Ob gleichwohl die ungarische offizielle und inoffizielle Politik weiterhin mit diesem Gedanken spielte und ihn auch diplomatisch verwendete, wissen wir nicht.

Ebensowenig geklärt ist es, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungs-Artikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontroll-Kommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenausweisung der Deutschen treffe.

Jedenfalls hat sich die ungarische Regierung, in der damals noch nicht die Kommunisten die Oberhand besaßen, schon vor der Potsdamer Konferenz mit dem Problem einer Ausweisung des Deutschtums befaßt, ohne daß es ihr gelungen zu sein scheint, die divergierenden Auffassungen der verschiedenen Parteien in dieser Frage zu überbrücken. Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalausweisung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.

In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, der u.a. der Außenminister Gyöngyösi angehörte, bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen.

Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre. Dazu kam noch, daß eine Totalausweisung der volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.

Diese widerspruchsvolle Lage erklärt es wohl, daß die ungarische Regierung in der Vertreibungsfrage anfangs die Dinge treiben ließ. Dabei ging die Diskussion aber nicht mehr um das Prinzip der Vertreibung als solcher, sondern lediglich um ihr Ausmaß.

Um diese Frage ist das ganze Jahr 1945 hindurch im verborgenen, vor allem mit den Sowjets, gerungen worden. Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.

Wie wenig sie jedoch selbst von diesem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertész, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitlerismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.

Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst an dem Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.

Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung

der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. Diese Gelegenheit schien sich im November 1945 zu bieten.

Um die aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße vertriebene deutsche Bevölkerung, die in einem erbarmungswürdigen Zustand nach Deutschland hineinflutete, auf alle Besatzungszonen gleichmäßig zu verteilen und die Ausweisung durch die Aufstellung eines Terminkalenders planvoller zu gestalten, genehmigte der Alliierte Kontrollrat in Deutschland am 20. November 1945 ein ihm eingereichtes Protokoll, das das bisherige Durcheinander einigermaßen zu ordnen versuchte.

Es legte der Vollständigkeit halber auch die künftigen Auffanggebiete der nach dem Potsdamer Beschlüssen aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn auszuweisenden Deutschen fest und bestimmte hierfür die amerikanische Zone; für die Ungarndeutschen wurde dabei die Zahl von 500.000 angenommen. Für die Reaktion der ungarischen Regierung auf diese Festsetzung sind wir bisher nur auf die Mitteilungen von Stefan Kertész angewiesen.

Danach hat das Außenministerium sowohl gegen die Zahl der Auszuweisenden wie gegen das damit verbundene Prinzip der kollektiven Bestrafung bei den britischen, amerikanischen und sowjetischen Missionen protestiert, während gleichzeitig der ungarische Innenminister Vorbereitungen für die totale Austreibung der Deutschen traf, indem er eine entsprechende Verordnung vorbereitete.

Nach Kertész ist der Außenminister Gyöngyösi mit seinem Einspruch dagegen im Ministerrat am 22. Dezember 1945 nicht durchgedrungen, so daß schließlich die radikale Lösung angenommen wurde, wie sie im Text der Ausweisungsverordnung vom 22. Dezember 1945 niedergelegt ist.

Diese ordnet die Aussiedlung für denjenigen ungarischen Staatsbürger an, "der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden Namen ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war".

Sie ging also bei genauer Auslegung weit über die Zahl von 200.000 bis 250.000 Auszuweisenden hinaus.

Den eigentlichen Modus der Ausweisung legte eine Durchführungsverordnung vom 4. Januar 1946 fest. Sie bestimmte, daß eine genaue Namensliste der Umsiedlungspflichtigen angelegt werden mußte, aus der neben den Personalien auch der Grund der Aussiedlung (deutsche Nationalität, deutsche Nationalität und Muttersprache, deutsche Muttersprache, Volksbundmitglied, SS-Mitglied) zu ersehen war.

Eine vom Innenminister eingesetzte Kommission konnte durch die allgemeinen Richtlinien betroffene Personen von der Umsiedlung befreien, wenn diese tätige Mitglieder einer demokratischen Partei oder einer Gewerkschaft (seit 1940) waren, weiter Personen, die Deutsch als Muttersprache, aber Ungarisch als Nationalität angegeben hatten und nachweisen konnten, daß sie wegen ihres Verhaltens zum Ungarntum Verfolgungen erlitten hatten. Mitglieder des Volksbundes oder der SS ebenso wie Deutsche, die ihren madjarisierten Namen verdeutscht hatten, konnten aber in keinem Falle befreit werden.

Außerdem durfte die Zahl der Befreiten nicht 10 % der Umsiedlungspflichtigen des Kreises übersteigen. Das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Umsiedler galt ab sofort als gesperrt und sollte von 5köpfigen Kommissionen inventarisiert werden.

Die Umsiedler durften pro Person 100 kg Gepäck (Nahrungsmittel, Bettwäsche, Kleider, Handwerkszeug) mitnehmen. Die eingesetzten Transportzüge sollten aus 40 Wagen bestehen und jeder Wagen mit höchstens 30 Personen besetzt werden. In jedem Zug war ein Ärztwagen und die Begleitung durch Sicherheitspersonal vorgesehen.

Aus dem Text der einzelnen Verordnungen geht hervor, daß auch diese letzte Großaktion ge-

gen das ungarländische Deutschtum anfangs stark von nationalistischen Maximen gesteuert wurde. Der Kreis der Verstöße gegen die "nationale Treue", die schon in der Kategorisierungsverordnung auftauchten, wurde dadurch noch erheblich erweitert, daß auch das Bekenntnis zur deutschen Nationalität und sogar zur deutschen Muttersprache bei der letzten Volkszählung (1941) als Kriterium herangezogen wurde. Die Ausweisung betraf damit praktisch alle Mitglieder der Volksgruppe, wenn auch in späteren Ausweisungen Ausnahmen zugunsten derjenigen gemacht werden sollten, die sich bei der Volkszählung von 1941 zur ungarischen Nationalität bekannt hatten.

Die Ausweisung ist dann in zwei deutlich zu unterscheidenden Phasen durchgeführt worden:

1. in einer ersten von Januar 1946 bis zum Juni desselben Jahres, dann nach einer kurzen Unterbrechung von August 1946 bis zum Ende des Jahres, in der Transporte in die amerikanische Zone Deutschlands gingen,
2. in einer zweiten ab August 1947 mit Transporten in die russische Zone, zu denen einige wenige Züge noch im Jahre 1948 kamen.

Die Versorgung der ersten Züge, die schon im Januar 1946 in der amerikanischen Zone eintrafen, entsprach keineswegs den Grundsätzen einer humanen Durchführung. Die Vertriebenen waren durch die kommunistischen Bewachungsmannschaften ausgeplündert und kamen ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd und frierend in den Auffanglagern an. Die Zustände besserten sich dann allerdings erheblich und konnten zwei Monate später als geregelt bezeichnet werden.

Dies lag zu einem nicht geringen Teil daran, daß die zuständigen amerikanischen Dienststellen nicht nur die rollenden Transporte, sondern sogar die Einwaggonierung zu kontrollieren pflegten.

Die Ausweisung vollzog sich danach bei allen Transporten nach der festgelegten Ordnung: die Listen mit den Namen der Auszusiedelnden wurden öffentlich ausgehängt oder laut verlesen. Die namentlich Aufgerufenen hatten zwei bis drei Tage Zeit, ihre persönlichen Angelegenheiten zu ordnen und ihre Sachen packen. Sie wurden dann mit Lastkraftwagen oder Fuhrwerken zum Bahnhof gefahren, dort kontrolliert, verladen und in die amerikanische Zone abgeschoben.

Zu Übergriffen und Zwischenfällen kam es verhältnismäßig selten, ja der Abschied von den madjarischen Dorfnachbarn war meistens freundlich, wenn nicht herzlich. Die von den Ausgewiesenen zurückgelassenen Wohnungen und Gehöfte allerdings wurden in der Regel sofort erbrochen, die einzelnen Gegenstände verteilt oder der Plünderung überlassen.

Die ungarische Regierung hatte zwar ein bestimmtes Schema für die Reihenfolge der Aussiedlung veröffentlicht, hielt sich jedoch nur daran, soweit es den örtlichen Erfordernissen und der allgemeinen Planung nicht widersprach. In einigen Ortschaften verschob sich z.B. die Ausweisung bis zum Ernteabschluß, da die Volksdeutschen noch als Arbeitskräfte benötigt wurden. Man ging in der Erfassung der Gemeinden regional vor und bemühte sich, die Volksdeutschen zuerst aus politischen und strategisch wichtigen Gebieten herauszuziehen.

Die ersten Transporte wurden daher in Budapest und in den deutschen Gemeinden in der Umgebung der Hauptstadt zusammengestellt, dann folgte das Burgenland als Grenzgebiet, das völlig von Deutschen entblößt wurde.

Am 1. Juni 1946 wurden die Transporte von den Amerikanern gestoppt, da Ungarn das Vermögen der Deutschen auf seine Reparationsforderung, die von der amerikanischen Regierung nicht anerkannt wurde, anrechnen wollte.

Nach längeren Verhandlungen wurde am 28. August ein neues Abkommen geschlossen, wonach die US-Zone noch eine Reihe von Transporten bis zum Ende des Jahres übernehmen sollte. Dann verweigerten die Amerikaner erneut die Aufnahme und ließen sich auf keine Verhandlungen mehr ein.

In dieser Phase wurden etwa 170.000 Volksdeutsche aus Ungarn in die amerikanische Zone, besonders nach Württemberg ausgesiedelt.

Die im August 1947 wieder anlaufende Aussiedlung, jetzt in die Sowjetzone, unterschied sich wesentlich in Charakter und Durchführung von der Abschiebung in die von den Amerikanern besetzte Zone.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Enteignungen, Um- und Aussiedlungen zum mindesten in der Reihenfolge mehr politisch-wirtschaftlichen Erwägungen unterworfen blieben als der Automatik der Kategorisierungsbeschlüsse. Darüber hinaus verloren die Verordnungen sehr bald den Charakter eines Rechtsmittels zur Definierung und Bestrafung vaterlandsfeindlicher Bestrebungen und dienten mehr und mehr zur Sanktionierung des Vorgehens gegen besitzende und einflußreiche, nichtkommunistische Deutsche.

In dem Maße, wie der Einfluß der liberalen Parteien in Ungarn sank und die Macht der kommunistischen Partei stärker wurde, wurde die Aktion zunehmend willkürlicher durchgeführt. Die Ausweisung in dieser Phase ist kaum noch als nationalpolitische Maßnahme anzusehen, sondern eher schon als ein Mittel der Enteignungspolitik. Jetzt mußte jeder Volksdeutsche mit der plötzlichen Ausweisung rechnen, wenn sein Besitztum unter den Kommunisten oder Neusiedlern Gefallen fand, unabhängig von seiner früheren politischen Haltung, selbst Mitglieder des madjarenfreundlichen Treuebundes wurden betroffen.

Andererseits konnten sogar ehemalige Volksbundmitglieder, wenn sie ihren Besitz dem ungarischen Staat übereigneten, oder als Industrie- oder landwirtschaftliche Facharbeiter bei dem Aufbau des neuen Ungarn nicht zu ersetzen waren, mit ihrer "Enthebung" von der Ausweisung rechnen.

Eine Systematik in der regionalen Durchführung läßt sich schon ab August 1946 nicht mehr nachweisen. Anscheinend planlos wurden einzelne Gemeinden in der Schwäbischen Türkei oder dem Banat in einem oder mehreren Transporten vollständig ausgesiedelt, andere Ortschaften blieben verschont oder wurden nur zum Teil erfaßt.

In vielen Fällen zog man die zur Aussiedlung Bestimmten in Lagern zusammen und fertigte von dort aus die Transporte ab. Die Durchführung der Transporte mit ihren Willkürakten erinnerte an die Zustände von 1945 während der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie. Dieses inhumane Vorgehen veranlaßte die noch zugelassenen bürgerlich-liberalen Blätter zu scharfen Protesten; ebenso wandte sich Kardinal Mindszenty, der selbst deutscher Abstammung war, als Vertreter der katholischen Kirche Ungarns mit einigen Briefen, in denen er die Vorgänge geißelte, an die Weltöffentlichkeit.

In dieser letzten Phase wurden noch etwa 50.000 Volksdeutsche in provisorische Auffanglager nach Sachsen, vor allem in das Lager Pirna, transportiert und von dort aus über die Sowjetzone verteilt. Die Willkür und Gesetzlosigkeit in den Jahren 1947/48 hatte sich so verstärkt, daß sich die Volksdeutschen in dieser Zeit wirklich aus den alten und ihnen bisher selbstverständlichen heimatlichen Bindungen zu lösen begannen und danach trachteten, das Land, in dem sie rechtlos geworden waren, zu verlassen.

Nach den zurückgekehrten ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die wegen der Razzien und Verfolgungen möglichst schnell über die Grenze zu entkommen suchten, begannen jetzt auch die Zivilisten sich allein oder mit ihren Familien den unsicheren Verhältnissen durch die Flucht zu entziehen oder meldeten sich freiwillig zur Aussiedlung.

Die Vertreibung der ungarländischen Deutschen, dieses Fazit kann man ziehen, war also nicht das, was sie zu sein vorgab: eine Bestrafung derjenigen, die ihre Treuepflicht gegenüber Ungarn verletzt hatten. Dagegen sprach schon allein die weite Fassung des Kreises der Auszusiedelnden in der Ausweisungsverordnung; es sprach aber auch dagegen die planlose Durchführung. Wenn zuerst nationalmadjarische Tendenzen den Ausschlag gegeben haben, so traten diese in der Endphase mehr und mehr hinter den agrarrevolutionären der Kommunisten zu-

rück.

Was hat Ungarn schließlich mit der Ausweisung erreicht?

Für die Wiederbesetzung der verlassenen und enteigneten deutschen Höfe und Werkstätten genügte der Stamm der ungarischen Landlosen bei weitem nicht, da ja auch der gesamte enteignete Großgrundbesitz mit Arbeitskräften versorgt werden mußte.

Der ursprünglichen Tendenz der Umsiedlung entsprechend wurden daher in der Regel madjarische Rücksiedler aus Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei auf den ehemals deutschen Betrieben angesetzt.

Als besonders ungeeignet zur bäuerlichen Ansiedlung erwiesen sich von diesen die Csángós, ein madjarisches Hirtenvolk, das in der rumänischen Moldau lebte und nach ungarischen Angaben etwa 120.000 Personen zählt. Die armselig gekleideten und zigeunerhaft anmutenden Neuankömmlinge, die sich bisher ausschließlich mit Viehzucht beschäftigt hatten, fanden sich auf den Kleinbauernhöfen gar nicht zurecht und erfüllten selbst nach monatelanger Anleitung durch die früheren Besitzer die Anforderungen einer landwirtschaftlichen Betriebsführung noch nicht annähernd. In sehr vielen Fällen verließen sie die Anwesen wieder, um sich nomadisierend eine andere Beschäftigung zu suchen.

Vereinzelt wurden auch aus Jugoslawien ausgesiedelte Madjaren mit der Führung deutscher Höfe betraut. Ein Teil von ihnen stammte ursprünglich aus dem Buchenland, wohin 1764 ihre Vorfahren, um dem Militärdienst zu entgehen, von Siebenbürgen aus geflohen waren. Von dort flüchteten sie 1941 vor der russischen Herrschaft und wurden in der von Ungarn besetzten jugoslawischen Batschka angesiedelt. Nach dem Zusammenbruch auch von hier vertrieben, kehrten sie zusammen mit den anderen Madjaren aus Jugoslawien nach Ungarn zurück.

Einen wirtschaftlich gesehen brauchbaren Ersatz für die ausgewiesenen Deutschen bildeten die Slowakei-Madjaren, in der Hauptsache wohlhabende und mittlere Bauern, deren von der Tschechoslowakei trotz lebhafter madjarischer Proteste erzwungene Vertreibung nach Ungarn mit die Begründung für die Aussiedlung der Volksdeutschen aus Ungarn geben mußte.<<

Schlußbemerkungen

Günther Stökl ("Osteuropa und die Deutschen") schrieb über die Vertreibungsgründe in Ost-Mitteleuropa (x035/331-332): >>Dort, wo Hitler den Krieg begonnen hatte, waren ... die Folgen der Niederlage am verheerendsten. ... Gewiß war dies auch Vergeltung, und gewiß waren von den polnischen Politikern schon während des Krieges Annexionen an der Westgrenze erwogen worden: das historische Argument, Schlesien sei einst im Mittelalter ein polnisches Land und Pommern zumindest ein slawisches Land gewesen, war ja immer zur Hand.

Aber das Ausmaß der Annexion wird nicht allein durch polnische Vergeltungssucht und historisch verbrämte Landgier erklärt, sondern vor allem durch das politische Interesse der Sowjetunion. Diese ergriff die Gelegenheit, ihrerseits historische Ziele zu erreichen, die Konzessionen des Friedens von Riga aufzuheben und Ostpolen bis zur Curzon-Linie zu annektieren.

Die weißrussische und ukrainische Bevölkerungsmehrheit sollte mit der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik "wiedervereinigt", die mehrere Millionen zählende polnische Minderheit sollte über die Curzon-Linie nach Westen abgeschoben werden. Die Polen, immerhin Befreite und Verbündete, waren auf Kompensationen im Westen verwiesen.<<

Dr. Hans-Werner Rautenberg schrieb über die Vertreibungsmaßnahmen in Ost-Mitteleuropa (x035/333): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945,

sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches: Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x044/190-193): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50). Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.

... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

... Bereits während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Anti-Hitler-Koalition das Recht auf Heimat anerkannt und für sich in Anspruch genommen. Mit Recht verurteilte die Welt Hitlers Lebensraumpolitik, weil sie eine Austreibung von altansässigen Bewohnern mit sich brachte. ...

Nach internationalem Recht fällt die Hoheitsgewalt im Krieg besetzter Gebiete an den früheren Souverän zurück, sobald der Eroberer, aus welchen Gründen auch immer, sie aufgibt, keine Macht mehr ausübt.

Das bedeutet für Polen (im Zuge des Vormarsches der Roten Armee) sofortigen Wiedergewinn der Hoheitsgewalt in den Gebieten, die bei Kriegsausbruch polnisches Staatsgebiet waren, einschließlich Warthegau und Korridor (nicht aber Danzig und Ostpreußen!). ...

... Auch die Tschechoslowakei erlangte im Verlauf der letzten Kriegseignisse Hoheitsgewalt über ihre Staatsgebiete vom Stand nach dem Münchener Abkommen. Das Sudetenland blieb vorerst rechtlich deutsches Reichsgebiet. Soweit die Tschechen die 400.000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Herkunft und die eine Million reichsdeutscher Flüchtlinge aus Schlesien als "feindliche Ausländer" oder als "fünfte Kolonne" auswiesen, war dies innerhalb der Hoheitsbefugnisse des tschechischen Staates.

Gleiches gilt für die großen Gruppen ungarischer, rumänischer und jugoslawischer Staatsbürger deutscher Herkunft, die ausgewiesen wurden, wenn es auch im Fall Ungarns und Rumäniens etwas merkwürdig anmutet, daß in diesen Menschen nun plötzlich "feindliche Ausländer" gesehen wurden; immerhin waren Ungarn und Rumänien mit dem Deutschen Reich verbündet gewesen. ...

Die Vertreibungen begannen noch vor Kriegsende, jeweils kurz nachdem die Rote Armee die fraglichen Gebiete erobert hatte. Diese Vertreibungen waren eindeutig völkerrechtswidrig, denn weder die Sowjetunion noch Polen oder die Tschechoslowakei konnten während des Krieges Souveränität über deutsches Reichsgebiet erlangen.

Auch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 änderte nichts daran. Denn es war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Das geht nicht nur aus dem Text der Kapitulationsurkunde hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, wenn auch praktisch machtlos, wei-

ter bis zu ihrer gewaltsamen Absetzung am 23. Mai 1945 im Amt blieb; bis zu diesem Datum waren alle Vertreibungen aus deutschem Reichsgebiet gemäß Haager Landkriegsordnung (Art. 42-56) völkerrechtlich illegal.

Ob die HLKO nach diesem Datum oder nach der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 in Kraft blieb, ist umstritten. Mit der "Berliner Deklaration" übernahmen die "Großen Vier" (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) offiziell die Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937, jedoch ohne Deutschland zu annektieren. ...<<

Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen in Ost-Mitteleuropa wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Regierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe

unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 15 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3.</u> Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): <u>Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V.</u> Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.

x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): <u>SBZ von A bis Z</u> . 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): <u>Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage</u> . Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete</u> . Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft, Band 2</u> . Grundlagen und Probleme der modernen Welt. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte, Band IV. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.

x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren</u> . Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.

Internet

x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
------	--